

2°
1536

D a ß

Wein = Ungelt

der

Reichs = Stadt Frankfurt

nach

kaiserlichen Privilegien, Verträgen, und
kaiserlichen Entscheidungen

als

Stadt = Grundgesetzen

betrachtet und rechtlich
verörtet.

Mit Beilagen I. bis LVL



§. 1.

Im mittlern Zeitalter wurde in mehreren teutschen Ländern theils auf die Weine überhaupt, theils aber insbesondere auf diejenige Weine, welche die Wirthe verzapften eine Natural-Abgabe gelegt, die in der Entrichtung eines nach dem Maas bestimmten Quanti bestunde, und Wein-Ungelt genannt wurde.

Bei Schannat *) findet sich vom Jahr 1264. vom Bistum oder der Stadt Worms folgende Nachricht:

Erat temporibus Eberhardi Episcopi Ungeltum in civitate; ita, quod mensura vini fuit proparte minuta, de quibus proventibus murus et turres civitatis construebantur

Das Wein-Ungelt ist also ursprünglich in mehreren teutschen Staaten

Eine nach dem Maas bestimmte in Wein bestehende Natural-Abgabe, welche entweder von allen Bürgern und Unterthanen vom Wein überhaupt, oder aber insbesondere, von denen Wirthen rück sichtlich der Verzapfweinen entrichtet wurde.

§. 2.

Die Reichs-Stadt Frankfurt — im mittlern Zeitalter, annoch dem Kaiser ganz unterthan und bottmäßig — hatte ein doppeltes Wein-Ungelt, theils selbst zu erheben, theils an Kaiser und Reich zu entrichten.

Die

*) In Historia Episcop. Wormat. T. I. pag. 379.

Die erstere Gattung des Wein=Ungeldes, welches die Stadt Frankfurt selbst zu erheben, und mit solchem die Vergrößerung der Stadt zu besorgen, folglich die damit verbundene Kosten zu bestreiten hatte, wurde auf die Weine aller Bürger und aller Einwohner ohne Unterschied des Standes gelegt, und gründete sich auf den Gnadenbrief Kaisers Ludwig von 1333. *) in welchem die Erhöhung dieses Ungelds, des Mahlgelds und sonstigen Gefällen zu dem gedachten Behuf der Stadt Frankfurt erlaubt, und verordnet wurde, daß solches Ungeld, Mahlgeld und Gefälle von allen Bürgern und Einwohnern

„sie seyen Pfaffen oder Leyhen, Geistlich oder
„Weltlich, Juden oder wie sie genannt seyen

getragen werden, jedoch nach Vollendung der Stadt=Vergrößerung wiederum aufgehoben seyn und aufhören sollten. **)

§. 3.

So viel das in diesem Gnadenbrief mitermähnte Mahlgeld betrifft, war solches eine Geldabgabe, und bestunde in Sechs alten Hellern, welche von jedem Aechtel Frucht entrichtet wurden. In dem ferneren Gnadenbrief des Kaisers Ludwig von 1336. ***) wurde der Bürgerschaft verstattet, solches Mahlgeld zu mehrern und zu mindern. ****)

Es scheint aber, daß eine Erhöhung dieser Geld=Abgabe oder auch die Art und Weise einer solchen Erhöhung von der Stadt Frankfurt selbst für bedenklich gehalten worden seyn müsse. Dahero ertheilte Kaiser Carl IV. in dem Gnadenbrief von 1366. *****) den Bürgern der Stadt Frankfurt die fernere Erlaubniß, diese Sechs alte Heller Mahlgeldes auf Zwölf alte Heller zu erhöhen und festzusetzen, mit der Verordnung, daß solches auf Zwölf alte Heller bestimmte

Mahl=

*) Privilegia et Pacta des heil. römischen Reichs Stadt Frankfurt am Main, samt der goldenen Bulla Caroli IV. &c. Frankfurt am Main 1728 Seite 20. 21. u. 21.

**) Siehe Zahl I.

****) Privilegia et Pacta des heil. römischen Reichs Stadt Frankfurt. Seite 22. und 23.

*****) Siehe Zahl II.

******) Privilegia et Pacta des heil. römischen Reichs Stadt Frankfurt Seite 173. 174. 175. und 176.

Mahlgeld von allen Einwohnern, Burgern und Gästen, Christen und Juden entrichtet werden solle. *)

§. 4.

Uebrigens kommt in diesen beiden Privilegien von 1336. und 1366. (§. 3.) von dem auf die Weine aller Burger und Einwohner in dem Gnaden-Brief von 1333. (§. 2.) gelegten Ungelt kein Wort mehr vor. Wahrscheinlich hatte die Entrichtung dieses Ungelts nach vollendeter Stadt-Erweiterung ihr Ende wiederum erreicht.

§. 5.

Das andere Wein-Ungelt, welches an Kaiser und Reich entrichtet werden mußte, betraf bloß die Wirthhe. Solches bestunde in der Natural-Abgabe einer halben Ohm Wein vom Rheinischen Fuder, und mußte von den Weinen, welche die Wirthhe verzapften, abgegeben werden.

Kaiser und Reich verpfändete diese Abgabe an das Stift zu Mainz laut des Reichs-Versatzbriefs. Kaiser Carl IV. erlaubte der Stadt Frankfurt laut Gnadenbrief von 1349. die Wiedereinlösung dieses Ungelts um die in dem vom Stifte vorzulegenden Reichs-Verpfändungsbrief bestimmte Summe, mit der Verordnung, daß, wofern ersagtes Stift die Vorlegung des Reichs-Versatz-Briefs verweigern sollte, die Ablieferung des Ungelts einbehalten werden könne, und dadurch das Stift zur Vorlegung dieser Urkunde genöthiget werden solle.

Auch versprache Kaiser Carl IV. in diesem Privileg, weder selbst Geld auf dieses Ungelt aufzunehmen, noch auch dem Stifte eine Erhöhung des Ungelts zu verstaten.

§. 6.

Die Stadt Frankfurt lösete nun auch wirklich die Hälfte des verpfändeten Ungelts ein, und zeigte solches Kaiserlicher Majestät an. Kaiser Sigismund bestimmte hierauf in dem Gnaden-Brief von 1425. **) den Betrag des Ungelt dahin, daß

1.) der

*) Siehe Anlage Zahl III.

**) Siehe Anlage Zahl IV.

- 1) der halbe Theil einer halben Ohm vom Fuder Wein, der verschenkt wurde, zu Ungelt dem Kaiser und Reich, oder dem Pfand-Inhaber, und
- 2) der andere halbe Theil der halben Ohm Ungeltes der Stadt Frankfurt gereicht werden solle.

§. 7.

Es bestunde also das Ungelt, welches die Stadt bezog in der Natural = Abgabe einer Viertel = Ohm Wein vom Rheinischen Fuder. Da inzwischen sowohl der Zieher einer Natural = Abgabe, als auch der Pflichtige statt der Natural = Abgabe sich auf Geld vereinigen kann; so wurde diese Abgabe bald in natura, bald in Geld — wie das Rechenel = Amt und die Wirthhe, somit beide Theile jedesmal einig wurden — abgefunden.

Dieses änderte aber die Natur und Eigenschaft der Abgabe selbst nicht, welche immerhin nach ihrem Ursprunge als einer Natural = Abgabe anzusehen ware; und worgegen auch nicht einmal eine Verjährung den Rechten nach eintreten kann. *)

Es ist ein *Actus merae facultatis*, ob der Zieher einer Natural = Abgabe statt solcher bei der Entrichtung sich mit Geld abfinden lassen will? oder ob auch der zur Natural = Abgabe Pflichtige statt der Entrichtung in natura sich auf Geld jedesmal zu vergleichen für gut findet?

Wann der erstere auch mehrmals Geld statt der Natural = Abgabe angenommen, und wann gleich letzterer mehrmalen sich auf Geld vereinigt hat; so entstehet doch aus diesen Thatshandlungen weder eine Verjährung noch auch eine Verbindlichkeit Geld geben zu müssen. Soll eine Natural = Abgabe in eine Geld = Abgabe verwandelt werden; so muß darüber ein förmlicher Vertrag errichtet und die unabänderliche beiderseits bedungene Verwandlung der Natural = Lieferung in einer Geld = Abgabe auf ewige Zeiten deutlich bestimmt werden, wodurch allein alle Zweifel gehoben werden können.

§. 8.

*) Boehmer Tom. 3. Part. 1. Dec. 62. n. 7. Mevius Part. 9. Dec. 69.

§. 8.

Indessen giengen mit den — in der Natural=Abgabe einer Viertel Ohm Wein von jedem Fuder Verzapf=Wein bestehenden — Wein=Ungelt verschiedene Veränderungen in der Zeit=folge vor. Der Magistrat — welcher sich angemasset hatte vielfältige neue Auflagen und Schakungen der Burgerschaft aufzuladen — hatte auch diese Eigenmacht auf das Wein=Ungeld, und das Mahlgeid ausgedehnt. Ersteres ware vom Rath willfürlich auf die vierte Maas erhöht, und letzteres von zwölf Hellern auf drey Schilling ersteigert worden. Die hierzu getretene üble Regiments=Verfassung, angeschuldigte Bestechungen und böse Justiz=Verwaltung, unerlaubte Begünstigungen der Juden und mehrere Mißstände erregten 1612. einen Aufruhr, welcher nicht anders als durch Kaiserliche Rechtshülfe gestillet werden konnte. Kaiserliche Majestät erkannte eine Untersuchungs= und Beilegungs=Kommission auf Seine Kurfürstliche Gnaden zu Mainz und Hochfürstliche Durchlaucht zu Hessen=Darmstadt.

§. 9.

Die Herren Kommissarien berichteten hierauf wegen dem eigenmächtig vom Magistrat erhöhten Wein=Ungeld und Mahlgeid, daß

- 1) die Stadt Frankfurt laut Privilegien Kaisers Ludwig und Sigismunds mehr nicht als die zwölfte Maas vom Wein und zwölf alte Heller vom Mehl zu fordern befugt, auch
- 2) die in gedachten Privilegien vergönnete Ersteigerung theils conditioniret und auf eine gewisse Zeit, übrigens aber auf des Raths sowohl als der Burgerschaft Fügen und Lusten gestellt seye; gleichwohl
- 3) die Herren Kommissarien dennoch den Unterschied der Zeit nicht außer Acht gelassen, daher auf Allerhöchste Genehmigung Kaiserlicher Majestät in das Mittel gegriffen und die Sache dahin vermittelt hätten, daß fürter und bis zu ruhiger Veranlassung der Zeiten vom Wein mehr nicht als die achte Maas, vom Mehl aber nur zwey Schilling entrichtet werden solle; wegen welcher Moderation
- 4) nicht allein die Frankfurter Burger, sondern fast ganz Europa — welches diesen Ort der Kommerzien halber alle Jahre auf das wenigste

ste zweymal besuche, und sich dieses Aufschlags bei Wein und Brod merklich beschwert befunden habe — Kaiserlicher Majestät aller gehorsamsten Dank zu sagen wissen werde. Nachdem aber auch

- 5) durch solche Moderationen die Kommerzien sehr befördert würden; so stellten Seine Kurfürstliche und Hochfürstliche Gnaden, Gnaden, Kaiserlicher Majestät Allerhöchsten Ermessen anheim, ob Allerhöchstdieselbe, es bey dieser Vermittelung belassen, oder vielmehr fast der ganzen Welt zum Nutzen die Sache nach den Privilegiis entscheiden, und den Magistrat, daß er eine gewisse leidliche Ordnung zu machen habe, allergnädigst erinnern lassen wolle, damit der Reisende nicht über die Billigkeit beschweret werde. *)

§. 10.

Da des in Gott ruhenden Kaisers Mathias Majestät glormwürdigsten Andenkens den unter Vermittelung der Herren Kommissiarien zwischen Rath und Burgerschaft 1613. endlich zu Stand gebrachten Vergleich oder sogenannten Burgervertrag in allen Punkten allergnädigst genehmiget hatte: So wurde auch der hier einschlagende Artikel 26. des Burgervertrags des Inhalts

„dieweil die Zeiten diesmals schwer, so soll das
 „Mahlgeld bis zu besseren und ruhigern
 „Zeiten auf zween Schilling moderirt und gesetzt;
 „so viel aber das Ungelt belangt, soll es fürter und
 „bis zu gleichmässiger besserer Ver-
 „anlassung der Zeiten bei der achten
 „Maas gelassen, und von dem Rath den
 „Weinschenken oder Gastgebern ein meh-
 „reres nicht abgefordert werden;
 „Tedoeh in beiden Punkten denen hierunter
 „ertheilten Kaiserlichen Privilegien
 „ohne Abbruch und Nachtheil

bestättiget. **)

Gleich:

*) Siehe Anlage Zahl V.

**) Siehe Anlage Zahl VI.

Gleichwohl vergaß der Magistrat schon 1614. die Ehrenpflicht sein Versprechen zu erfüllen. Er führte abermals die vierte Maas unter andern Anmassungen wieder ein, welches zu neuen Auftritten Anlaß gabe, und wegen Excessen ein trauriges Ende durch die bekannte Hinzurichtung verschiedener Bürger nahm.

§. II.

Inzwischen bestimmen die deutlichen Worte des gedachten Artikels 26. daß das Wein-Umgeld ad mensuram auf die achte Maas — und nicht auf Geld — **nur einstweilen** bis zu besseren Zeiten verglichen, zugleich aber die Kaiserliche Privilegien, mithin auch der Sigismundische Gnaden-Brief von 1425. salbiret und aufrecht erhalten worden. Abermals weisen also die angezogene Vertragsworte auf eine Natural-Abgabe hin, wobei jedoch dem Rechenei-Amt und den Wirthen frey stunde, sich jedesmal mit Geld abzufinden, so wie sie einig werden konnten. Die Nothwendigkeit, Geld zu entrichten, ware nich bedungen worden. Noch weniger aber bestimmt der angeführte Art. 26. einen Preis, womit die achte Maas reuert werden könne. Am allerwenigsten ist der Verzapf-Preis daselbst festgesetzt worden. Die Entrichtung der achten Maas in natura ware also von dieser Zeit an die Vertrags-Regel.

§. 12.

Da aber die Abfindung in natura oder auch um bedungenes Geld — je nachdem jeder Wirth die achte Maas entrichten wollte, und mit dem Recheneiamt einig wurde — vielen Schwierigkeiten unterworfen ware: So entstunden die jährliche Accorde — oder die contractus locationis — wie solche auch bei andern Natural-Abgaben zum Beispiel bei Zehenden *) gar oft eintreten, und demohngeachtet dem Zehend-Zieher immerhin frey bleibet, ob er den Zehenden in natura ziehen, oder um Geld weiter ausethun will? **)

§. 13.

Und eben nach diesen rechtlichen Grundsätzen ware es der Willkühr der Wirthen in der Raths-Berordnung von 1666. ***) anheimgestellt, entweder

*) Boehmer loco cit.

**) Mevius loc. cit.

***) Siehe Anlage Zahl VII.

entweder die achte Maas abzugeben oder einen jährlichen Accord dafür zu schließen.

In dieser Rath's-Verordnung heißt es S. 5.

„zum Fünften, sollen die Wirth'e entweder mit un-
 „seren Deputirten zur Recheney wegen eines
 „jährlichen Anschlags für das freye Wein-
 „zapfen sich vergleichen, und diese Gebühr
 „alle halbe Jahr entrichten ODER soferne sie
 „dieses nicht thun wollen, alle ihr Wein, die
 „liegen wo sie wollen, den Visirern anzei-
 „gen, und was sie verspeisen oder verkaufen,
 „treulich verumgelten.

§. 14.

Inzwischen hatten die Baumwirth'e 1692. sich dieser Willkühr durch einen mit dem Magistrat abgeschlossenen Vertrag begeben, und auf eine bestimmte unter sich zu vertheilende jährlich abzugebende Abversional-Summe statt der achten Maas sich verglichen, auch sogar in Solidum einer für alle, und alle für einen der Zahlung wegen sich verbunden. Dahero wurde in der — die Baumwirth'e allein angehenden Rath's-Verordnung von 1693. S. 3. und 4. verfügt

„daß die Baumwirth'e sämtlich und ein jeder beson-
 „ders statt des hiebevot gegebenen Ungelds seine
 „quot, nach der von den Deputirten zur Re-
 „cheney gemachten, und von ihnen Baum-
 „wirth'en selbst beliebten repartition, zu ge-
 „höriger Zeit alle Quartal, und zwar zum
 „Voraus, bei Verlust des Weinschanks, baar ent-
 „richten, dagegen aber zwar des hierbevorigen von ih-
 „nen als Weinschenken, erlegten Ungelds befreyet, das
 „gewöhnliche Niederlaggeld aber behörig zu bezahlen,
 „nach wie vor schuldig und gehalten seyn sollen. *)

§. 15.

*) Siehe Anlage Zahl VIII.

§. 15.

Villein über diesen 1692. zwischen dem Magistrat oder dem Rechenen-
Amte und den Baumwirthen getroffenen Vertrag entstunden gar bald Ir-
rungen. Die Baumwirthhe behaupteten, daß sie nur fl. 7500. unter der
ihnen nicht erfüllt gewordenen Bedingungen versprochen, daß die Zahl der
Baumwirthen von 54 bis auf 30 absterben sollte. Der Magistrat setzte
entgegen, daß der Vergleich auf ein Jahr bloß projektiret, und zu Pa-
pier gebracht, von den Baumwirthen aber weder unterschrieben noch be-
siegelt, auch die jährliche Vergleichs-Summe auf fl. 8056. nicht aber auf
fl. 7500. und zwar jedes Viertel-Jahr voraus zahlbar festgesetzt, über-
dies noch die Summe von fl. 930. für Accidentien bestimmt, der Ver-
gleich aber schon im ersten Jahr von den Baumwirthen nicht gehalten,
übrigens auch vom Rath sich auf eine gewisse Anzahl der Baumwirthen
nicht eingelassen worden seye.

§. 16.

Dieser Zwist führte indessen abermals den Magistrat auf den übeln
Gedanken die vierte Maas wiederum einzuführen, das Malzgeld,
die Weinststeuer, die Niederlage von Brandewein, von fremden Wein und
das Malzgeld zu erhöhen, welches alles eine Verletzung des Bürger-Ver-
trags Art. 26. 32. 33. 35. und 41. enthielte. Hierzu tratte noch die üble
Staats-Wirthschaft, welcher der Rath damals wiederholte beschuldigt
wurde.

§. 17.

Die Folge davon waren die von Kaiserlicher Majestät Carl VI. glor-
würdigsten Andenkens 1713. theils auf Seine Kurfürstliche Gnaden zu
Mainz und Hochfürstl. Durchlaucht zu Darmstadt erkannte zweyte soge-
nannte politische, theils die auf den Herrn Grafen von Schönborn belieb-
te Kaiserliche Rechnungs-Kommission. Bei der gedachten zweyten poli-
tischen Kommission stellten nun

- 1) die Baumwirthhe durch die burgerliche Deputirte am 25. April 1713.
ihre Beschwerden vor, *) welche der Magistrat am 1ten August 1713.
beantwortete. **)

2)

*) Siehe Zahl IX.

**) Siehe Zahl X.

2) Hatte die Bürgerschaft zwar schon am 5ten Febr. 1714. bei Kaiserlicher Majestät die vertragswidrig-Einführung der vierten Maas statt der achten Maas klagend angebracht, *) jedoch wurde in dem von den bürgerlichen Deputirten bei der Kaiserlichen Kommission am 20ten März 1714. übergebenen Vorstellung **) dieser Punkt mit der Beschwerde der übrigen ebenwohl erhöhten Auflagen annoch verbunden, und ausdrücklich bemerkt, daß das Mahlgeld ad certam Summam — nämlich auf zwey Schilling — das Ungeld aber NB. ad certam mensuram — nämlich auf die achte Maas — Art. 26. des Bürgervertrags verglichen seye. Der von den bürgerschaftlichen Deputirten selbst gebrauchte Ausdruck: ad certam mensuram zeigte auf die Natural-Abgabe abermalen hin. Der Magistrat bestritt auch den modum, oder die Art der Entrichtung nicht, sondern wollte lediglich seine eingebildecete Befugniß zur Erhöhung des Mahls und Umgelds aus den Privilegien, der Kaiserlichen Wahl-Kapitulation und den Reichs-Konstitutionen herleiten, ***) und stellte diesen Punkt zur Kaiserlichen Entscheidung, wie dann auch, laut Vergleichs-Projekt von 1714. §. 16. solches nachhero wiederholt geschehe. ****)

§. 18.

In Betreff der fehlerhaften Dekonomie wurde

3) bei Kaiserlicher Majestät allerunterthänigst angezeigt, daß acht bürgerliche Deputirte die Einkünfte der Stadt auf Hundert Tausend Gulden jährlichen Revenüen NB. auf den Fuß, wie der Magistrat sie bishero erhoben habe, gleich im ersten Jahre weiters, und hernach viel höher zu verrechnen sich erböten, wessfalls sogar ein Garantie-Schein von diesen acht Deputirten zur Sicherheit übergeben wurde. *****)

§. 19.

*) Siehe Zahl XI.

**) Siehe Zahl XII.

***) Siehe Zahl XIII.

****) Siehe Zahl XIV.

*****) Siehe Zahl XV.

§. 19.

Die hohe Kaiserliche Commission war in dem — am 27ten May 1715. an Kaiserliche Majestät erstatteten Commissions-Bericht ad 1. (§. 16.) in Betreff der von den Baummirthen erhobenen und von dem Magistrat beantworteten Beschwerden der unmaßgeblichen Meinung, daß ad gravamen 1. das jährliche Accord-Quantum bei 8000 fl. verbleiben könne, das Hasten in solidum — wann die Zahlung anticipando geschehe — von selbst weg falle; im Fall aber solche Vorauszahlung nicht erfolge, die Baummirthe in solidum zu hasten hätten. *)

§. 20.

Rücksichtlich der ad Art. 26. 32. 33. und 35. des Burgervertrags geklagten Wein-Ungelths-Mahlgelds- und sonstiger Gefällen-Erhöhung wiederlegte ad 2. (§. 16.) die Hohe Kaiserliche Commission in ihrem unzielfeklichen Gutachten die stolze Meinung des Raths dahin „daß der „Magistrat die — in dem Vertrag zwischen beiden Theilen verglichenen „Auflagen einseitig und ohne der Burgerschaft Wissen und „Mitbelieben zu erhöhen nicht befugt gewesen, indem die „Burgerschaft aus solchem Vertrag auch *ratione quanti* ein *Jus quae-* „*situm* erlangt habe, und der Magistrat, wann er in Vermehrung „der Stadt-Gefällen nach dem Vertrag *sub specie* ein oder anderer ad „Casum doch wenig passender Privilegien ungebundene Hände zu haben „geglaubt hätte: Er das in der Visitations-Ordnung bemerkte sorgfäll- „tige Reservat, daß dergleichen gegen den Inhalt solchen *Pacti* nicht vor- „genommen werden solle, wohl ausgelassen haben würde. **)

§. 21.

Die auf dieses commissarische Gutachten vom 15ten Oct. 1716. ergänzte merkwürdige allerhöchste Kaiserliche Resolution ***) verordnete nun §. 1. sehr nachdrücklich

„daß es wegen der dem Rath obliegender Beobachtung
„des von langen Jahren her außer Uebung gelassenen Art.

„ 25.

*) Siehe Anlage Zahl XVI.

**) Siehe Zahl XVII.

***) Siehe Zahl XVIII.

„25. und 28. des Kaiserlich confirmirten Abschieds und
 „Burger-Vertrags des an Seiten des Raths von ei-
 „ner zur Ungebühr angemachten einseitigen
 „und der Allerhöchsten Kaiserlichen Autorität und ge-
 „meinen Wesen präjudicirlichen klaren Kom-
 „missions-Decreti, und der wider die in er-
 „meldetem Kaiserlich confirmirten Abschied
 „und Vertrag fürgeschriebene Regiments-
 „Form laufenden unzulässigen, widrigen,
 „auch hiermit abgeschafften, und annullirten
 „Observanz hergesuchten Schein-Einwendens und an-
 „derer unerheblichen Einreden ungehindert bei der wohl-
 „bedächtigen und in amore boni publici, et quietis fun-
 „dirten Dispositionen beeder Art. 25. und 28. angereg-
 „ten Kaiserlich confirmirten Abschieds und Vertrags be-
 „ständig und unveränderlich zu lassen, NB. und da-
 „hero der Rath einige Schatzungen oder ex-
 „traordinaire Beiträge oder andere Ver-
 „höhung der ordentlichen oder ex-
 „traordinair- Stadt- und Burger-
 „schafts-Gefällen, willkührlichen ei-
 „genen Gutbefindens fürzunehmen
 „oder anzusetzen nicht berechtigt.

§. 22.

Fernerß wurde daselbst §. 4. ad 3. (§. 18.) rücksichtlich der von den acht burgerlichen Deputirten vorgeschlagenen Verbesserung der vernachlässigten Revennuen auf Hundert Tausend Gulden durch Erhebung derselben auf den nämlichen Fuß, wie der Magistrat solche erhoben die vorgeschlagene Admodiation provisionaliter auf ein Jahr angenommen mit folgenden Worten:

„Wollen Ihre Kaiserliche Majestät die in Vorschlag
 „gekommene Admodiation und Beiordnung bur-
 „gerlicher Gegenschreiber auf denen Aemtern, welche
 „solche erfordern, auf ein Jahr lang provisionaliter hier-
 „durch approbirt und beinebens anbefohlen haben ratio-
 „ne modi Dero Kaiserlichen Rechnungs-Commissariis
 „eine

„eine umständliche Instruction zuzufertigen, und
 „selbigen anbei zu rescribiren, diese Admodiation nach
 „solcher Instruction zu reguliren und einzurichten.

§. 23.

Auch erfolgte hierauf von der höchstpreislich Kaiserlichen Commis-
 sion der allgerichtetst anbefohlene Vollzug dieser — wie die Zeitfolge
 darlegte — heilsamen Admodiation. Daß am 20ten August 1717.
 bekannt gemachte Admodiations-Reglement *) und die Instruction für
 die mit Pflichten belegten Admodiatoren **) besagten §. 3. ausdrücklich,
 daß die Admodiatoren die Stadt-Einkünfte anderst nicht erheben
 sollen, als der Magistrat solche vorher und bisher erhob-
 en habe.

§. 24.

Die verpflichtete Admodiatoren faßten auch das Wein-Umgeld, wel-
 ches in der burgerlichen Beschwerde-Schrift vom 12ten Octob. 1707. auf
 vier Gulden von der Ohm bestimmt worden war, ***) in das Au-
 ge. Sie fanden 1718. dabei einen von dem Gasthalter Christ und Wisi-
 rer Epstein verübten Unterschleif, rügten solches in dem beim Recheney-
 Amt und bei der höchstpreislich Kaiserlichen Commission sub Num. 89.
 Art. Commissionis übergebenen Aufsatz, ****) und bemerkten daß bei den-
 jenigen Birthen, welche nicht accordirt hätten, die bisherige
 Umgelds-Taxe in Geld auf die Ohm fünf Gulden betrage, wornach
 sie dann auch dem Defraudanten damaligen Gasthalter Christ die Rech-
 nung machten. Das Recheney-Amt ließe durch seinen Deputirten den
 damaligen Schöffen Orth sothanen Aufsatz bei Rath übergeben. Er wur-
 de verlesen und laut Rath's-Schlusses vom 13ten August 1718. solcher so-
 wohl dem Christ als dem Mitschuldigen Wisirer Epstein zur Verantwor-
 tung mitgetheilt.

§. 25.

*) Siehe Zahl XIX.

**) Siehe Zahl XX.

***) Siehe Zahl XXI.

****) Siehe Zahl XXII.

§. 25.

Inzwischen erinnerte der Magistrat gegen die Richtigkeit der Weins-Umgeltstaxe von 5 fl. auf die Ohm Wein nichts. Er konnte auch nichts erinnern, weilen die verpflichtete Admodiatoren sowohl in dem Garantie-Schein (§. 17.) versprochen, als auch in ihrer Instruktion (§. 23.) sogar eidlich angelobt hatten

„daß sie samt und sonders die Stadt-Einkünfte
„anders nicht einfordern und erheben woll-
„ten, als der Magistrat solche vor- und bis-
„hero erhoben habe.

§. 26.

Wie sehr würde der Magistrat sich geregt haben, wenn diese Taxe von 5 fl. ihre Richtigkeit nicht gehabt hätte?

Doch man hat nicht nöthig hierbei stehen zu bleiben. Auf das bei dem Rechenei-Amt am 22ten August 1718. vorgenommene Verhör des Christ's beschlosse der Magistrat am 1ten Sept. 1718. die Einholung eines Sindikats-Bedenken; *) dieses erfolgte, **) und hierinnen wurde der Defraudations-Betrag nach Abzug eines Drittels für Haus-Consumtion auf 6 Ohm und $\frac{1}{4}$ Viertel Ohm bestimmt, und die Accise oder das Ungelt benebst den 4 Pfennigen auf 43 fl. 13 fl. 2 Pfennig gesetzt welches a) 5 Gulden auf die Ohm Ungelt ausmacht, sodann b) die im Sindikats-Bedenken mitberechnete 4 Pfennige unter den 43 fl. 13 fl. 2 Pf. mitbegriffen sind.

§. 27.

Ausser dieser Defraudation des Christ's fanden die Admodiatoren damals bei andern Wirthen, die ebenwohl nicht accordirt hatten, Unterschleif. Diese waren Wilhelm Gottfried Mildner, Joseph Wilhelm Breitenbach, Hartmann, Johann Lenz; Andreas Pettmann, Georg Reinhold, Dietrich Hochstatt, Jakob Braumann, Joseph Andreas Petsch; Adolph Ifings, Joseph Peter Pettmann, Balthasar Freit-hof. Jedem wurde 5 fl. für die Ohm berechnet. ***)

§. 28.

*) Siehe Zahl XXIII.

**) Siehe Zahl XXIV.

***) Siehe Anlage Zahl XXV.

§. 28.

Das Resultat hiervon ist, daß diejenigen Wirthen, welche damaliger Zeit nicht accordiret hatten, die freye Wahl zustunde, entweder die achte Maas in natura zu entrichten, oder sich für den verzapften Wein-Betrag mit Geld auf eine sonstige Weise abzufinden, oder von jeder Ohm 5 fl. Weinungeld zu zahlen, wobei ihnen der dritte Theil für häusliche Consumtion zu gut kame.

Dieses Wein-Ungelt von Fünf Gulden auf die Ohm war bereits vom Magistrat bei den Accordscheuen Wirthen seit 1666. schon festgesetzt worden. Dieser Tarif bliebe auch nachhero beibehalten, obgleich durch den Raths-Schluß vom 10ten Jänner 1693. S. 7. die Taxation der Weinen abgeschafft worden ware.

Auch hat die höchstpreislich Kaiserl. Commission diesen Zahlungsfuß in der — an Kaiserliche Majestät am 2ten Septemb. 1729. erstatteten allerunterthänigsten Relation angeführt, und mit den Nebenanlagen unter den Worten

„sub adjuncta sub Num. 2. 3. 4. 5. und 6. ad Adjunctum sub Num. 617. Commiss. relat. de 2. Sept. 1729.

Die Richtigkeit, daß der bisherige Fuß theils in Accorden, oder, wer nicht accordiren wollen, in der Zahlung von 5 Gulden für die Ohm bestanden, gehörig dokumendiret. Das über den Epsteinischen und Christischen Defraudations-Fall 1718. erstattete Sindikats-Bedenken läßt keinen Zweifel übrig.

Der Defraudations-Betrag ware 6 Ohm und $\frac{2}{3}$ Viertel Ohm. Die betrugen 32 fl. an Ungeld, und der vierte Pfennig auf die Ohm zu $1\frac{1}{2}$ fl. gerechnet, ertruge 11 Gulden 13 Schilling 2 Pfenninge, welches zusammen also die 43 fl. 13 fl. und 2 Pf. ausmachte, und solchergestalten im gedachten Sindikats-Bedenken ebenwohl berechnet und angenommen wurde. Von der auf die am 2ten Sept. 1729. übergebene Commissarische Relation erfolgten allerhöchsten Kaiserlichen Resolution vom 14ten März 1732. — welche als Res judicata Caesarea hier in der Mitte liegt — wird man unten S. 44. und 45. das weitere vortragen, um dahier den Geschichts-Faden nicht zu unterbrechen.

§. 29.

In Betreff des Wein-Umgelts wurden indessen auch von den bürgerlichen Deputirten unterm 23ten Februar 1717. wegen der Spanischen und Corinthen-Weine, Malvasier, sodann wegen der Burgunder und andern Französischen auch Italienischen Weinen ganz verschiedene Beschwerden geführt. Dann in Betracht der Spanischen Weine, Malvasier, und Corinthen-Weine wurde bei der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission vorgestellt: Es ergebe sich aus der Taxe vom Spanischen und Corinthen Weine, Malvasier zc. daß das Umgeld viel leidenschaftlicher und geringer gesetzt seye, wo in contrairem solche ausländische Weine weit höher belastet seyn sollten, weil das gelösete Geld aus der Stadt in fremde Länder verführet würde.

In Hinsicht der Burgunder und anderer Französischen auch Italienischen Weinen wurde bemerkt, daß wegen solchen ein gewisser beständiger Tar und nicht, wie man sich desfalls mit dem Verkäufer vergleiche, in futurum gemacht und reguliret werden müsse. Auch in Betreff des eigenen Gewächses wurden damals Erinnerungen gemacht; übrigens aber sich auf eine Taxe des Weinumgelts bezogen, welche theils auf den Accorden, theils auf den 5 fl. für die Ohm, rücksichtlich der Accordscheuen Wirthen beruhete. *)

§. 30.

Diese Erinnerungen wurden vom Magistrat am 12ten April 1717. dahin beantwortet, daß die Spanische Malvasier und Corinthen Weine ihre gewisse Taxe, die Französischen Weine aber nicht hätten, rücksichtlich des eigenen Gewächses aber, nicht mehr, als gebräuchlich bishero erhoben worden seye. **)

§. 31.

Nun erfolgten Neun allerhöchste Kaiserliche Resolutionen, mit der von höchstpreislich Kaiserlichen Kommission am 4ten Julius 1726. publicirten verbesserten Visitationsordnung. In der sechsten Kaiserlichen Re-

*) Siehe Zahl XXVI.

**) Siehe Zahl XXVII.

Resolution vom 22ten November 1725. wurde die Zahlung des accordirten Ungelts auf das Recheney=Amt verwiesen *) mithin die schon 1666. eingeführte Accorde bestätigt. Hierauf gründete sich auch die Visitation=Ordnung, worinnen tit. 4. das Wein=Ungeld und die Zapfgebühr dahin bestimmt wurde;

- 1) Diejenige Wirth und Weinschenken, so nicht überhaupt accordirt haben, sondern sich die Weine aufnehmen lassen, und als so in End stehen, bezahlen die achte Maas Ungeld.
- 2) Diejenige, so die Spanische oder andere süsse, und die Französische und andere fremde ausländische Weine auszapfen, und nicht überhaupt accordirt haben, müssen aufnehmen lassen, und das Ungeld bezahlen nach Proportion des Preiſes,
- 3) Die sogenannten Höffenwirth, welche ihr eigen Gewächs verzapfen und auschenken, zahlen die achte Maas Ungeld nach Proportion des Preiſes.
- 4) Diejenige, so in Meßzeiten speiſen und Tisch halten, wann sie nicht überhaupt accordirt haben, bezahlen gleichfalls die achte Maas.
- 5) Fremde, so Weine zu ihrem eigenen Trunk bringen, zahlen anstatt der vierten Maas von jedem Viertel 15 Kreuzer. **)

§. 32.

Da hierinn ad 1. et 4. überhaupt bestimmt wurde

„bezahlen die achte Maas Ungeld

dahingegen ad 2. et 3. bei den Spanischen oder andern süßen auch Französischen und andern fremden Weinen die Worte:

„nach

*) Siehe Zahl XXVIII.

**) Siehe Zahl XXIX.

Müller am angezogenen Orte, zwote Abth. Seite 25.

„nach Proportion des Preiſes
beigefüget ſind; und da bei den Fremden es heiſſet

„daß dieſe ſtatt der vierten Maas von jedem Viertel
„15 fr. zahlen.

So entſtehet hier über die Verſchiedenheit des Wortſinnes: Bezah-
len Zweifel. Dann nach der geſetzlichen Beſtimmung beſtehet der
Begriff von Zahlung in der Abfindung derjenigen Abgabe, worzu man
verpflichtet iſt; dieſe Abgabe mag nun in natura, oder in Gelde beſte-
hen. Daher ſagt der

L. 52. ff. de solut.

Satisfactio pro solutione est. Noch deutlicher aber ſpricht

L. 54. ff. de solut.

mit den entſcheidenden Worten: solutionis verbum pertinet ad omnem
liberationem quoquo modo factam; magisque ad sub-
stantiam obligationis refertur, quam ad nummo-
rum solutionem. Leitet man nun die hier vorliegende Weinungelts-
Abgabe der Verzapf-Weinen aus dem Gnadenbrief Kaiſers Sigismund
von 1425. her; ſo beſtunde ſolche nach deſſen dürren Buchſtaben in der
Abgabe einer Viertel Ohm, oder des halben Theils einer halben
halben Ohm Wein vom Rheinſchen Fuder (S. 6.). Substantia obligatio-
nis wäre alſo urſprünglich eine Natural-Abgabe. Da aber der
Zieher einer Natural-Abgabe ſich jedesmal bei derſelben Entrichtung auf
Geld vereinigen kann, welches doch der urſprünglichen Verbindlichkeit,
woferne ſolche nicht durch einen andern Vertrag ausdrücklich auf-
gehoben oder umgeändert wird, keinen Eintrag thut, und gegen ſolche
nicht einmal eine Verjährung eintreten kann; (S. 7.) ſo mag es auch
ſeyn, daß die Wirth ſch nach jedesmaliger Uebereinkunft mit dem Recheney-
Amt ſtatt der Natural-Abgabe Geld bezahlt haben, welches aber das ur-
ſprüngliche Recht und Verbindlichkeit der Natural-Abgabe nicht abän-
dern konnte.

§. 33.

Nimmt man noch hinzu, daß bei den Spaniſchen, Franzöſiſchen und
andern fremden Weinen ſodann bei dem eigenen Gewächs die beigefeg-
te Worte

„Nach

„Nach Proportion des Preises:

einen entgegengesetzten Sinn herfürbringen; betrachtet man überdies, daß die Fremde statt der vierten Maas 15 fr. zahlen sollen: So hat es das Ansehen, daß a) bei den vaterländischen Rhein=Franken=Mosel=Weinen u. die Entrichtung in natura, b) bei den fremden ausländischen Weinen und dem eigenen Gewächs aber die Zahlung in Geld, — obgleich die Eigenschaft des Preises, ob solcher der Ankaufs- oder Verkaufs=Preis seyn soll? nicht ausgedruckt worden — angenommen und zu Grund gelegt werden müsse.

§. 34.

Hierzu tritt noch der merkwürdige Umstand, daß sogar das Ungeld vom Bier vormals in der vierten Maas in natura bestanden und auf Bitten des Bierbrauer=Handwerks in Geld verwandelt wurde; welches die Magistratische Deputirte bei der Kaiserl. Kommission am 12ten Januar 1728. selbst zum Protokoll angaben.

Das Wort: bezahlen: ist also der Regel nach lediglich im gesetzlichen Sinne zu nehmen.

§. 35.

Indessen sind diese Umstände schon von der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission am 6ten August 1727. bereits gelöst worden. Dann nachdem durch die Raths=Verordnung vom 16ten Jan. 1666. §. 5. den Gastwirthen die Erlaubniß jährlich zu accordiren, oder wann sie dieses nicht thun wollten, ihre Weine den Visireren anzuzeigen, und was sie verzapften treulich zu verungelten verstattet worden ware. (§. 13.) Nachdem ferner die Baumwirth laut des nachhero besrittenen oder bezweifelten Vertrags von 1692. unter der Verbindlichkeit in solidum eine jährliche Geldsumme laut Raths=Verordnung von 1693. entrichten sollten (§. 14.) desfalls aber die — von der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission versuchte Güte nicht zu Stande came. (§. 19.) Nachdem auch seit 1666. gegen diejenige Wirth, welche jährlich nicht accordiren wollten, der Weinumgelts=Zahlungs=Fuß auf fünf Gulden für die Ohm angenommen und festgesetzt worden ware. (§. 24. 25. 26. 27. und 28.) Und nachdem also jedem Wirth die Alternative frey stunde, entweder überhaupt wegen seines Umgeltes mit dem Recheney=Platte

zu accordiren, oder aber für jede Ohm Berzapf = Wein fünf Gulden Umgeld zu zahlen: So hatte der Magistrat dessen doppelte Erhebung = Fuß zwar als richtig unterstellt, und bei den accordirenden Wirthen die Einrichtung gerade nach den Accorden, bei denjenigen Wirthen aber, welche sich in keinen Accord einlassen wollten, die Zahlung der Taxe von fünf Gulden für die Ohm zur Richtschnur als bekannt zwar angenommen, gleichwohl aber für gut gefunden, darüber bei der hohen Kaiserlichen Kommission Erläuterung zu fordern.

§. 36.

Dieses geschah im Protokoll vom 18ten July 1727. und zwar zu der Zeit, als mit Zuziehung der magistratischen Deputirten, der Neuer und der burgerlichen Deputirten der Vollzug der allerhöchsten Kaiserlichen Resolutionen und der verbesserten Visitations = Ordnung berichtigt werden sollte. Dann in der allerhöchsten ersten Kaiserlichen Resolution *) ware §. penult. bestimmt worden

„daß wegen Articuli 26. 32. 33. und 35. der Rath
 „denen Kaiserlichen dem Inhalt dieses Burger = Ver-
 „trags = Artikeln berührenden Resolutionen genau nach-
 „zuleben angewiesen werde.

Der Magistrat ware zweifelhaft, ob diese Kaiserliche Verordnungen in der allerhöchsten Resolution vom 15ten Octob. 1716. begriffen, und diese unter den — in dem gedachten ersten Kaiserlichen Erkenntniß vom 22ten November 1722. angezogenen Resolutionen zu verstehen, mithin die in den §§. 26. 32. 33. und 35. enthaltene Gefälle — als Weinumgeld, Malzgeld, Weinstener, Weinniederlage, Brandewein = Niederlage, Malzgeld, oder Bieraccise, Färber- und Braukessel = Geld — nach den bisherigen Fuß zu erheben oder noch eine andere allerhöchste Kaiserliche Resolution abzuwarten seye? Er fragte also laut Kommissions = Protokolls vom 18ten July 1727. bei der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission an, und bat um Erläuterung. Dahingegen beharreten die burgerliche Deputirte in eodem Protocollo auf der Verminderung der Imposten, und

*) Siehe Anlage Zahl XXX.

M o s e r merkwürdige Reichs = Hofraths = Conclusa 4ter Th. S. 70. bis 86.

M ü l l e r am angez. Ort. erste Abth. S. 8. bis 15.

und wollten besonders die im Türkenkriege 1664. erhöhten Bieraccise herunter gesetzt wissen. Unterm 6ten August 1727. erfolgte aber die Commisfarische Erläuterung dahin

„daß die in Art. 26. 32. 33. und 35. bemerkte Gefälle, so lange bis nicht bürgerliche Meurer aus denen Rechnungen, daß solche moderiret werden könnten, befunden NB. auf den bisherigen Fuß zu erheben, im übrigen aber diese Verordnung in der Resolution de 15ten October 1716. allschon begriffen seye. *)

§. 37.

Gleichwohl beruhigten sich die bürgerliche Deputirte dabei nicht, übergaben daher am 17ten August 1727. wider die Erläuterung eine Vorstellung und am 1ten Decemb. 1727. annoch eine Additionalanzeige. **)

Sie sagten in letzterer:

„Gesezt auch, daß es dem Publico vorträglich wäre, die in his Articulis gemeldete Auflagen bis zur Tilgung der Stadt-Schulden und auf das Gutachten der bürgerlichen Meurer in statu quo zu lassen, und daß dieses die Meinung der Kaiserlichen allerhöchsten Resolution de 15ten October 1716. seye; so wäre doch hiebei zu beobachten, daß bei den mit denen Magistratischen Deputirten puncto Partitionis der Kaiserlich allergerechtesten Resolutionen seithero gehaltenen gütlichen Conferenzen die Meurer desfalls gleicher Meinung mit ihnen, bürgerlichen Deputirten, gewesen seyen. Allenfalls wäre so viel gewiß, daß in der allerhöchsten Kaiserlichen Resolution von 1716. unmöglich enthalten seyn könne, daß das Occasione des Türkenkriegs eingeführt, und nach dessen Endigung vom Magistrat wieder aufzuheben versprochen aber

„desf

*) Siehe Zahl XXXI.

**) Siehe Zahl XXXII.

„dessen ohngeachtet bis zur Zeit der Kom-
 „mission continuirte Biergeld à 40, und re-
 „spective 20 fr. nach solchem Fuß noch im-
 „merzu erhoben werden könne, indem sonsten
 „die hohe politische sowohl als Rechnungs-Kommission
 „in denen lang hernach am 18ten März 1717. 10ten Oc-
 „tober 1721. und 9ten Febr. 1726. ergangenen Kommis-
 „sions-Decreten und Verordnungen diese Bieraccise nicht
 „zu einer erst annoch zu erwartenden Kaiserlichen aller-
 „höchsten Decision ausgestellt haben würde.

Außerdem stellten die burgerliche Deputirten annoch den Satz auf,
 daß die ganze Burgerschaft bey neuen Auflagen
 gehörig zu vernehmen, und nicht nur die Nothwendigkeit, sondern auch
 die Beschaffenheit der Auflagen zu prüfen seye.

§. 38.

Von Seiten der Magistratischen Deputirten wurde hiergegen in
 Betreff des Bieraccises, welcher der hauptsächlichste Gegenstand
 ware, der Unterschied zwischen dem Malzgeld, Mählgeld und Biergeld
 oder Bieraccise angeführt, mit der Bemerkung, daß die vierte Maas Bier
 in natura entrichtet und auf der Bierbrauer vielfältiges Bitten in eine
 Geldabgabe verwandelt worden. *)

§. 39.

Die Sache wurde hierauf nach geschlossenen Verhandlungen rücksicht-
 lich aller in Art. 26. 32. 33. und 35. bemerkten Gefällen, und rücksichtlich
 der Fragen:

- a) ob nach dem Antrag des Magistrats solthane Gefälle
 auf den bisherigen Fuß fortzuerheben,
 oder aber
- b) ob nach dem Antrag der burgerlichen Deputirten sol-
 che völlig aufzuheben seyen?

allerhöchster Kaiserlicher Entscheidung anheim gestellt.

§. 40.

*) Siehe Zahl XXXIII.

§. 40.

Unmittelst hatte der Magistrat durch einen Raths-Schluß vom 29ten Julius 1727. wegen dem von den Bierbrauern mit 40 fr. zu entrichtenden Bieraccis sich der Exekution durch verweigerte Herausgebung der Malzzetteln angemacht, wodurch das — am 27ten August 1728. ergangene allerhöchste Kaiserliche Erkenntniß *) veranlaßt wurde. Dieses Judikat setzte den Satz, daß der Magistrat ohne der Bürgerschaft Wissen und Mitbelieben keine Abgaben erhöhen, oder Veränderungen vornehmen, auch ohne Kaiserliche Spezial-Resolution neue Auflagen nicht machen könne, abermals, so wie die allerhöchste Resolution vom 15ten Oct. 1716. es bereits gethan hatte (§. 21.) noch mehr außer Zweifel, mit dem väterlichen Troste, daß jeder Bürger mittelst strenger Beobachtung des Burgervertrags und der publicirten Kaiserlichen Resolutionen in Friede, bei häuslichen Ehren und Wesen bleiben, und sich samt den Seinigen redlich zu ernähren Mittel übrig haben möge.

§. 41.

In der an Kaiserliche Majestät am 9ten August 1729. erstatteten und am 2ten September desselben Jahres präsentirten Kommissions-Relation **) wurden nun die Gründe des kommissarischen Gutachtens angeführt, warum die in dem mehrgedachten Bürger-Vertrags Artickeln 26. 32. 33. und 35. bemerkte Gefälle auf den bisherigen Fuß annoch zu erheben seyen?

§. 42.

Da das Wein-Umgeid unter diesen Gefällen mitbegriffen ware; so wurde dessen bisheriger Erhebungs-Fuß in den Anlagen Num. 98. 168. und 617. zu diesem Commissions-Bericht bemerkt, welcher a) in den bisherigen Accorden und b) in dem Tarif von 5 fl. für die Ohm, wovon jedoch c) für häusliche Consumtion ein Drittel in Abzug kame, bestunde. Zu diesem Behuf wurden die Verzeichnisse ***) jener Gast- und Baumwirthen, welche accordirt hatten, und

*) Siehe Zahl XXXIV.

**) Siehe Anlage Zahl XXXV.

***). Siehe Zahl XXXVI. und XXXVII.

und welche sich in keinen Accord eingelassen *) nicht nur als Subadjuncta sub Num. 3. 4. u. 5. ad Adjunctum 168. Comm. Relationis beigelegt, sondern auch die Defraudations-Tabelle, das Verhör des Christ, und das eigene Bedenken der Frankfurter Sindicorum von 1718. als sub adjuncta sub Num. 2. 5. und 6. ad Adjunctum 617. der Kommissarischen Relation beigelegt. An dem bisherigen Fuß ware also weder damals ein Zweifel, noch kann jezo ein solcher erregt werden.

§. 43.

Da inzwischen das Gärtner-Handwerk sich an Kaiserliche Majestät wegen der — vom eigenen Gewächs vom Magistrat seit 1664. angemachten vierten Maas beschwerend gewendet, auch noch sonstige Beschwerden vorgebracht hatte, und sogar die achte Maas zu entrichten sich nicht schuldig erachtete, somit hierauf der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission der allerhöchste Auftrag dieses Gravamen des Gärtnerhandwerks das Ungeld der vierten Maas von dem verzapfenden Wein eigen Gewächs betreffend zu untersuchen zugienge: So wurde am 19ten Nov. 1729. das Kommissarische Protocoll eröffnet, worinnen der Magistrat eingestunde „daß das salvis Privilegiis in dem §. 26. des Bürger-Vertrags auf die achte-Maas gesetzte Ungeld vom ihm nachhero wegen „des Türken- und darauf erfolgten schweren französischen Kriege wiederum auf die vierte Maas erhöht, und nach diesem alten Fuß der vierten Maas erhoben, nach denen Kaiserlichen „publicirten Resolutionen aber von der Siecheney, auf die Renthe verwiesen, und in dasiger Tax-Ordnung auf die achte Maas reducirt worden; daß übrigens dem Magistrat unwissend seye, ob über die „Taxordnung die vierte Maas erhoben worden, wo inzwischen dem „Renthen-Amt die Auflage geschehen seye, hinführo die achte Maas „von eigenen Gewächs zu nehmen. Der hierauf erfolgte kommissarische Bescheid verordnete, daß der Rath die achte Maas von eigenen Gewächs, so verzapft werde, von den Gärtnern zu erheben berechtigt; jedoch den ersagten Gärtner bei der Abrechnung jederzeit einen Drittel für ihre Haus-Consumtion zu gut zu rechnen seye, **) worüber auch an Kaiserliche Majestät von der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission unterm 29ten Oct. 1730. ein besonderer Bericht ***), und nach-

hero

*) Siehe Zahl XXXVIII.

**) Siehe Zahl XXXIX.

***), Siehe Zahl XL.

hero in der — am 19ten Decemb. 1731. erlassenen am 17ten Januar 1732. präsentierten Kommissarischen Schluß-Relation über alle in den Neun allerhöchsten Kaiserlichen Resolutionen enthaltene zur allgerECHtesten Kaiserlichen Entscheidung ausgefetzte Gegenstände der Ordnung nach im Ganzen unter Bezug auf die besondere bereits erstattete kommissarische Vorträge berichtet wurde. In diesem Hauptberichte wurde nun abermals ad Art. 26. 32. 33. und 35. der Erhebung der — in diesen §§. des Bürger-Vertrags enthaltenen Gefällen, mithin auch des Wein- und Umgelts auf den bisherigen Fuß gedacht. *).

§. 44.

Kaiserliche Majestät erledigten hierauf durch die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 14ten März 1732. **) alle zur allgerECHtesten Entscheidung hingelegte Gegenstände, mithin auch das Weinumgeld. Die Erledigung lautet

„ad §§. 26. 27. 32. 33. und 35. in specie der erhö-
 „hete Gefälle und Accisen — betreffend: da befinden Ih-
 „re Kaiserliche Majestät allgerNädigst imo daß die er-
 „höhete Gefälle so lange bis Magistratus und die
 „bürgerliche Reuner aus den Rechnungen befinden wer-
 „den, daß die Erhöhung ohne Schaden der Stadt ent-
 „weder moderiret, oder gar aufgehoben werden
 „können NB. auf den bisherigen Fuß
 „fortzuerheben seyen zdo wegen der Differenz zwis-
 „schen der Burgerschaft und den Bierbrauern puncto des
 „Malz- und Mahlgeldes werden Ihro Kaiserliche Maje-
 „stät Dero weitere allerhöchste Resolution ertheilen; im-
 „mitteltst und bis dahin soll es bei bisheris-
 „ger Abgabe belassen werden.

§. 45.

Diese allerhöchste Kaiserliche Res Judicata ist also die Entschei-
 dungs-Quelle. Sie verordnet den bisherigen Erhebungs-Fuß
 Dieser

*) Siehe Zahl XLI.

**) Siehe Zahl XLII.

Dieser war bei denjenigen Wirthen, welche accordirten, die jedesmalige Uebereinkunft der jährlich für das Umgeld zu zahlenden übereingekommenen Summe. Bei den übrigen Wirthen aber bestunde es in der Abgabe von fünf Gulden für die Ohm. Bei diesem durch die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 14ten März 1732. als einem Stadt-Grundgesetz sanctionirten Erhebungs-Fuß ist es auch bis 1802. verblieben.

§. 46.

Dann obgleich im Jahr 1769. von einem unberufenen Stadt-Einkünften-Verbesserer der Vorschlag geschah, die Weinumgelts-Abgabe anderst als durch Accorde, nämlich auf einen höheren Geld-Fuß erheben zu lassen: So wurde doch nach langen gepflogenen Deliberationen und Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den burgerlichen Kollegien der Schluß gefaßt, daß, ohne gegen die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 14ten März 1732. zu verstossen, ein anderer Erhebungs-Fuß als die Accorde nicht anzunehmen auch überdies sonstiger Schwierigkeiten wegen beinahe nicht möglich seye. Darauf erfolgte auch wegen der Unzufriedenheit einiger Wirthen mit dem Accords-Ansage das Raths-Conclusum vom 16ten Decemb. 1773. *) worinnen verordnet wurde:

„daß alle und jede Schild- und Baumwirth, welche
 „sich mit dem Recheney-Amt nicht abgesunden,
 „noch allenfalls in Zeit vierzehn Tagen sich
 „annoch nicht abfinden würden, fortan durch das
 „Renthen-Amt zu Entrichtung der achten
 „Maas-Gebühr anzuhalten seyen, und zu diesem
 „Ende sothane Schild- und Baumwirth auf dem Rent-
 „then-Amt auf ihre obhabende burgerliche Pflichten
 „anzugeloben hätten keinen Wein — zu verzapfen, be-
 „vor sothane Fässer durch die Visirer der Ordnung
 „gemäß visiret und aufgenommen worden, wo sie dem-
 „nächst von dem verzapften, nach Abzug
 „des Füll- und zu ihrer eigenen Con-
 „sumtion erforderlichen Weins die
 „achte Maas unverweigerlich zu entrichten
 „hätten.

Ob

*) Siehe Zahl XLIII.

Ob die Entrichtung in natura oder in Geld geschehen solle? wird hier nicht bestimmt; auch nichts von der bestimmten Taxe von 5 fl. (§. 24—28.) erwähnt.

§. 47.

Alle und jede Wirththe accordirten hierauf vor wie nach. Der Erhebungs-Fuß des Weinungeldes beruhete also lediglich auf den Accorden und dauerte bis den 28ten Februar 1802. fort; an welchem Tage das vom Magistrat, ohne einmal die bürgerliche Collegien zu befragen, ohne die dabei betheiligte Wirththe, welche doch aus dem Kaiserlichen Erkenntnisse vom 14ten März 1732. ein erlangtes Recht vor sich hatten, zu hören und ohne Kaiserliche Majestät allerhöchste Einwilligung allerunterthänigst zu erbitten am 4ten Februar verabsasste Edict *) von Haus zu Haus ausgetheilet wurde. Mit einer in den Rechten noch nie erhörten Anmassung wurden alle Accorde aufgehoben. Eine solche Macht erlaubt sich kein Souverain.

§. 48.

Die dargegen von sämtlichen Gast = Schild = und Baumwirththen gemachten Vorstellung ware nicht vermögend den Magistrat auf andere Gedanken zu führen. Es erfolgte das — am 1ten April verabsasste weitere Edict **). In diesem Raths = Schluß wurden wider die Raths = Verordnungen von 1666. und 1693. sodann die allerhöchste Kaiserliche bekannte Resolutionen vom 22ten Nov. 1725. und 14ten März 1732. folgende anstossende Grersätze aufgestellt, daß 1) das Rechenei = und Landamt bisher nachgesehen habe, über die wirkliche Berechnung und Abführung des Belaufs oder Werths der im Burger = Vertrag Art. 26. und den allerhöchsten Kaiserlichen Resolutionen für Ungeld zu entrichtenden achten Maas sich durch Bezahlung einer gewissen Summe in Geld abzufinden, und daß ferner 2) desfalls kein Besistand statt finde. Da aber die Accorde vom Magistrat selbst 1666. beliebt, und von Kaiserlicher Majestät durch die Erkenntnisse vom 22ten Nov. 1725. und 14ten März 1732. bestätigt worden: So konnte der Magistrat ohne allerhöchste Kaiserliche Einwilligung

*) Siehe Zahl XLIV.

**) Siehe Zahl XLV.

willigung nichts dagegen verfügen. Wenigstens hätte er nach dem Ablauf der Accord-Zeiten die Taxe von 5 fl. für die Ohm eintreten lassen müssen, weilen solche rechtskräftig am 14ten März 1732. mitgebilliget worden, und laut der allerhöchsten Kaiserlichen dritten Resolution vom 22ten Novemb. 1725. *) der Magistrat alle Kaiserliche Resolutionen mittelst körperlichen Eides beschwören muß, und sogar die Uebertretung der Kaiserlichen Erkännnissen mit der Strafe des Meineides, Entsetzung des Dienstes und fünfzig Mark löthigen Goldes belegt worden ist.

§. 49.

Alle diese rechtliche Betrachtungen, die Rückerinnerung an den wegen Beobachtung der allerhöchsten Kaiserlichen Erkännnissen als Stadt-Grundgesetzen geleisteten Eid, und die unausbleiblichen Strafen, welche die Nichtbefolgung der beschwornen Kaiserlichen Resolutionen mit sich führen, hätten den Magistrat von seiner Eigenmacht zurück auf die gesetzliche Wege führen sollen. Allein dieses geschah nicht. Es erfolgte das — am 14ten October 1802. verabsasste weitere Edict, **) worinnen die bishero seit 1666. bestandene und durch die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 22ten Novemb. 1725. bestätigte Accorde als Nachsicht und Connivenz des Magistrats gegen die bekannte durch die allerhöchste Kaiserliche Resolutionen vom 15ten Octob. 1716. 22ten Nov. 1725. und 20ten April 1728. — anderer allerhöchsten Kaiserlichen Erkännnissen nicht zudenken — festgesetzte glückliche Stadtverfassung angenommen werden, und der Magistrat sich als unumschränkter Gesetzgeber darstellen wollte. Zugleich drohete der Magistrat, daß er im Falle der Nichtbefolgung seiner Raths-Berordnungen vom 4ten Febr. 8ten April und 14ten Octob. 1802. die Wirthhe mit hohen Geldsummen für Umgeld, nach Gutfinden ansehen, und solche beitreiben, auch sogar die Wirths- und Wernschenks-Gerechtigkeiten schließen, und sperren wolle. Dabei begienge er jedoch in diesem nämlichen Edict den Widerspruch, daß er mit einer bei Kaiserlichen Majestät zu machenden Official-Anzeige drohete. Warum thate aber der Magistrat dieses nicht? Er würde alsogleich in die Schranken der Ordnung zurückgewiesen worden, und Kaiserliche Untersuchung erfolgt seyn.

Allein

*) Siehe Zahl XLVI.

**) Siehe Zahl XLVII.

Allein es scheint daß Er üble Ahndungen gehabt haben müsse. Dagehero griffe er auch nachhero mit Verachtung aller eingelegten Berufungen zu dem verzweifeltsten Mittel ganz unerhörter Taxationen.

§. 50.

Nachdem inzwischen am 25ten Oct. 1802. das Edict vom 14ten desselben Monats bei allen Wirthen von Haus zu Haus abgegeben worden waren, so trennten sich die Baumwirthe von den Gastwirthen. Der Gastwirthen Schriftsteller Licentiat Feuerbach übergab am 3ten Nov. 1802. eine Vorstellung und Eventual-Appellation an Kaiserliche Majestät und Eines der beiden höchsten Reichsgerichten. Die darüber gefertigte Notariatsurkunde setzet mit den Worten

„vorstehende collationirte Abschrift ist mit der von sämtlichen Gastwirthen ausschließlich derer hiesigen Baumwirthen übergebenen Originalvorstellung 2c. durchaus gleichlautend

ausser Zweifel, daß die Baumwirthe keinen Antheil an dieser Eventual-Appellation der Gastwirthen hatten.

§. 51.

Der Baumwirthen Sachführer Doktor Claus übergab am nämlichen 3ten November 1802. eine ganz einfache weitere Vorstellung, um den Magistrat zum Accordiren zu bewegen. Die Bitte war vergeblich. Auf beide Vorstellungen ergienge am 16ten Nov. 1802. der am 17ten desselben Monate insinuirte Rathsschluß des Inhalts:

„Es sind 1) Imploranten lediglich auf die Raths-Conclusion de 4ten Febr. 1ten April sodann 14ten Oct. nup. zu verweisen, und 2) wird die von den Gastwirthen, und den Wirthen auf den Dorfschaften eventualiter eingewendete Appellation quo ad effectum devolutivum ad Judicium verwiesen, hingegen 3) dem Recheneyamte wie auch Land-Ämte aufgetragen, nach Anleitung des Raths-Conclusi de 14ten Oct. nup. gegen die Imploranten nunmehr weiter zu verfahren, somit selbiges ohne längeren Vorzug zur Ausführung und Anwendung zu bringen.

§. 52.

Der Gastwirthen Schriftsteller Licentiat Feuerbach — der übrigenfalls kein Anwaldt und auch mit keiner Vollmacht versehen ware — übertrug die eingelegte Appellation dem Kammergerichts-Procurator Abel, um solche beim höchstpreislich Kaiserlichen Kammergericht einzuführen, ohngeachtet diese Sache laut allerhöchsten Erkenntnisses vom 3ten Febr. 1764. an ersagtes Kaiserliche Kammergericht nicht gebracht werden konnte *). Es wurde bei ersagtem Kammergerichte schon am 2ten Dec. 1802. Namens der getrennten Gastwirthen — jedoch ohne Vollmacht — ein Mandatum de non gravando contra legem patriae sic dictam ordinationem visitationis, non turbando in possessione vel quasi juris exinde quaesiti, mediantibus propriis ordinationibus multoties agniti et continuo plurium saeculorum usu firmati, hincque cassando Resoluta 4ta Febr. imo April 25ta Oct. et 16ta Nov. hujus anni nulliter emanata cum restitutione omnis damni et expensarum und eventualiter völlige Appellations-Prozesse nachgesucht; dieses Gesuch aber laut Kammergerichtlichen Bescheids vom 10ten Dec. 1802. abgeschlagen.

Da aber eines Theils der Procurator Abel die in der Kammergerichts-Ordnung von 1555. Part. 1. tit. 22. §. 7. vorgeschriebene erforderliche Vollmacht von den Gastwirthen nicht beigebracht hatte, auch ohne derselben Vorwissen de rato nicht caviren konnte, und der Licentiat Feuerbach kein Anwald ware, und keine Vollmacht hatte; da anderntheils in dieser aus den Stadt-Verwaltungs-Gesetzen und den älteren Commissions-Acten zu erörternden Sache Kaiserlicher Majestät höchstpreislichem Reichshofrath das ausschließliche Erkenntnisrecht laut rechtskräftigem Kaiserlichen Erkenntnis vom 3ten Febr. 1764. hat: So beruhet das gedachte sonst höchstverehrliche Kammergerichtliche Dekret auf sich.

!

§. 53.

Unmittelst hatten die Baumwirthe am 27ten Nov. 1802. von dem am 16ten desselben Monats verfaßten und am 17ten insinuirten Raths-Concluso (§. 51.) an Kaiserliche Majestät blos aus Vorsicht allerunterthänigst appellirt, und am 11ten Dec. 1802. die Acten-Requisition übergeben lassen. Diese nur quoad effectum devolutivum gegen die Kaiserliche Vorschriften vom 16ten April 1726. 20ten April 1728. und 24ten August

*) Siehe. Zahl XLVIII.

August 1778. zugelassene Appellation wurde in Gefolge des gedachten Kaiserlichen Erkenntnisses bei Kaiserlichen Majestät höchstpreislichem Reichshofrath am 26ten März 1803. allersubmissivst eingeführet und laut tiefzuverehrendem Concluso vom 9ten August die zwey monatliche Frist zur Einreichung des Beschwerden-Libells allermildest anberaunt.

§. 54.

Da aber schon in dem Berufungs-Briefe selbst angeführet worden, daß die sämtliche in der Sache ergangene Edicte oder Raths-Conclusa eine Rechtskraft an und für sich nicht beschreiten können, mithin blos Vorichts halber — und um dem Magistrat laut den angezogenen allerhöchsten Kaiserlichen Erkenntnissen vom 16ten April 1726. *) und 20ten April 1728. **) auch 24ten August 1778. ***) zu dem ihm bei Strafe 50 Mark löthigen Goldes anbefohlenen Stillstand mit gedroheten Attentaten zu bewegen — die Berufung eingelegt werde; da ferner die Sache wegen vorliegenden unverantwortlichen Thathandlungen wider die beschworne allerhöchste Kaiserliche Resolutionen zum Mandats-Verfahren geeigenschaftet ist; so glaubt man allerunterthänigst diesen weit kürzeren Weg wählen zu können, jedoch aber auch eventualiter die *facta nullo jure justificabilia* als Beschwerenden gelten zu lassen;

§. 55.

mit der Bemerkung, daß während dem Lauf der vorsorglich eingelegten Berufung der Magistrat sich verbottener Attentaten und Drangsalen gegen die Appellanten erlaubt habe. Dann als 1) die vom Licentiat Feuerbach Namens der Gastwirthen ohne alle Vollmacht an das höchstpreislich Kaiserliche Kammergericht gebrachte Berufung, welche hauptsächlich die Fortdauer der Accorden zum Gegenstand gehabt hatte — abgeschlagen worden ware (§. 52.) so verlangte das Frankfurter Rechenamt die Entrichtung der achten Maas nach dem Verzapspreise. Sowohl die Gastwirthen als Baum- und Weinwirthen — welche den auf 5 Gulden für jede Ohm bestimmten Erhebungsfuß im Falle der nicht mehr eintretenden Accorden damals nicht wußten, sondern durch die Einsicht der Commissionsacten solchen Tarif erst

kürzlich

*) Siehe Zahl XLIX.

**) Siehe Zahl L. und LI.

***) Siehe Zahl LII.

kürzlich in Erfahrung brachten — erklärten sich die achte Maaß in natura abzufinden; und berufen sich eventualiter auf allerhöchste Kaiserliche authentische Auslegung des Burgervertrags und der verbesserten Visitations-Ordnung. Das Recheneyamt verwarfe diesen gesetzlichen Antrag; und der Magistrat bestätigte auf erhobene Berufung das widerrechtliche Erkenntniß des Recheneyamts mit der Bemerkung, daß der Artikel 26. des Burgervertrags auf den Verzapfpreis theils usualiter theils autentice bereits von Kaiserliche Majestät erklärt worden. Beides ist aber grundlos. Dann bei einer Natural-Abgabe, wann solche auch mit Geld abgefunden wird, findet eine Nothwendigkeit der Geldzahlung, auch eine Verjährung desfalls nicht statt. (§. 7.) Ein wirklicher Vertrag wodurch die Naturalabgabe in eine Geldabgabe verwandelt wird, muß eintreten. Wie sollte also die gerühmte Usualauslegung bestehen? Eben so ist nirgends eine Kaiserliche authentische Auslegung auf den Verzapfpreis vorhanden. Die Kaiserliche Entscheidung vom 14ten März 1732. bestimmt blos den bisherigen Erhebungsfuß, aber keinen Verzapfpreis. In dieser Hinsicht ist

2) abermals an Kaiserliche Majestät allerunterthänigst appelliret, und interpretatio autentica nachgesucht worden, welches allerhöchste Kaiserliche Recht der Magistrat mit dem unpassenden Kammergerichtlichen Bescheid (§. 52.) nicht nur vereiteln wollen, sondern auch

3) nach Maaßgabe seiner unkräftigen Raths-Berordnung vom 14ten October 1801. die Wirthhe mit übertriebenen leutverderblichen Taxationen belegt, und mit hülfsvollstreckenden Maaßregeln auf die Taxations-Summen durch Obssignation der Weinen in vim executionis attentative vorgeschritten, und dadurch sich selbst in die Strafe von 50 Mark Goldes gebracht, überdies aber auch noch

4) sogar durch den städtischen Kammergerichtlichen Anwaldt Dr. von Hoffmann wegen angeblichem gesetzwidrigen Absprung von höchstpreislich Kaiserlichen Reichskammergericht an höchstpreislich Kaiserlichen Reichshofrath auf Excitation des Fiskals am 21ten März 1803. an ersagtem höchstpreislich Kaiserlichem Kammergericht angetragen, und solche auch erwürket hat, wo er, der Rath, doch aus dem allerhöchsten Kaiserlichen Erkenntniß vom 3ten Febr. 1764. wußte, daß die Sache an das höchstpreisliche Kaiserliche Kammergericht nicht gebracht werden konnte, folglich der Fehler des Advokatens Licentiaten Feuerbach den der Rechten unwissenden Gastwirthen, welche überdies darzu keine Vollmacht

ertheilet hatten, nicht zur Last gelegt werden mogte, andern theils aber auch dem Magistrat aus den Acten bekannt ware, daß die Baum- und Weinwirth e sich an ersagtes Kaiserliche Kammergericht nicht gewendet hatten, folglich diese in keinem Falle mit dem ganz irrig aufgef orderten Fiskal verfolgt werden können.

§. 56.

Zu Begründung sämtlicher factorum nullo jure justificabilium und geflissentlicher Verletzungen der allerhöchsten Kaiserlichen Resolutionen muß man die hier einschlagende allerhöchste Kaiserliche vom Magistrat mittelst leiblichen Eides beschworene Entscheidungen als Stadtgrundgesetze auf der einen Seite und die von ersagtem Rath begangene Thathandlungen auf der andern Seite in Betrachtung ziehen.

Das erste factum nullo jure iustificabile beruhet darinnen

daß der Magistrat wider die rechtskräftige den bisherigen Erhebungs- Fuß des Weinungelds bestimmende allerhöchste Kaiserliche Entscheidung vom 14ten März 1732. den Verzapfpreis eigenmächtig einführen wollen.

Nach dem Privileg des Kaisers Sigismund von 1425. besteht das Ungeld in der Abgabe einer viertel Ohm von dem Fuder; nach dem Burgervertrag Art. 26. in der achten Maas; und kein Preis — weder der Ankaufs- noch Verzapfpreis — ist in diesen Urkunden bestimmt (§. 10. und 31.). In der Rathsverordnung vom 16ten Januar 1666. wurde den Wirth e das Accordiren oder die Entrichtung der achten Maas frey gestellt (§. 13.). Nachdem aber statt der achten Maas die vierte Maas vertragswidrig wiederum eingeführet, und von den Wirth e, welche nicht accordiren wollen, erhoben worden ware; nachdem sogar die Geistlichkeit auf den Kanzeln darwider predigte; so wurde ein neuer Vertrag oder Vergleich nach dem Angeben der bürgerlichen Deputirten in der 1707. Jan Kaiserliche Majestät übergebenen Vorstellung (§. 23.) dahin errichtet, daß die Bürger vom Auszapfen für die Ohm 4 fl. zu entrichten hätten, welches aber vom Magistrat nachhero auf 5 fl. bestimmt, und diese Taxe erhoben, auch von den Admodiatoren dieser Erhebungsfuß beibehalten (§. 24. 25. 26. 27. und 28.) nicht minder solcher von der höchstpreislich Kaiserlichen Kommission an Kaiserliche Majestät mit Anschluß der darüber sprechenden Urkunden allerunterthänigst einberichtet, auch hierauf solcher

Wein = Ungelds = Erhebungs = Fuß entweder nach den Accorden, oder für die Ohm 5 fl. mit Abzug eines Drittheils für die häusliche Consumtion durch die Kaiserliche rechtskräftige Entscheidung vom 14ten März 1732. festgesetzt worden. Bei dieser Re Judicata Caesarea hat es also sein unabänderliches Bewenden, und zwar dergestalten, daß desfalls nach dem klaren Buchstaben des allerhöchsten fernern Kaiserlichen Erkenntnisses vom 11ten October 1746. *) der Magistrat nicht einmal weiters zu hören ist; in Erwägung, daß gedachter allerhöchster Entscheidung Sinn und Meinung lediglich aus den formissarischen Akten schon erhellet, somit eine fernere Vorstellung des Magistrats nicht das Mindeste weiters beitragen kann.

§. 57.

Das zweyte Factum nullo Jure iustificabile bestehet darinn

Daß der Magistrat die allerhöchste Kaiserliche Entscheidung und authentische Auslegung, woferne eine solche noch erforderlich seyn sollte, nicht abwarten wollen, sondern sich einer ihm nicht gebührenden einseitigen Interpretation anmaßen wollen.

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß bei zweifelhaft und dunkel scheinenden allerhöchsten Resolutionen Kaiserlicher Majestät einzig und allein die authentische Auslegung derselben, wie auch aller andern Frankfurter Stadt = Grundgesetzen als z. B. des Bürgervertrags und der Judens Stättigkeit vermöge des bereits angezogenen allerhöchsten Erkenntnisses vom 11ten Oct. 1746. nicht nur, sondern auch der allerhöchsten Kaiserlichen Entscheidung vom 24ten Febr. 1778. **) zustehe. Dieses allerhöchste Kaiserliche Recht beruhet auf der allerhöchsten Person Kaiserlichen Majestät. Dahingegen ist sowohl dem Magistrat, als auch den bürgerlichen Kollegien alles Ernstes durch die allerhöchste Resolutionen vom 27ten April 1752. ***) und 3ten April 1765. ****) untersagt, sich einer Auslegung Kaiserlichen Erkenntnissen anzumassen, und in dieses
aller-

*) Siehe Anlage Zahl LIII.

**) Siehe Anlage Zahl LIV.

***) Siehe Anlage Zahl LV.

****) Siehe Anlage Zahl LVI.

allerhöchste Kaiserliche Vorrecht sich zu mischen. Wann sogar der Magistrat und burgerlichen Kollegien sich einverstehen sollten, eine solche Interpretation — wie 1746. zum Nachtheil der Rentirer, Wechsler und Handelsleuten mittelst einer erfundenen Vermögens-Steuer unter dem Namen einer Classification geschähe — zu unternehmen; so wird solches von Kaiserlicher Majestät in allerhöchsten Ungnaden nicht nur gerügt, sondern sowohl Magistrat als die Kollegien auf ihren Eid, womit sie die Kaiserliche Resolutionen beschworen, nachdrücklichst hingewiesen; wie solches das mit Ernst und Kaiserlicher Würde am 11ten Oct. 1746. ergangene allerhöchste Erkenntniß bewähret. Dann der in so vielen Kaiserlichen Resolutionen ausgedruckte allerhöchste Wille ist, daß kein Stand gekränkt werden solle. Konnten die reiche Rentirer, Wechsler und Handelsleute mit neuen oder erhöhten Auflagen 1746. nicht beschwert werden; so wird solches noch weniger bei den Wirthen gegen das rechtskräftige Kaiserliche Erkenntniß vom 14ten März 1732. statt finden können.

Hätte der Magistrat in dieser Kaiserlichen Entscheidung eine Dunkelheit zu finden geglaubt; so hätte er Kaiserliche Majestät um authentische Erklärung allerunterthänigst angehen sollen. Er selbst aber konnte sich keine Auslegung erlauben. Er durfte nicht zur Bereitung allerhöchster Kaiserlichen Auslegung wahrheitswidrig vorgeben, daß der Art. 26. des Bürger-Vertrags theils usualiter und theils autentice schon auf den Verkauf-Preis ausgelegt worden seye, wovon die auf Accorde und den Tarif von 5 fl. für die Ohm sich beziehende allerhöchste Kaiserliche Entscheidung vom 14ten März 1732. kein Wort besaget.

§. 58.

Das dritte factum nullo jure justificabile bestehet darinnen

daß der Magistrat wider die angezogene Kaiserliche Vorschrift der Berufung die Suspendiv-Wirkung nicht verstattet hat, sondern theils mit grundverderblichen Taxationen, theils mit erekutivischen Maasregeln durch Versiegelung der Weinen sürgefahret ist.

Die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 22ten Nov. 1725. verordnet ausdrücklich, daß die Uebertretung der Kaiserlichen Resolutionen
nicht

nicht nur mit einer Buße von 50 Mark löthigen Goldes, sondern auch noch mit andern schweren Strafen geahndet werden solle.

Besonders wird, so viel die Appellationen betrifft, in den allerhöchsten Kaiserlichen Erkenntnissen vom 16ten April 1726. und 20ten April 1728. die Strafe von 50 Mark Goldes auf die Verweigerung des Effectus suspensivi bestimmt. Da nun aber der Magistrat a) die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 14ten März 1732. überfahren, und den daselbst festgesetzten bisherigen Erhebungszuß in den Verzapf-Preis eigenmächtiger Weise verwandeln will, wozu er doch wegen der Rechtskraft dieser allerhöchsten Kaiserlichen Entscheidung vom 14ten März 1732. — welche nach genauer Prüfung der sowohl von dem Magistrat als der Bürgerschaft vorgetragenen Gründen, und auf erstattete kommissarische Berichte, sodann die in den Anlagen und respective Nebenanlagen dieser Berichten beigelegte (S. 24. 26. 27. 28. 42.) Urkunden ergangen ist — keine Befugniß hatte: So ist er in die Strafe von 50 Mark löthigen Goldes, welche die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 22ten Nov. 1725. (S. 48.) androhet, gefallen, ohne der übrigen daselbst genannten Ahndungen dahier zu gedenken. Nimmt man aber auch noch hinzu, daß b) der Magistrat sogar durch Stimmen-Mehrheit die schuldige Ehrverbiethung den so oft und vielfältig sowohl von den Gast- als auch Baumwirthen eingelegten Berufungen an Kaiserliche Majestät verweigert, und solchen Appellationen, theils die Suspensiv-Wirkung abgeschlagen, theils den Lauf gar nicht lassen wollen, und noch überdies mit Taxationen der Wirthen, sodann mit exekutivischer Obsequation der Weinen auf die sich angemäße Taxationen fürgefahren ist, auch wie die Vorakten zeigen, sich durch Beilegung der allerhöchsten Kaiserlichen Erkenntnissen vom 16ten April 1726. 20ten April 1728. und 20ten August 1778. nicht warnen lassen; So hat er auch durch dieses sein sträfliches Benehmen die in ebengedachten allerhöchsten Verordnungen festgesetzte Buße, von 50 Mark Goldes sich selbst zugezogen. Schon im allerhöchsten Erkenntniß vom 24ten August 1778. schiene Kaiserlicher Majestät Langmuth der Erschöpfung nahe zu seyn. Allerhöchstdieselbe warnten daher den Magistrat nochmals mit der allgerECHtesten Weisung auf die eingewandte Appellationen furohin genauer und um so mehr acht zu haben, als ihm, dem Magistrat lieb seyn möchte die in vorigen Kaiserlichen Verordnungen desfalls angedrohte Strafe zu vermeiden. Allein gleichwohl fanden leider! in dieser Rechtsache die Erinnerungen an diese Warnungen beim Magistrat oder vielmehr bei dessen

meisten

meisten Gliedern — dann mehrere Rathsglieder nehmen keinen Antheil an dem Ungehorsam — kein Gehör!

§. 59.

Das vierte Factum nullo jure justificabile beruhet darinnen

daß der Magistrat sogar am höchstpreislich Kaiserlichen Reichskammergericht wider die Wirth den Fiskal, des tiefzuverehrenden Erkenntnisses vom 3ten Febr. 1764. ungeachtet, auffordern lassen.

Diese allerhöchste Kaiserliche Entscheidung vom 3ten Februar 1764. setzt feste, daß in allen die innere mit den Kaiserlichen Verordnungen genau verknüpfte Stadtverwaltungsverfassung angehenden Sachen die Appellation an das Kaiserliche Kammergericht nicht ergriffen werden könne, sondern Kaiserliche Majestät höchstpreislichem Reichshofrath das ausschließende Erkenntnisrecht allein zustehe. Die Natur der Sache bringt dieses auch schon mit sich, weil aus den ältern Commissionsacten die Erkenntnisse zu schöpfen sind. Sothanes Kaiserliche Erkenntniß von 1764. verwies auch nicht nur den Magistrat ernstlich, daß er dergleichen an das Kaiserliche Kammergericht gewagten gegen die Kaiserliche Verordnungen anlaufenden Absprung in Zeiten berichtet nicht angezeigt habe, sondern befahle noch überdies vor die Zukunft dergleichen Ungebühr nicht zu dulden. In Gefolge dieses Kaiserlichen allergnädigsten Befehls ware es die Pflicht des Magistrats, den vom Licentiat Feuerbach Namens der Gastwirthen an das höchstpreislich Kaiserliche Reichskammergericht genommene Recours bei Kaiserlicher Majestät anzuzeigen, oder doch wenigstens den ersagten Licentiaten Feuerbach auf das allerhöchste Kaiserliche Erkenntniß vom 3ten Febr. 1764. hinzuweisen. Dann denen der Rechten unumwundenen Gastwirthen kann auf alle Fälle nichts zur Last gelegt werden. Allein der Magistrat thate gerade wider die gedachte allgeregteste Kaiserliche Resolution vom 3ten Februar 1764. das Gegentheil.

Raum ware er von seinem Kammergerichtlichen Anwalte Doctor von Hoffmann von der übergebenen Supplise pro Mandato und eventualiter pro Appellationis Processibus (§. 52.) unterrichtet; so wendete er sich selbst mit einer Supplise pro Documento denegatorum processuum an ersagtes Kaiserliche Kammergericht, gabe die Sache für eine inappellable Contributionssteuern und Polizey-Sache aus, und

bate um Abschlagung des von dem Anwalte der Gastwirthen gestellten Gesuchs. Dem höchstpreislich Kaiserlichen Reichskammergericht ware das Kaiserliche Erkenntniß vom 3ten Februar 1764. ganz unbekannt; ansonsten hätte dieses höchste Reichsgericht diese aus den älteren Kommissions-Acten zu erörterende Sache alsogleich an Kaiserliche Majestät höchstpreislichen Reichshofrath verwiesen. Ferners ist dem gedachten höchsten Reichsgerichte die Grundlage der Frankfurter Stadtverfassung, daß der Magistrat keine Befugniß habe weder neue Auflagen zu machen, noch alte zu erhöhen oder nachtheilig zu verändern, nicht eröffnet worden. Nicht minder ist demselben das rechtskräftige allerhöchste Kaiserliche Erkenntniß vom 14ten März 1732. nicht vorgelegt worden. Dann auch diese Umstände würden das höchstpreisliche Reichskammergericht bewogen haben, die Sache an Kaiserliche Majestät höchstpreislichen Reichshofrath — wo die Sache schon am 14ten März 1732. entschieden worden, somit dieser allerhöchste Kaiserliche Gerichtshof das *forum praeventum* schon so lange Zeit ware — zu verweisen. Da nun alle diese Thatsachen dem Kaiserlichen Reichskammergericht nicht vorgetragen, sondern vom Magistrat hinterhalten worden, und dasselbe seine Gerichtsbarkeit rücksichtlich des Magistrats zwar gegründet, die Sache selbst aber vielleicht als Polizensache — wegen den unbekannt gebliebenen Kaiserlichen Entscheidungen — betrachtet haben mag: So ergienge auch am 10ten Dezember 1802. der abschlägliche Kammergerichtliche Bescheid. Hierbei bleibt aber immerhin dem Magistrat zur Last, daß er dem mehrgedachten höchstpreislichen Kammergericht das allerhöchste Kaiserliche Erkenntniß vom 3ten Febr. 1764. nicht vorgelegt, auch bei Kaiserlicher Majestät von dem Vorgang keine Anzeige gemacht hat, welches ihm doch so nachdrücklich anbefohlen worden ware, mit dem allerhöchsten Befehle, schlechterdings in dergleichen die Stadt-Verwaltung betreffende Sachen einen Absprung an das Kaiserliche Kammergericht nicht zu dulden.

§. 60.

Wollte man aber auch noch diesen grossen Fehler übersehen; so hat doch gleichwohl der Magistrat durch sein nachheriges Benehmen seine Schuld noch mehr gehäufet, und gleichsam seinen Vorsatz die Kaiserliche Befehle ausser Augen zu setzen an den Tag gelegt. Dann als der nicht legitimirte Kammergerichtliche Anwalt Licentiat Abel um Erstreckung der Nothfrist zur Einreichung einer weitem Beschwerden-Ausführung gebethen, solche Frist auch laut Kammergerichtlichen Bescheids vom 11ten Dezember 1802. jedoch absque Effectu suspensivo erlangt hatte, inzwischen die Gastwirth beim Recheney-Amte und Magistrat sich zur Entrichtung der

der

der achten Maas in natura erbothen hatten, und auf eine Kaiserliche authentische Auslegung des Art. 26. des Burgervertrags provocirten, solcher Antrag aber am 18ten Januar 1803. verworfen wurde, sofort von diesem Raths-Concluso, welches das Kaiserliche allerhöchste Recht die Stadtgrundgesetze autentice auszulegen, vereiteln wollte, an Kaiserliche Majestät als authentischen Ausleger, die Berufung eingelegt worden war: So vergasse der Magistrat sich soweit, daß er am 31ten März 1803. am Kaiserlichen Kammergerichte anzeigte, „wie die weitere Beschwerden-Einführung zwar nicht eingekommen, jedoch die ansehnlichste Classe der „Wirthen die Dreistigkeit gehabt, quasi re bona gesta ganz unverhohlen zu erklären, daß sie an den höchstpreislich Kaiserlichen Reichshofrath sich gewendet, und ihre Beschwerden bei dieser hohen Behörde, welche allein — nicht aber das doch von ihnen vorher selbstgewählte „und in der Sache zweimal erkannt habende Kaiserliche Kammergericht — „Judex competens seye, wirklich eingereicht hätten. Es seye höchstnötig darüber höchstrichterliches Einsehen zu treffen. „Der nunmehr ersonnene Vorwand, daß der Artikel 26. des Burgervertrags erst einer authentischen Interpretation darüber bedürfe, ob nicht das Umgeld mit der achten Maas in natura von „der Stadt angenommen werden müsse? welcher zur Beschönigung des in „den Reichsgesetzen schwer verpönten Absprungs von dem „höchstpreislichen Kammergerichte an den Kaiserlichen Reichshofrath gebraucht würde, seye um so unerfindlicher, als „die Kaiserliche Aemter-Visitations-Ordnung ausdrücklich eine Bezahlung, nicht Natural-Einrichtung, verbis: bezahlen die achte „Maas Umgeld: erfordere. — Es komme hier keinesweges erst auf „die Auslegung eines Stadt-Verfassungs-Gesetzes, sondern allein „auf die Anwendung eines solchen nicht im geringsten dunklen „vielmehr klaren Gesetzes an, wo überdies auch die Zahlung in Geld „von jeher nach dem Verzapfpreis seit mehr als 500 Jahren geschehen „seye; und durch die Naturalentrachtung die Abgabe nur unnützlich gemacht werden wolle, indem statt des Verzapfpreises eine Mischung „von allerlei verschiedenen Weinen, wie solche in einer Wirthschaft „ausgegeben zu werden pflegten, in natura aufgedrungen werden würde. Der Magistrat hoffe, daß die gesetzmäßige Ahndung solchen Frevelmuths um so mehr erfolgen werde, als die Einnahme des Umgelds zum größten Theil der Kriegs-Contribution-Schulden-Zahlungs-Classen gewidmet seye, und und folglich eine längere Nachsicht gegen die Wirths zur wahren Ungerechtigkeit gegen alle „andere in den Wirths- und Weinhäuser nicht zechende „Bür-

„Bürger ausarten würde, von welchen der Rath jährlich die bekann-
te Vermögens-Beiträge für die Contributions-Casse einzufordern
genöthiget seye; mit Bitte — den Kaiserlichen Fiscal gegen die Wir-
the wegen ihres reichsgesetzwidrigen Absprungs von dem selbstge-
wählten und prävenirten höchsten Reichs-Gerichte an
das andere, und dadurch frevelhaft intendirenden Col-
lision beider höchsten Reichsgerichte seines Amtes zu
erinnern.“

§. 61.

Stärkere Züge der Magistratischen Abneigung und des Verfol-
gungs-Geistes gegen die Wirthe finden sich in den Jahrbüchern Frank-
furts nicht. Dann wie konnte der Magistrat gegen besseres Wissen
und Ueberzeugung, auch gegen die lautsprechende Actenkunde die ganz
unschuldige Baummirthe, welche doch niemals sich an das Kaiserliche
Kammergericht gewendet hatten, einflechten und gegen diese ebenwohl
den Fiscal auffordern, worauf auch gegen diese die Kammergerichtliche
Ladung *advidendum se unumquemque condemnari in poenam quin-
pue Marcarum Auri puri vel aliam arbitrariam fisco Caesareo persol-
vendam*, erkannt und insinuirt worden ist. Hätte der Magistrat ge-
gen die Gastwirthe seine Gründe für vollwichtig erachten können: So
konnte er bei Kaiserlicher Majestät höchstpreislichem Reichshofrath sol-
che vortragen, oder auch die vermeintliche Einrede *Rei judicialae Ca-
meralis* entgegen stellen. Allein damit wäre ihm nicht gedient. Er
wollte einestheils lediglich die Wirthe verfolgen, und andernteils auch
das Kaiserlicher Majestät höchstpreislichem Reichshofrath zustehende
judikatmäßige ausschließliche Erkennungs-Recht in Contestation setzen,
obgleich er das allerhöchste Kaiserliche Erkenntniß vom 3ten Februar
1764. ebenwohl, so wie alle Kaiserliche Resolutionen mittelst för-
perlichen Eides beschworen hat.

§. 62.

Inzwischen sind selbst die vom Magistrat vorgetragenen Grün-
den (§. 60.) unrichtig und zum Theil bereits widerlegt worden.

Dann 1) die Frage: ob der Art. 26. des Bürger-Vertrags und
der Tit. 4. der Visitations-Ordnung dunkel oder klar seye? ge-
hörte

hörte lediglich an Kaiserliche Majestät, als den allerhöchsten authentischen Ausleger der Stadt-Verfassungsgesetzen. Von Geld und Preis ist weder in dem gedachten Art. 26. des Bürger-Vertrags, noch dem Tit. 4. der Visitations-Ordnung die Rede. Und das Wort: bezahlen: ist der rechtlichen Regel nach nicht auf Geld zu ziehen, sondern im gesetzlichen Sinne zu nehmen. Das oben (S. 32.) angezogene Gesetz sagt: *solutionis verbum — magis ad substantiam obligationis quam ad nummos refertur*. Will dann der Verfasser der Kammergerichtlichen Vorstellung klüger als das Gesetz seyn? Auch ist

2) das Vorgeben, daß der Verzapspreis seit 500 Jahren entrichtet worden, grundlos. Diese Unrichtigkeit ist durch den mittelst Vertrags beliebten Tarif von vier, oder fünf Gulden, und durch diesen Erhebungs-Fuß bereits hinlänglich widerlegt. Gesezt aber auch, daß

3) Geld statt der Natural-Abgabe entrichtet worden wäre: So kann — wann desfalls kein die Natural-Abgabe in Geld für immer und ewig verwandelender Vertrag vorhanden ist — dieser *Actus merae facultatis* die ursprüngliche Verbindlichkeit nicht ändern. Eine Verzählung findet bereits bemerktermassen desfalls nicht einmal statt; weilen dem Zieher einer Natural-Abgabe der Bezug derselben in natura oder Geld und dem Pflichtigen eben so die Entrichtung in der Natur oder in Geld frey stehet. Uebrigens ist nicht minder

4) die geäußerte Besorgniß einer Mischung von allerlei Weinern eine unstatthafte Einstreuung. Dann da nach dem Privileg des Kaisers Sigismund von 1425. eine viertel Ohm vom Fuder bestimmt worden, somit nach Abzug der häuslichen Consumtion solche Abgabe von jedem Fuder genommen wird; so ist an keine Mischung zu denken. Und warum dachte Kaiser Sigismund bei Ertheilung des Gnadenbriefes an eine solche Gefährde nicht? Da inzwischen der von der Bürgererschaft in der Vorstellung von 1707. angegebene Vertrag oder Vergleich bestimmt, daß für das Auszapfen der Weine die Ohm Wein mit vier Gulden, oder — wie der Magistrat den Erhebungs-Fuß bezeichnet hat — mit fünf Gulden Zapfgebühre belegt worden: So hat hierdurch — als einen neuern Vertrag — bei der überdies eingetretenen allerhöchsten Kaiserlichen diesen Erhebungs-Fuß bestätigenden Entscheidung vom 14ten März 1732., die Frage von der Lieferung in natura oder in Geld ihre völlige Erledigung. Wann aber

5) der Magistrat vorgiebt, daß das Umgeld zur Contributions=Schulden=Zilgung verwendet werde, und die übrige Bürger für die Zecher in den Wirthshäusern die Contributionen nicht zu tragen hätten: So muß man billig über solche Gründe erstaunen. Dann einestheils ist bloß von dem Erhebungs=Fuß des Umgelds die Rede. Solches mag zur Schuldentilgung verwendet werden oder nicht; obgleich die allerhöchste Kaiserliche Resolution vom 4ten September 1798. die sogenannten Simple zur Contributions=Schulden=Zilgung verordnet hat, und desfalls die niedergesetzte Deputation alle Jahre getreue Rechnung ablegen soll. Dieses hat auf den Tarif des Umgelds keinen Einfluß. Die Wirths sind doch deswegen mehr — als ihre Schuldigkeit ist — zu zahlen nicht verbunden. Anderntheils scheint es, daß der Magistrat diejenige Bürger, welche zu ihrer Erholung ein Glas Wein in den Wirthshäusern trinken, für contributionsfren halte, ohngeachtet doch auch diese sogenannte Zecher eben so gut, wie diejenige, welche zu Hause ihren Wein trinken und zechen, die Contributions=Beiträge entrichten müssen, mithin der ungegründete und unnütze Vorwurf, als ob die übrigen Bürger für diese Gäste die Contributions=Beiträge abzufinden hätten, unter aller Kritik ist.

§. 63.

Wann endlich der Magistrat die Gastwirths dadurch, „daß sie selbst das höchstpreisliche Kaiserliche Kammergericht zu ihrem Richter gewählt, und dieses höchste Reichsgericht prävenirt hätten“ in den Schatzen stellen will: So kann doch diese theils ungegründete, theils unerhebliche Erinnerung die magistratische vorsätzliche Uebertretung der Kaiserlichen Resolution vom 3ten Febr. 1764. nicht entschuldigen. Dann einestheils gehet die Gastwirths das Versehen ihres nicht bevollmächtigt gewesenen Sachführers Licentiaten Feuerbach durchaus nichts an. Hat dieser sich ohne Vollmacht an das Kaiserliche Kammergericht gewendet, und einen nicht zu rechtfertigenden Absprung an diesen Gerichtshof gewagt, wo er in Gefolge des rechtskräftigen Erkenntnisses vom 3ten Februar 1764. bei Kaiserlicher Majestät höchstpreislichem Reichshofrath die Beschwerde vortragen sollen: So ist dieses Versehen an dem Advokaten, nicht aber an der unschuldigen Parthie zu rügen, wo ohnehin das mildrichterliche Amt dergleichen Advokaten=Gezeler nach der gesetzlichen Vorschrift: *de his quae desunt advocatis*: zu verbessern pflegt. Anderntheils ist aber auch das Betragen des Magistrats — daß er die jetzige gesetzliche Furschritte der Gastwirths als einen

einen verbotenen Absprung vom höchstpreislich Kaiserlichen Kammergericht an höchstpreislich Kaiserlichen Reichshofrath zu verunglimpfen gewagt hat — um so mehr strafbar, als vielmehr das ungesetzliche Benehmen des Advocaten Feuerbach diese an den höchstpreislichen Kaiserlichen Reichshofrath gehörige Sache an das Kaiserliche Kammergericht zu bringen ein untersagter Absprung vom höchstpreislich Kaiserlichen Reichshofrath an das Kaiserliche Kammergericht wäre, welchen der Magistrat nicht dulden, vielmehr seinen Pflichten nach bei Kaiserlicher Majestät laut der Vorschrift vom 3ten Febr. 1764. anzeigen sollen. Anstatt aber dieses pflichtmäßig zu thun, vergift sich der Magistrat noch soweit, daß er sogar den sträflichen Absprung des Licentiaten Feuerbach in Schutz nimmt, wo doch dieser gegen das allerhöchste Kaiserliche Verbot vom 3ten Februar 1764. das höchstpreisliche Kaiserliche Kammergericht als Richter nicht wählen konnte. Der Vorsatz des Magistrats die Kaiserliche Verordnung vom 3ten Februar 1764. gefflentlich zu übertreuten, ergiebt sich noch besonders aus dem Umstande, daß er seinem Kammergerichtlichen Anwalde Doctor von Hoffmann — welcher die Schrift ohne ausdrückliche Vollmacht beim Kammergerichte zu übergeben Bedenken trug — annoch einen besondern Auftrag zu gehen ließe, den auch der gedachte magistratische Anwalt sothaner Schrift S. 5. sub Lic. B. beifügte. Vorsätzlich hat also der Magistrat sowohl das allerhöchste Erkenntniß vom 3ten Febr. 1764. als auch die übrige angezeigte Kaiserliche Entscheidungen verlegt, so daß auch dieses klar vorliegende Factum nullo Jure iustificabile keinem Zweifel unterworfen ist.

§. 64.

Das allerhöchste Kaiserliche Ansehen, und Frankfurts — dieser guten Stadt — Wohl heischt die Aufrecht = Erhaltung der Kaiserlichen Resolutionen, deren getreue Befolgung als Stadtgrundgesetzen eben aus dieser Ursache jedes Rathsglied bei Antritt seines Amtes mittelst körperlichen Eides beschwören muß.

Gerecht ist also auch die an Kaiserliche Majestät gestellte Bitte

daß 1) der Magistrat seine ohne Vorwissen, Einwilligung, und Genehmigung Kaiserlicher Majestät am 4ten Februar, 1ten April, 14ten October, und 16ten November 1802. erlassene der allerhöchsten Kaiserlichen rechtskräftigen Resolution vom 14ten März 1732. zu-

M

wider =

widerlaufende Rathsverordnungen einzuziehen, 2) künftighin sich einer Ihm so oft und vielfältig besonders durch die Kaiserliche Erkenntnisse vom 15ten October 1716. 11ten October 1746. 27ten April 1752. 3ten April 1765. und 24ten Februar 1778. untersagten eigenmächtiger Auslegung der Kaiserlichen Resolutionen und sonstiger Frankfurter Stadtgrundgesetzen nicht anzumassen; 3) in Gefolge der rechtskräftigen Kaiserlichen Entscheidung vom 14ten März 1732. den festgesetzten Erhebungs-Fuß, der achten Maas durch Accorde, oder, wo solche nicht zu Stande kommen können, durch den Absatz der bestimmten Summe von fünf Gulden für die Ohm, jedoch nach Abzug der häuslichen Consumtion nicht zu überschreiten; und 4) alle verursachte Schäden und Kosten zu erstatten habe —

Beilagen.

I.

C o p i a

Privilegii Kaiser Ludwigs des Vierten.

Wir Ludowig von Gottes Gnaden römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs verleiheñ offentlichenn ahn diesem Brieffe, vnd thunn fundt, allenn den, die in ansehen, oder hören lesenn, des wir den bescheiden vnd weisen Leutten, den Burgermeistern, dem Rath, und den Burgern gemainlichenn zu Frankfort unsern lieben getreueñ umb besunderenn dankbaren dinst, vmb noch täglichenn thunt, die besondere Gnad gethan habenn, vnd thun auch in sie mit diesem Brieffe die hernach geschriebenn stant. Des ersten thun wir ihnen die Gnade, ob sie wolent, und auch, ob es in fuegte zu thun, des sie die Stadt zue Frankfurte gewisern und gemehren nützen, als in deme nützlich ist, und mit Muren, vnd mit Befestungen weiter griffen, vnd da sullen wir noch Jemand vonn unsern wegen, noch auch kein Unser Nachkommen sie nit an irren. Wann auch die Statt gemehrt wüdt, so soll sie bleibenn sitzende bei ihr gewöhnlichenn Steuern, als sie jezunt sizent, und sollen wir sie, noch jehmant anders darüber nit drengen.

Es soll auch dieselbe neuw Statt, vnd der neuwe begriffe en ding sein mit der Statt zu Frankfort, vñnd soll alles ein Statt haissen vñnd sein, und sollen die, die darinnen sizent vñnd wohnent alle die Freyheit vñnd Recht haben, die die Statt zu Frankfurte hatt, vñnd soll kein Unterschiet zwischen in seyn. Wann sie auch angenehent zu bouwen, so mögent sie ihr Umgelt, das Mahlgeld vñnd ihr Geuelle zu Frankfurte in der Statt mehrn, des sie düncket, das nützlich zu dem Bawe sey, diemyle derselbe Bawe wert, vñnd dasselbe Umgelt, Mahlgelt, vñnd auch Gefelle sollen allermenniglich tragen und gelten, sie seyn Pfaffen, oder Lehen, geistlich oder weltlich, Juden, oder wie sie genandt seyn, und wenn sie dann den neuwen Begrif der Statt volbauet haben, so soll auch die Mehrung des Mahlgelts vñnd Umgelts abe sein.

Als wir sie auch an hatten gezeugt und angesprochen von Johanssen Glasers, wegen ihres Burgers umb den Meinaide, denn er geschworen hat, und wonden wir derselben Sache Richter sin, haben sie uns bewiset, mit Brieffen, und handvesten beide unserer vund andern unsern Vorfahren, vnnnd auch mit ihrer Statt Gewohnheit, daß das nit seyn soll, und das vnser Amptmann, vnnnd Schultheiß zu Franckfurt umb semliche Sach, vnnnd umb alle solche, die die Burger zue Franckfurt antreffen, als es von Alter herkommen ist, richten soll nach der Scheffen Breithel, vnnnd als sie es mit Gewohnheit von Alter herbracht haben, daß semliche Sache und alle andere Sache die sie antreffen, vor vnnseren Amptmann zu Franckfurt gericht sollen werden, vnnnd anderst nirgent, so haben wir davon gelassen und bestetigen ihnen dieselben Freyheit vnnnd Gewohnheit mit dießem Brieffe, wir thun ihn auch diese Gnade, daß sie ihre Burgere die in andern gemurten Stetten gessen seint, versprechen, verantworten, schirmen vnnnd verthebdingen mögen, als ob sie bei ihne zue Franckfurt in der Stadt gessen wehren.

Eben soll auch niemand, wer er seyn, hinnenfür keinen bürgerlichen Bouwe thun, noch machen, von Selgenstadt ab bis in den Rheinn, vnnnd Jedweder sint des Mains zwo Meill wegs, wollt es aber jehmand darüber thun, das erlauben wir ihn zue wehren, und den Bauwe zerbrechen, und sollen sie und ihr Helfer damit gen uns, noch niemand nichts verschuldet han. Und wehre das wir Jehmand einen bürgerlichen Bauw darüber mit vnsern Brieffen oder sonst in der vorgenannten Revier erlaubten, vnnnd dießes Brieffs vergeßen, wollen wir das das nit Kraft habe. Und darüber zu einen Urkund geben wir in dießem Brieff mit unsern kaiserlichen Insiegeß versiglet, der geben ist zue Franckfurt an Sambstag vor St. Marien Magdalenen Tag, da man zelt von Christis Geburt dreizehend hundert Jahre, darnach in dem dach und dreyßigsten Jahre in dem 19ten Jahr unters Reichs und in dem 6ten des Kaiserthums.

II.

Imperatoris Ludovici Privilegium de anno 1336.

Wir Ludowig von Gots Genaden Römischer Chayser zu allen Zeiten. Merer des Reichs iriehen offentlich an diesen Brieff, daß wir an haben gesehen gatreuwen dienst, groß Kost vnnnd Arbeit, die die Bürger zu Franckfurt, vnser liben Getreuwen, uns entzogen haben, vnnnd haben denselben Bürgern die Gnade getan, vnd tun, an diesem Brieffe, daß si jr Gülte vnnnd Gefälle, die si in jr Stad haben, daß man nennet Mahlgeld, daß sy die Gülte mögent meren vnnnd minnern, zu vnnnd abe, wann sie wölant, vnnnd es in fügent. Vnd die Gülte, daz Mahlgeld, sollen alle Personen geben, sie sint Geistlich adir Wellich, Pfaffen adir Leygen, zwie sie genandt sint. Wir haben in auch die Gnade getan, vnd wöllen, wann sy mit uns, adir von des Reichs wegen, adir ane uns vnnnd das Reich, von jr selbß noduzzögen vnd reißen, was Schaden sy dann tunc, widir vnnnd für wann si reisent, an Kost, an Futir vnd an dem, daz man essen vnnnd tryneken mag, an Geuerde: darum soll sy niemand

mande an sprechen, hindern noch zu Ret setzen, adir icht benoten. Wer si darüber zu Ret seht, adir icht bendeit, der tut wider vns, vnd das Rich. Wir haben in auch die Gnat getan, vnd wollen, ob yeman were, der wydir sy rate, vnnnd ob sy dann je Brent senken in eines herten Gerichte, adir wes das Gericht were, vnnnd grieffen die ane, die wider sie teten, adir getan hetten; daß sie daran vngesreult fullen haben, vnnnd daß si darum kein Herrr adir niemant sal zu Ret setzen, adir icht benoten: Also wo si einen adir me angriffen, wann si die herten begriffen, Sa sulten si dem Ampmanne, gerichte enschen, der in der nicht Gerichte zur Stund, so möchten sie den, adir die führen, war sie wulken. Vnd geben in des zu Vrfund dyßen Bryf, besiegelt mit onserm Keyßlich Ingersgil, der gegeben ist, zu Frankensurd, an dem nechten Frytage nach Brabant da man zählte noch Crystes Geburt dreyzehnhundert Jar, in dem ses vnd drizigsten Jare: in dem zway vnd zwainzigsten vnfers Richs, und in dem nunten des Eheyfertumes.

III.

C o p i a P r i v i l e g i i

Kaiser Carl des Vierten vom 4. Decembris 1366.

Wir Carl von Gottes Gnaden römischer Kaiser zu allen Zeiten Mehrer des Reichs und Konig in Böhme: Bekennen und thun kund öffentlich mit dießem Brief, allen die ihn sehen, oder horen lesen, daß wir angesehen han ganz stete, treue der Schesenen des Raths und der Burger gemeinlichen der Statt zu Frankensurd, unser und des R. Röm. Reichs lieben Gerturwen, die sie zu Vnns und dem Reich vestiglich gehabt han, und noch haben, und auch nuzt willige Dienst, die sie Vnns und dem Rich thun mogen, und wollen, und han darumb in mit wolbedachtem Mute mit rechter Wisse, und Vollkommenheit keiserl. Rechte bestetigt bevestend, vernewet und confirmirt, bevestigen, bestetigen, vernewen und confirmiren yn mit Crafft diß Brieffs mit Namen die zwen Jährliche Jarmärkte, die sie mit Recht, und mit wohlbehaltener guter Gewohnheit herbracht haben, von des heiligen Reichs Gnaden, der sich einer anhebet an unser Frauen Tag Assumptio, das ist, als sie zu Himmel fur und weret bis vnser Frauen Tag darnach den nehesten Nativitas, das ist, als sie geboren ward, und der andere Jarmarkt hebet sich an sehrlich uff den Sonntag, als man in der heiligen Kirchen singet, Oculi, in der Fasten, und wehret auf den Sunntag, als man auch in der heiligen Kirchen singet Judica in der vassen, auch fullen und wollen wir keiner Stat oder Merckte fürbaz mer keiner Jahrmerckte oder Messe nicht geben, noch verschreiben, die den egenanten zwen Jahrmerkten zu Frankensurd zu Schaden kommen möchten. Teten wir aber darwider von Vergezenheit oder anders in keine Weise, das soll untuglich und untreflig sein, und keine Macht haben.

Nach wollen wir, daß allermenglich, der die egenannte zwen Jährenirte sucht, und zu yn, oder von yn kommt, in unserm, und des Reichs Schirm, Fride, Geleite und Sicherheit dar und von dannen wider heim zu kommen seyn sull, und wer dieselben Friden, Geleite Schirm und Sicherheit kundlich übersühre, an des Leib und Gut moegen die Bürger von Franckensfurt und ire Helfer von unser und des Reichs wegen greifen, und die an iren Leiben, und an iren Guten befern und strafen, als die Missetat sich heischet, und wenn die ehgenannte Bürger zu Franckensfurt dieselbe Stat mit Gunste und Loubes des heiligen Reichs geweidet und gemehret haben, so thun wir yn die sunder Gnade, und wollen mit keiserlicher Macht daß sie ihre Erben und Nachkommen ewiglich geruglich bleiben und sitzen sollen, bey irer gewöhnlicher sehrlicher Stewer, als sie jezunde seyn, und sitzen, und sollen weder wir, noch jemand anders sie darüber nit drengen, noch besweren in keine Weise.

Es soll auch dieselbe nürwe statt, und der neue Begriff ein Ding seyn mit der Stadt zu Franckensfurt, und soll alles ein Statt seyn und heißen, und sollen die Leute, die darinnen sitzen oder wonen alle die Freiheit, Gnade und Recht haben die die Stat Franckensfurt jezund hat, und noch gewinnet; auch rün wir mit Vollkommenheit keiserlicher Rechte den Bürgern zu Franckensfurt ewiglich sunderliche Gnade daß sie, und ihr jeglicher besunder von allen Zollen und in allen Stetten, es sey uff Wasser oder uff Land, wo oder wie sie vährend mit Koufmannschaft oder an Koufmannschaft Zollfrei, ledig und loß seyn sollen.

Nach wollen wir mit keiserlicher Rechte, daß niemandt keinen burgerlichen neuen Bau, Burg oder Statt machen, oder thun sulle, oder muge, noch keinen neuen Zoll uffsetzen oder nemen inwendig fünf Meilen allenthalben um Franckensfurt, und were iz, daß wir jemand einen neuen burglichen Bau, oder Zoll, wider die ehgenannten Sachen mit unseren Briefen, oder anders erlaubten von Vergessenheit wegen oder suft, wollen wir, daß solche Erleubunge und Brief nicht craft oder Macht haben; wolte aber jemandt einen neuen Bau, oder neuen Zoll, wider die vorgenannten sachen machen, oder nemen, so erlauben wir von unser, und des Reichs wegen, daß sie, und ihre Helfere ewiglich sollen neuen Bau und Zoll weren, und auch die neuen Bau zubrechen und steuffen moegen, und sollen sie und ihre Helfer damit gen uns, dem Reich oder gen jemand anders nicht verschuldiget hann.

Nach han wir der Stat zu Franckensfurt von keiserlicher Rechte, Genade getan, wann ein Scheffen zu Franckensfurt stirbe, oder sinen Scheffensstuhl vffliezze, so oft daß geschicht, so oft sollen die andern Scheffen zu Franckensfurt inwendig zweien Manden nach der Zeit, als der Scheffe gestorben were, oder der Scheffensstuhl vffgelazzen hätte, vf die Endt, die sie dem Reich und der Stat zu Franckensfurt gethan haben, einen andern erbaren Scheffen fiesen, der dem Reich und der egenannten Stat nüglich und erslich seye, nach ihren besten Vernünften, die sie von Gott haben.

Wann auch ein Ratmann zu Franckensfurt stirbe, oder sein Ratampt uffgebe, wie oft auch das geschehe, so oft sollen die Scheffen und der gemein Rat zu Franckensfurt, inwendig zweien Manden nach der Zeit, als der Ratmann gestorben were, oder sein Ratampt uffgelaz-

ufgelazzen hette, auch uf ihre Eide, die sie dem Reich, und der Stat Franckensfurt gethan hant, einen andern erbaren Ratmann der dem Reich, und der egenannten Stat nützlich und erlich seyn, tiefen, nach ihren besten Vernünften, die sie von Gott haben, an geberde.

Und sollen die Sechse, die die Zünfte und die Gemeine zu Franckensfurt bisher ezliche Jar und Zeit in den egenannten Rath grandwurt haben, fürbaz nit mehr in den Rath fien, und sollen sie auch nit mehr darinn geantwurtet werden, wann daz also von Alters nit ist gewesen, und groze Schade und Kost dem Reich und der egenannten Stat davon kommen sin, als wir daz kündlichen befunden haben, auch sollen alle Burg r zu Franckensfurt den Scheffen und dem alten Rat daselbst von unserer und des Reichs wegen zu den heiligen sweren Gehorsam, und bigestendig zu seyn und wider sie nicht zu thun in keine Weiß, in allen Sachen, die daz Reich, und die Stat zu Franckensfurt von des Reichs wegen anrefen, und sollen dieselbe Burgere die Eyde so oft sweren, so oft ez die Scheffen und dem alten Rat zu Franckensfurt noth dunket; Auch sollen alle Gelübde, Gebore und Bündnuzze, die Jemand zu Franckfurt wider uns und das Reich und den Rath zu Franckfurt gethan hätte, oder noch thäte, fürbaz abe sein und sollen keine Kraft oder Macht nicht haben.

Auch han wir von sunderlichen Gnaden und von keiserlicher Macht, mit wohlbedachtem Muth durch Bezzerung der Burger und der Stat zu Franckensfurt gnedlichen erlaubet, und erlauben in mit rechter Wisse an diesen Brieffe, daz sie zu Franckensfurt von jglichen Adel Frucht, das man v3 oder in die Stat führet, davon man sechs alte Heller zu Malgeld bisher gegeben hat, fürbaz zwelf alte Heller zu Malgeld uffheben und nehmen sollen, ohne Jemandis Hindernis, und daselbe Malgeld sollen zu Franckensfurt bezahlen, und geben Bürgere und Gäste, Christen und Juden und allermänglich ohne Widerrede.

Davon gebieten wir von unserer keiserlichen Mechte allen Fürsten, geistlichen und weltlichen, Grafen, Freyen, Herren, Rittern, Knechten, Stetten, Gemeinden und allen andren, unsern, und des heiligen Reichs lieben Getreuen, daz niemand unserer egenannte Genade hindern, oder irren sulle, in keinerley Weiß. Und wer dawider tete, der soll swertlichen so oft daz geschihet, in unserer und des Reichs Unnade, und daz zu einer Penen hundert Pfunt lörtiges Goldes seyn verfallen, die halbe dem römischen Reich, und das ander halb Theil den Burgern zu Franckensfurt sollen werden, und gänglichen gefallen, und sollen darüber alle die egenannten Artikel, und was darvor geschriben stet, in irer ganzen Mache unverrückt, stet und veste ewelichen bleiben.

Mit Urkund dieß Briefs versiegelt mit unser Guldainen Bullen, der geben ist zu Nürnberg nach Christi Geburt druzehenhundert Jar, darnach in dem sechs und sechzigsten Jar, am Sancte Barbaren Tag, der heiligen Jungfrauen, unserer Reiche in dem eyn und zwanzigsten, und des keiserthumbs im zwelften Jare.

IV.

C o p i a

Confirmationis Privilegii Kaiser Sigismundi,
daß der Rath und die Burgerschaft ihre Gefälle mindern, oder mehrten
möge,
Item andere mehr Privilegia, des Ungelts halben gegeben.

Wir Sigmund von Gottes Gnaden Römischer König zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, vnnnd zu Hungarn und Böhmeimb, Dalmatien, Erbatien König, bekennen und thun kund öffentlich mit dießem Brief, daß Uns die ehrsame Scheffene, Rath und Bürger der Statt zue Frankfurt, unser und des Reichs lieben getreuen durch ihre ehrbare Pottschaft Kaiser Carls, zu der Zeit römischen Koenigs, und Koenig zu Boeheimb unsers lieben Herrn und Vatters seeliger Gedachtnuß Brief, mit seiner koeniglichen Majestät Insiegel besiegelt, glaubliche Abschrift vorpracht han, als hernach von Worten zu Worten geschrieben stehet, und also anhebet:

Wir Carl von Gottes Gnaden römischer Koenig zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, und Koenig zu Boehmen veriehren und thun kund öffentlich mit diesen Briefe, allen den, die ihn sehen, hören oder lesen, daß Wir haben angesehen die ganzen freundliche Trewe der Scheffen, des Raths und der Bürger zu Frankfurt, vnns, und des Reichs lieben getreuen die vnns, und dem Reich jezund bewist und gethan haben, und noch thun, und haben ihn die sondere Gnad gethan, und thun ihn mit dießem Briefe, mit unsern königlichen Gnaden und Gewalt, umb alle ihre Gefelle und Nutzen, die sie haben, daß sie die Gefälle mögen minnern, oder mehrten, vff oder abe, wenn sie wollen, und wann es ihnen süget vnnnd sie lästet, ohn allerley Argelist, vnnnd Gesehrde.

Auch haben wir ihn die Gnad gethan, und thun mit dießem Briefe, umb das Ungelt, das von des Reichs wegen versezt ist dem Stifte von Menze, daß sie das Ungelt mögen lösen, von dem Stifte, ob sie wollen in aller der Weiß, als die Brief besagen, die dem Stifte von dem Reiche darüber seindt gegeben, und wäre es, daß der Stifte ihn die Briefe nit wollten weisen, so heißen und gebieten wir denselben unsern Bürgern und wollen es auch, daß sie die Gülte, die sie alle Jahr von dem Ungelt dem Stifte raichen, inne haben, und die Gülte dem Stifte nit geben, als lang, bis daß ihn der Stifte die Brief weist, auch geloben und verheissen wir uns, daß wir demselben Stifte kein Geld mehr uf das Ungelt sollen schlagen, und sollen das Geld nit mehr erheben, dann als das Ungelt jezund stehet, und wer es, daß wir vnns vergessen und es darüber thäten, so soll es keine Macht noch Craft haben, vnnnd soll dies vnser Brief von vnseren königlichen Gnaden Macht und Craft haben,

haben, mit Urkund dies Briefs, versiegelt mit vnnsrem königlichen Insiegel, der geben ist zu Franckfurt nach Christi Geburt 1349, Jahr des nächsten Donnerstag nach St. Johansen Tag Baptisten, im dritten Jahr unserer Reiche.

Und nach dem vnser vnd des Reichs Theil Ungelts zu Franckfurt dem Stift zu Menze von vnsern Vorfahren an dem Reiche vormals versetzt ist worden, vor ein benannten Summa Gelts nach laut des Reichs brieffs darüber gegeben derselbe Theil darnach von dem ehegenannten Stift vnnsren Bürgern der Statt zu Franckfurt fürter versetzt, vnd verpfendt ist worden, nach laut der Briefe, die auch darüber gegeben seyn, so hat uns der obgenannter von Franckfurt Pothschafter demüthiglich angerufen, vnd gebetten, von ihrer anliegender Notdurft wegen gnediglich sie zu versehen, vnd zu versorgen, das han wir mit wohlbedachtem Ruch guetem Rath vnser Fürsten, Räte edlen und getrewen von römisch königlicher Macht Vollkommenheit vndt rechtem Wissen gesetzt und setzen mit Crast dies Brieffs, vnd wollen wenn der Stift von Menze, von dem Umgeld zu Franckfurt als vnser Vorfahren dem Reiche dem Stift von Menze versetzt han, nach laut des Reichs Brieffe darüber gegeben und nit fürter darüber fördern noch greiffen in keine Weiß, das mit Nahmen ist das halbe Theil einer halben Ohme vom Fuder Weins, das verschenckt wird, zu Umgeld uns und dem Reiche, oder wer das von des Reichs wegen in hatt, und das andere halbtheil der halben Ohme Ungelts der ehegenannten Unser Statt zu Franckfurt zu gefallen, und ob die von Franckfurt nach ihrer Notdurft ihre Renten und Gefälle, es wäre an Wein, Frucht, Saltz, oder woran das anders wehre, gemehret hätten, oder fürter mehreren, oder minnerten, das sie das wohl thun mögen, und des genießen, und gebrauchen vns und des Reichs Stadt Franckfurt desto besser im Wesen zu behalten, von allermänniglich ungehindert, und ob wir von Vergessenheit einig Brief hinsuro geben würden, die wider die obgenannte vnnsre Gnade weren, wollen wir, daß die keine Macht noch Kraft, noch den jetzt genanten von Franckfurt einigen Schaden zuziehen sollen, und gebieten darum allen und jeglichen vnnsren und des Reichs Unterthanen und getrewen, die solche Losung antrifft, oder rühret, daß sie die ehegenannten von Franckfurt nicht hindern noch irren, sondern bei den obgenannten vnnsren Gnaden belieben lassen, als lieb ihnen sene vnnsere und des Reichs schwere Ungnad zu vermeiden, mit Urkund dies Brieffs, versiegelt mit vnnsrer königlichen Majestät Insiegel, geben zu Wien nach Christi Geburt vierzehnhundert Jahr, und darnach in dem 25ten Jahr des donnerstag nach der heiligen drei König Tag, unserer Reiche des ungarischen in dem 38ten des römischen in dem 15ten und des Beheimbischen in dem fünften Jahr

Ad Mandatum
Domini regis

Franciscus ppts.
Strigoneus.

V.

A u s z u g

aus der in Sachen
Frankfurth
contra
Frankfurth

Commissionis
puncto tumultus

sub Dato 12. Januarii et praesentato 8. Martii 1613. erstatteten Kaiser-
lichen Commissions-Relation.

Bietrens haben sich die Bürger nicht allein dern nun viel Jahr hero continuirten Schatzungsersteigerten Wein Umgelds, sondern anderer vielfältigen neuerlichen Auflagen, und theils auch Ersteigerung der alten Stattegeßel halber gleichergestalt beklaget, und theils umb moderatior, theils aber umb gänzliche Abschaffung gebetten, sich auch diesfalls auf ihre von römischen Kaiser und Königen habende Privilegia und Begnadigungen unterthänigst und unterthänig referiret zc.

Als dann zum vierten und letzten Hauptpuncten sich die Bürgerschaft deren von Anno 66. hero continuirten beharrlichen Schatzung, wie nicht weniger des bis auf die vierte Maas Umgelds und uf fünf Schilling ersteigerten Mählgelds und anderer mehrfältigen theils von wenig Jahren hero neuerlich usgesetzten, theils aber erhöhten Impositionen und Auflagen zum höchsten beschwert, mit der Anzeig, daß der Stadt anderwärts Einkommens und Intraden also beschaffen, daß man dieser extraordinari Mittel zu mercklicher und unreglicher Beschwerung der Bürger nicht vornehm, sich aber dabeneben erbotten, darin allgemeine Reichs Anlege verwilliget, und umbgeschlagen, oder aber nach abgehörter der Stadt Rechnung solche Anlagen zu continuiren, oder auch zu erhöhen, eine Nothdurft befunden werden sollte, sich alsdann gehorsamlich zu bequemen und die Gebühr unweigerlich leisten, daneben eben aber sich wegen des Uhn- und Mählgelds uf ihre habendre kaiserliche Privilegia berufen, haben sich die Herrn Commissarii sowohl des Herkommens, als auch der angezogenen Privilegien etlichermaßen und so vieles zu dieser gütlichen Handlung vornehm erachtet worden, erkundiget, auch des Raths Bericht darüber, wie in allen andern Puncten nothdürftiglich eingenommen, und hat sich zwar die Continuation der Schatzung geklagtermassen befunden, welche aber uf Seiten des Raths eine Ersteigerung der Beth (deren der Rath sich befugt zu seyn vorgeben, die Bürgerschaft aber nicht geständig seyn wollen) genennet, und darauf der Stadt Beschwerung und vielfältige tägliche Ausgaben vorgewendet worden, Sintemahl es dann beiderseits auf dem bestanden, ob es die Nothdurft also erfordere, entweder die vorgegebene Beth also zu ersteigern, oder die alte Schatzung fürters zu beharren, der Bürgerschaft auch der gefasste Wahn, ob sollte der Rath mit gemeiner Stadt Vorrath und Aerario nicht treulich umgehen, benommen, ihre Majestät etwas Versicherung haben mögen, daß in dieser ansehnlichen

then

den Stadt wohl handgehalten werde, haben die hochlöblichste und hochlöbliche Chur- und Fürsten als kaiserliche Commissarii bei dem Rath nicht allein einen Stillstand der alten Schätzung (darunter gleichwol die Reichssteuer nicht begriffen) bis zu Abhörung der Stadt-Rechnungen erhandlet, sondern auch mit beiderseits Belieben diese Vermittelung getroffen; daß, wie in anderen vornehmen Städten üblich und wohlherkommen, solche Rechnungen alle Jahr in Beiseyn neun ehrbarer verständigen und der Rechnung erfahrener Bürger künftiglich abgehört werden sollen, welches damit nicht allein zu besserer und einsamerer Verständnus zwischen dem Rath und der Burgerschaft, sondern auch gemeiner Stadt und dem Reich selbst zu mercklichen Nutzen unfehlbarlich gereichen wird.

Mit dem Wein und Mählgeld aber, wiewohl die Stadt vermög beigelegter und Lit. D. und E. bezeichneter Privilegien Ludovici und Sigismundi mehr nicht dahn der zwölften Maas von Wein, und zwölf alter Heller von Mehl befugt, die in gedachten Privilegiis auch vergönnite Erzeigerung teils conditionirt, und uf ein gewisse Zeit allwegen aber uf des Raths sowohl, als der Burgerschaft fügen und lassen gestellt ist, so haben dennoch die Herren Commissarien den Unterschied der Zeit nicht außer acht gelassen, sondern uf Belieben Ihrer kaiserlichen Majestät ins Mittel gegriffen und die Sachen dahin gerichtet, daß fürter und bis zu ruhiger Veranlassung der Zeiten von Wein mehr nicht als die achte Maas, vom Mehl aber nur zwei Schilling (es wäre dann daß der Rath und die Burgerschaft bei der Rechnung sich eines mehreren ver gleichen wollten) entrichtet werden solle, wie solches alles beim Abschied No. 25. 26. und 28. zu sehen. Aus welcher Moderation dann nicht allein die Bürger, sondern fast ganz Europa, welche diesen Ort der Commerciens halber alle Jahr uffs wenigst zweymal besuchen, und sich dieß Uffsag bei Wein und Brod mercklich beschwert befunden, und Ihrer kaiserlichen Majestät allergehorsamsten Dank zu sagen wissen werden. Und nach dem alen durch solche Moderationes die Commerciens mercklich befördert werden, so stellen ihre Chur- und Fürstliche Gnaden Gnaden Ihrer kaiserlichen Majestät zuhero höchst erleuchten ferneren Nachdenken anheim, ob sie es bei solcher getroffenen Vermittelung also verbleiben, oder vielmehr fast der ganzen Welt zu gutem nach den Privilegiis richten, und daneben dem Rath eine gewisse leidliche Ordnung zu machen allernädigst erinnern lassen wollen, damit der Reisende, wie bishero geschehen, nicht über die Billigkeit beschwert, und dem Gastgeber, wie man pflegt zu sagen, den Seckel mit dem Geld hinterlassen müssen, dann wie solches in andern Reichs Städten löblich Herkommen ist, es dieser Orten, wegen der beiden Messen insonderheit vornehmlich, und wird Ihrer Majestät bei Inn- und Ausländischen zum immerwährenden Ruhm gereichen.

VI.

A u s s a g e

aus dem 1613. zwischen Rath und Bürgerschaft zu Franckfurt errichteten Vergleichs oder Bürger-Vertrags.

Art. 26.

Zum Sechs und Zwainzigstem, die weil die Zeiten dißmahls schwer, so soll das Maßgeldt biß zu besseren und ruhigern Zeiten, uff zween Schilling moderirt und gesetzt, so viel aber das Ungeldt belangt, soll es fürter und biß zu gleichmässiger besserer Verabulassung der Zeiten, bei der achten Maß gelassen, und von dem Rath den Weinschencken oder Gastgebern ein mehrers nit abgefordert werden, Jedoch in beiden gesetzten Puncten, denen hierunter erhalten Kaiserl. Privilegien ohne Abbruch und Nachtheil.

VII.

E. E. und Hochweisen Raths der Stadt Franckfurt, Ordnung vor die Gast- und Schild- Wirth, worauf dieselbe schwören, und deren sich gemäß verhalten sollen.

- 1) Erstlich, soll niemand des Gasthalters oder Herbergens sich gebrauchen, oder einigen Wein mit der Maas verkauffen und hingeben, es sey dann ihme solches von E. E. und Hochweisen Rath, oder dessen Berordneten zur Recheney, ausdrücklich vergünstiget.
- 2) Zum Andern, sollen alle diejenige, denen die Wirtschafft oder Gasthalten verstattet worden, sowohl Mann- als Weibs-Personen, zusehenderst einen leiblichen Eid schwören, daß sie dieser Ordnung treulich nachkommen, und darwider nicht thun wollen, weder durch sich selbst, oder durch andere, in keine Weise.
- 3) Zum dritten, sollen diejenige Wein, die sie denen Gästen vorsetzen und verspeisen, mit einigerlei schädlichen Dingen nicht bereitet oder gemacht seyn, weder durch sich selbst oder jemand anderst ihres Wissens, sondern sollen seyn und gelassen werden, wie sie Gott an den Reben hat wachsen lassen.
- 4) Zum Vierten, sollen die Wein, die ein jeder Wirth verspeisen will, sein eigen seyn, und keinem andern zusiechen, auch niemand Theil oder Gemeinschaft daran haben,

ben, wie dann auch kein Wirth einige, Fremden zugehörige Weine in seinem Keller liegen haben soll.

5) Zum Fünften, sollen die Wirth entweder mit unsern Deputirten zur Recheney wegen eines jährlichen Anschlags für das freie Weinzapfen sich vergleichen, und diese Gebühr alle halbe Jahr entrichten, oder so fern sie dieses nicht thun wollen, denen Visirern anzeigen, und was sie verspeisen oder verkaufen, treulich verummelden.

6) Zum sechsten, sollen die Wirth diejenige Wein, so sie einkaufen, und zu verspeisen gedencken, sie kommen her, wo sie wollen, behörender Orten treulich anzeigen, und demnach, wie bishero geschehen, und E. E. und Hochweisen Rath zu schärferem Einsehen bewogen, weder bey Tag noch Nacht etwas, es sey viel oder wenig, heimlich in ihre Keller einschleiffen.

7) Zum Siebenden, da ein Wirth Wein mit Fässern aus einem Keller in den andern verkauft, soll er solchen auf der Renten, benebenst der Person, wem solche verkauft worden, und den Ort, wo solcher hingeführt und eingekellert werden solle, treulich anzeigen.

Conclusum in Senatu

den 16. Januarii 1666.

et Renovatum in Senatu

Donnerstags den 11. Martii 1734.

VIII.

Eines Hochedlen und Hochweisen Rathes der des Heil. Reichs Stadt Frankfurt am Mayn neue Verordnung wegen der Baumwirthen oder Weinschenken, deren sich dieselbe hinkünftig, bei ihrem geleisteten Eid, gemäß verhalten sollen.

Erstlich soll sich niemand des Weinschenkens gebrauchen, oder einigen Wein mit der Maas verkaufen, es seye dann ein solches von Einem Hoch=Edlen und Hochweisen Rath oder dessen Verordneten zur Recheney, ihme ausdrücklichen vergünstiget und zugelassen.

Zum andern sollen alle diejenige denen der Weinschanck solchergestalt verstattet worden, so wohl Mann- als Weibs-Personen, zuorderst in alldiesiger Stadt=Canzlei einen leiblichen Eidt schwören, daß sie der, auf ihr geziemendes Anhalten, gemachten neuen Verordnung treulich nachkommen, und darwider nicht thun oder handeln wollen, in keine Weis oder Wege.

Insonderheit und zum dritten sollen sie sämtlich, und ein jeder besonders, an statt des hiebvor gegebenen Umgelds, seine quot, nach der von unsern Deputirten zur Rechenei gemachten, und von ihnen, Baumwirthen, selbst beliebten repartition, zu gehöriger Zeit alle Quartal, und zwar zum Voraus, baar entrichten, bei Verlust des Weinschanks.

Zum vierten sollen sie zwar dagegen die hiebevorigen von ihnen, als Weinschenken, erlegten Umgelds befreiet, das gewöhnliche Niederlag-Geld aber gehörig zu bezahlen, nach wie vor schuldig und gehalten seyn.

Zum fünften sollen sie die Weine mit einigerley schädlichen Dingen oder Zusatz, betrügerlicher Weiß, weder selbst mischen und bereiten, noch durch die ihrige mischen und bereiten, sondern dieselbe wie sie an denen Neben gewachsen, seyn und bleiben lassen.

Und gleichwie zum sechsten ihnen gegen die Gast- oder Schildwirth, wann sie Wein über die Gassen zu verzapffen, sich etwan unterstehen sollten, die Obrigkeitliche Hand wird gebotten werden; Also sollen sie, die Baumwirth, auch hinwiederum denen Schildwirth, mit Beherbergung einiger Personen (ohne sonderbare Obrigkeitliche Erlaubnis) oder auf andere Art und Weiß keinen Eintrag thun.

Zum siebenden wird denenselben zwar, dieser neuen Verordnung nach, kein gewisser Tax oder Preis ihrer Weine fürgeschrieben, solche auch mit ganzen Fässern zu verkauffen und auf den Wein-Markt zu legen, mithin freyen Handel damit zu treiben, allerdings zugelassen und erlaubt, jedoch werden sie dabei erinnert, sich auch in diesem Stück, und soviel den Preis betrifft, selbigen dergestalt der Billigkeit gemäß einzurichten, daß darüber keine Klage vorkommen möge.

Endlichen und zum achten sollen die Weinschenken ihre Gäste, wann solche etwan allzulang verbleiben wollten, nach Haus zu gehen erinnern, zu gehöriger Zeit ihre Häuser schließen, und, so viel an ihnen ist, niemand über zehn Uhr des Abends sitzen, vielweniger selbst zu weiterem Aufenthalt und Trincken denen Gästen Anlaß geben, auch die Heiligung des Sonn- und anderer Fest- und Feyerstage in gebührende Obacht nehmen.

Wernach sich also ein jeder zu richten wissen wird.

Conclusum in Senatu
Dienstags den 10. Januarii 1693.
Renovatum Anno 1763.

IX.

Genothdrängte Gravamina der sämtlichen Baumwirthe allhier zu Frankfurt
am Main, nebst angefügte Bitte

An

Eine Löbliche Burger-Deputation allhier
selbige

bei der kaiserlichen hohen Commission mitanzubringen, und deren re-
medirung nebst andern zu suchen

ut intus

praesentatum den 25. April 1713. in Frankfurt.

Wohleble groß Manneveste, Freundlichgeliebteste Mitburger, und ad
Acta legitimirte Herrn Deputati.

Nachdem uns denen sämtlichen Baumwirthen die gütige Nachricht gegeben worden, daß erlaubt wäre, bei der hohen kaiserlichen Commission die etwa habende Gravamina einreichen zu lassen; So haben wir auch die unfrige hieburch vorstellen wollen, und bestehen selbige in folgenden:

1mo. Haben wir 1692. mit E. E. Magistrat einen Vergleich dahin getroffen, daß derjenige Eid womit wir zuvor belegt gewesen, relaxirt und aufgehoben, unsere Zahl an 54 Baumwirthen nicht höher anwachsen, sondern vielmehr bis auf dreißig Mann absterben, dargegen wir jährlich und jedes Jahr besonders 7500 fl. vor das Ungeld vor Weinschanck bezahlen sollten, welchen wir auch unserß Orts getreulich nachgekommen; allein anstatt daß es bei denen 54 Baumwirthen bleiben oder bis auf dreißig absterben sollen, so sind solche fast ins Duplum angewachsen. Hiernächst und

2do. Hat zu unsern Nachtheil nach errichteten Recesse erlaubt, daß 3 Coffee-Häuser aufgerichtet werden, und diese jährlich 2000 fl. zu bezahlen sich anheischig gemacht. Nun aber solches denen Baumwirthen großen Schaden thut, so wird verhoffentlich nicht umbil-
lig seyn, daß von den von uns verwilligten 7500 fl. obige 2000 fl., so die Coffee-Häuser verwilliget, gekürzt, und uns in Zukunft mehr nicht als 5500 fl. angeschlossen, hin-
gegen die Zahl der Baumwirthe nicht nur auf 54 reducirt, sondern, daß selbige bis auf dreißig Mann absterben, Verfügung gethan werden möge.

3tio. Ist in uralter Observenz, daß, wann ein Baumwirth stirbt, und eine Wittib ver-
läßt, selbige befugt bleibet, den Weinschanck fortzutreiben, oder auch solches Recht auf
den Mann anderer Ehe zu transferiren. Allein daß ein Vatter oder Wittwe solches ihr
Weinschancks-Recht auf ein Kind, es sey männliches oder weibliches Geschlechts trans-
feriren dürfen, hat bishero nicht verstatet werden wollen. Wann aber in allen Rechten
gegründet, daß die Jura cedirer werden können, auch der selbstn Billigkeit gemäß, daß

da eine Wittwe das Weinschancks-Recht auf ihren Mann anderer Ehe bringen können, so wird vielmehr billig seyn, daß ein Vater oder Mutter solches einen von ihren Kindern bei Lebzeiten abretten dürfe, daher unser Bitten dahin gehet, daß solches in die Wege gerichtet werden möge.

4to. Ist vormals keinem Baumwirth verwehrt gewesen, daß er aus dem gemeinschaftlichen Bürgerwalt einen Tannen-Baum zum Weinschanckszeichen hohlen lassen dürfen, allein vor einigen Jahren hat man es dahin gebracht, daß man erst einen solchen Tannenbaum zu erlangen, einen Erlaubnuß-Zettel ablesen und davor 15 kr. bezahlen müsse. Nachdem aber solches ein neuer und zur bürgerlichen Beschwerung gereichender Impost; als wird selbiger verhoffentlich wieder abzustellen seyn, wie wir dann darum geziemend bitten.

5to. Ist in dem Bürger-Vertrag Paragrapho 67. deutlich enthalten, daß kein Fremder über vierzehn Tagen, oder nach Gelegenheit der Menge über vier Wochen auf dem Mayn Wein feil haben solle, allein, daß darwider gröblich gehandelt und mancher Fremder ein ganzes Jahr Wein feil habe, ist bereits, so viel wir Nachricht haben, in denen gemeinschaftlichen Gravaminibus von denselben geklagt; es habe aber E. E. Magistrat dargegen vorgestellt, daß man entweder wegen des Verkaufs des Weines in Kleinigkeiten nicht geklagt, oder wenn wegen des allzulangen Feilhabens geklagt worden, man die transgressores in den Bürgervertrag gewiesen, und selbigem nachzukommen ihnen ernstlich eingebunden habe; allein daß solches nicht an dem, sondern vielmehr denen Fremden Weinhändlern Schutz gegeben, auch der Verkauf in Kleinigkeiten geklagt, dennoch nicht bestellet worden, kann durch lebendige Zeugen auf Bedürfen beigebracht werden; und also wird die Sache dahin einzurichten gebetten, daß solche fremde Weinhändler über ihre erlaubte Zeit nicht feil haben und unter halben und ganzen Judern nichts verkaufen sollen. Nachdem auch

6to. die hiesige Bürgerschaft wegen der Fremden auf dem Weinmarckt keine Weine bringen können, gleichwohl verhoffentlich billig, daß der Bürgerschaft Rußen auch hierinnen von denen Fremden befördert werde, so wäre zu bitten, daß die Bürger wie vor Alters hin wiederum den Weinmarckt mit Fässern zu zwei und ein und ein halben Ohmen, die Fremden aber zum kleinsten von drei Ohmen belegen dürfen. Audiweil auch

7to. In der Juden Stättigkeit denen Juden alle bürgerliche Nahrung verbotzen, gleichwohl selbige sich unterstehen mit Wein, Brandwein und Essig in großen und kleinen zu Abbruch hiesiger bürgerlichen Nahrung zu handeln; als wird gebeten, auch dieses dahin anzutragen, daß solches mit Nachdruck, und angehengter Confiscation, und zwar zur Hälfte dem Aerario, die andere aber uns denen onerirten Weinschenken verbotzen und abgestellt werden möge, dagegen sind wir gehorsamst erbötig, darob fleißig Obacht zu haben, daß dieser Eintrag destomehr unterbleiben müsse, indem auch

8vo obangeführtermaßen wir Baumwirthe einen großen Impost jährlich abzuführen haben; gleichwohl viele unserer Mitbürger uns dadurch Eintrag thun, daß sie die Weine Viertels weise verkaufen, ja gar in ihre Häuser Gäste setzen, und selbigen Maß und Schoppenweis

penweis Wein reichen; so sind wir zwar nicht gemeinet, ihnen die bürgerliche Nahrung des Weinhandels zu verwehren, sondern wir bitten nur dieses, daß dieser Wein-
schank in Kleinigkeit, wie obangeführet, ihnen untersaget, und wir in selbigen ge-
schühet werden mögen. Indeme auch

90. die Vermehrung der Baumwirthe daher entstehet, daß solche nicht wie vor Alters
von dem gesammten Rath, sondern vor einem löblichen Rechenel-Amt erlaubt wer-
den, also ergeheth unser Bitten dahin, daß diese Sache und Verstattung einer Baum-
wirthschaft in Zukunft nicht von einem löblichen Rechenel-Amt erlaubt, sondern hin-
wieder wie vor Alters von einem edlen ganzen Rath gezogen, also dasjenige, was
unter uns verglichen, desto besser gehalten werden möge. Nachdem auch

10. die Heckenwirthe ihr eigen Gewächs zu verzapfen berechtiget seyn, so gönnen wir ih-
nen zwar solches gleichfalls, allein, da sie unter diesem Deckmantel viele Fuder, die
sie gekauft, auch etwa zwei Ohm verumgelden, auszapfen; so wird dieser sowohl dem
Aerario, als uns höchstschädlicher Abusus mit zulänglicher Remedirung abzustellen seyn.

Udemaßen nun in diesen allen unsere damalige Gravamina bestehen, also zweiffeln
wir nicht, es werden unsere freundlich geliebte Mitbürger sich unserthalben die Mühe geben,
und solche nebenst anderen an die hohe kaiserliche Commission bringen, und deren Remes-
dirung zu unserer Consolation ausbitten, dafür wollen wir allezeit verharren.

Unserer freundlich geliebten Mitbürger und Acta legitimirten Herren Deputirten.
Frankfurt den 30. Martii 1713.

Dienstwilligste
Gevollmächtigte von denen Baumwirthen
Albertus Sommer,
Johann Andreas Schad,
Augustinus Graumann,
Franz Ehinger,
Johann Georg Maul,
Georg Peter Benz.

Daß vorstehende Copia dem wahren Originali nach beschehener fleißiger Collationi-
rung in allem durchgehends gleichlautend befunden worden, solches wird kraft dieser Ferti-
gung hiermit beschieden. Frankfurt am 26ten Februarii 1715.

Christoph Berberich.

Johann August Buchner.

X.

Beantwortung der Baumwirth anmaßlichen Gravaminum, den iten August 1713. übergeben.

Ad 1mum. Es ist zwar an dem, daß in Anno 1692. zwischen einem löblichen Rethen- und Amte Namens E. E. Magistrats und denen sämtlichen Baumwirthen auf ein Jahr zur Probe ein Vergleich projectiret und zu Papier gebracht, von denen Baumwirthen aber weder unterschrieben noch gesiegelt, vielweniger in dem ersten Jahr gehalten worden, maßen dieselbe vermög solchen Vergleichs jährlichen 8056 fl. und nicht wie sie in ihren Gravaminibus vorgeben 7500 fl. und zwar den vierten Theil davon, bei jedem Quartal zum Voraus, sodann vor die gewöhnliche accidentien jährlich 930 fl. zu bezahlen sich anheischig gemacht, auch zu viel anderen Puncten sich obliegirt;

Es hat sich aber bedeutetermaßen gleich in dem ersten Jahr des getroffenen Vergleichs befunden, daß sie fast keinen Puncten desselben nachgelebet, mithin ihr Vorgeben, daß sie solchem getreulich nachgekommen seyen ganz ein unfriedliches Vorgeben ist, dahero Dann Magistratus, welcher sich doch im besagten Vergleich auf keine gewisse Anzahl der Baumwirth herausgelassen, bei befundenem Nachtheil des Aerarii, indeme nach gezogenen Calculo damals weit weniger als vor der Veränderung eingegangen, andere mesures nehmen, und mehreren darum anhaltenden Bürgern die Baumwirthschaft umb einigermaßen bemelten Schaden zu ersetzen, concediren müssen, gestalten noch heutiges Tages der Ertrag desjenigen, was von denen Baumwirthen eingehet, sich nicht auf die von ihnen guthwillig accordirte 8050 fl. belaufet, auch sie die accordirte 930 fl. an hergebrachter Accidentien nicht erlegen, sondern vielmehr solcher Abgang aus dem gemeinen Aerario ersetzt werden muß.

Ad 2dum. Es haben zwar mentionirte Baumwirth schon in Anno 1692. gegen das damalige Coffée-Haus Klagen geführt, und um dessen Abschaffung angefucht, nachdeme aber Magistratus sich weder im erwähnten Vergleich, noch anderwärts keineswegs dahin verbunden, daß er das damalige Coffée-Haus abschaffen, oder künfftighin keine mehrere zum Besten des Aerarii annehmen wolte, da er vielmehr im Monat Januario des 1692ten Jahres denen desfalls supplicirenden Baumwirth kein Gehör gegeben, sondern des Coffée-Manns Jacob Thomason vor seine Coffée-Gerechtigkeit bezahltes Quantum ersteiget, als bleibet billig in Magistratus freyen Mächten, die Coffée-Häuser zu desto besserer Erstreitung der gemeinen Ausgaben continuiren zu lassen, oder auch nach Befinden deren mehrere zu erlauben, so ist auch das übrige zu Ende dieses Paragraphi enthaltene Vorgeben, daß man nemlichen die Anzahl der 54er auf 30 Baumwirth absterben lassen sollte, ohnerfindlich, und davon in dem von ihnen allegirten Vergleich, welchen sie bis auf diese Stunde nicht gehalten, nicht mit einem Buchstaben anzutreffen, gestalten solches dem Burger-Vertrag S. 55. nach welchen denen Vndern (wenn sie sich der Ordnung gemäß verhalten) das Weinzapfen ohnverbothen seyn solle, schnurstracks zuwider wäre, wobei dann noch zu erinnern, daß heutiges Tages ein jedweder angenom-

mener Baumwirth auf dem Recheni - Amt, was er jährlich vor diese Gerechtigkeit zahlen sollte, a part, und vor sich accordiret.

Ad 3^{ium}. Daß alle Jura und Gerechtigkeiten ohne Unterschied cediret und von einer Person auf die andere transportirt werden können, ist in denen Rechten nicht gegründet, gestalten die jura mere personalia, wie allhier die Baumwirths - Gerechtigkeit ist, mit denen Personen, welche solche acquiriren, absterben und verlöschen, daher auch die Baumwirths - Gerechtigkeit nicht (wie die Schildwirthschaften und Herbergen) auf denen Häusern haften, sondern ein Baumwirth, wann er schon seine Wohnung mutiret, seine Gerechtigkeit mit sich in ein ander Haus transferiret, und das die Wittwen nach ihrer Männer Tode die Baumwirthschaften fortzuführen berechtigt seyen, kommet daher, daß sie solche mit und benebens ihren Männern erhalten, auch deswegen in der Canzlei das gewöhnliche Jurament abstatten, wie dann gleichfalls allzumildt angebracht wird, daß eine Wittib, wann sie sich in die andere Ehe begiebt, eben deswegen, weil sie eine Wirthin ist, auf ihren zweiten Ehemann diese Gerechtigkeit bringet, dann derselbe vorher von E. E. Rath zum Bürger und Wirth angenommen werden muß, mithin solches Recht von seiner Frau, sondern durch Concession E. E. Raths erlanget.

Ad Grav. 4^{um}. Es bezeuget der schon bei vier und dreißig Jahr in Diensten gestandene Oberförster Johann Jacob Laus, wie daß die Oberländer Nachbarn vor mehr als Vierzig Jahren aus ihrer eigenthümlichen, theils am neuen Weg, theils im Rübenfeld gelegenen, und in circa zweyhundert Morgen gehaltenen Gütern denen Baumwirthen die Bäume gebracht, und das Stück für acht Bagen, auch wohl theurer, und eine halbe Maas Wein samte einem Stück Brod verkauft; Nachdem sie aber bei eingefallener Brodtheurung diese ihre mit Bäumen bewachsene Güter ausgehauen und zu Frucht - Aeckern und Baumstöcken gemacht, hätten mehrbesagte Baumwirthe sich darauf bei damaligen Oberförster Kartel um dergleichen Bäume angemeldet, welcher ihnen dann selbige um das Geld zu kommen und anfänglich durch die Förster nach Haus bringen lassen, nachgehends hätten sich zweien zu Sachsenhausen wohnende Gebrüdere, Namens Strohecker dieses Baumtragens angenommen, und für jedes Stück auf das Amt vier Bagen zu liefern, auch so oft sie einen solchen Baum fällen und hohlen wollen, es auf dem Amt trenlich anzumelden versprochen, da sich dann befunden, daß dieselbe, und andere Sachsenhäuser zum Ruin und Verderben des Tannenwalds sich dieser Erlaubnis dergestalten mißbrauchet, daß wenn sie sich um die Fällung eines Baums angemeldet, sie zugleich vier und mehr Stück abgehauen, selbige unter der Stadt bei der Windmühl über den Mayn geführt, und heimlich dem Bockenheimer Thor hereingeschleppt. Nachdem nun endlich die Förster hinter diesen Betrug gekommen, und einige auf der That ertappet, hätten sie selbige ihren Pflichten nach auf mehrberührten Amt denunciret und angegeben, dessen Deputirte vor etwa neun Jahren zu Vorkommung dieses dem Wald schädlichen Unwerts die Verordnung gemacht, daß künftighin ein jeder Baumwirth, wenn er einen Baum vor sein Haus setzen lassen wollte, solches dem Amt anzeigen, und den darüber ihm zustellenden Permissions - Schein mit einen Orts - Gulden oder fünfzeheben Kreuzer einlösen sollte, welches Geld dann weder ein Accidenz der Deputirten, noch des Forstschreibers oder Oberförsters ist, sondern dem Aerario zu gut kommt, und wie mit denen jährlichen führenden Forstrechnungen zu erweisen steht, verrechnet wird. Haben dan-

nenhero

nenhero die Baummirthe (da, wann jeglichem in dem bemeltem Wald nach seinem Belieben Baum fällen zu lassen frei stünde, nicht nur an Tannen, sondern auch andern darunterstehenden guten Holz großer Schaden geschehen würde) desfalls einen zu milden Bericht gethan und daraus ein unnüthiges, und im Burger-Vertrag nicht gegründetes Gravamen gemacht. In mehrerer Erwägung, daß sie eben die Bäume aus der Stadtwaldung ablangen zu lassen nicht gezwungen werden, sondern ihnen solche von benachbarten Herrschaften Unterthanen, welche öfters einige in die Stadt zu feilen Kauf bringen, einzuhandeln ohnverwehrt ist.

Ad 5tum Grav. Was dieses Gravamen anbelanger, so beruft man sich abermalen auf die kurze Beantwortung der bürgerlichen Gravaminum, et quidem ad Gravamen 26. wie weniger nicht auf den 23. May nuperi disseits übergebenen Recess ad Gravamen 26. ex §. 67. des Burger-Vertrags, und will der Baummirthen speciale Anführung und Beweis, daß man denen fremden Weinhändlern gegen sie Schutz gegeben, und wo jene ihren Wein in Kleinigkeiten verkaufte, auf desfalls beschene Klage nicht remediret habe, gewärtig seyn, hingegen ist ihr Vorbringen darinnen ganz irrig, daß denen Fremden unter halben und ganzen Eudern ihren auf dem Wein-Markt gebrachten Wein zu verkaufen nicht erlaubt seyn sollte.

Ad Grav. 6tum. Ist dannenhero in diesem §o. enthaltenes ganz neuerliches Begehren, daß denen Burgern, welchen man sowohl, als denen Fremden den Weinhandel auf dem Weinmarke gerne gönnet, Fässer von zwei bis ein und ein halben Ohme, denen Fremden aber von drey Ohm, und nicht darunter allda zum feilen Kauf niederzulegen erlauben solle, massen bei solcher Verordnung diese sich auf das Herkommen beziehen, und daher bei ihrer Herrschaft zu klagen ohnermanglen, der gemeinen Burgerschaft auch damit nicht gerathen seyn würde, wann Ihro der freye Weinhandel mit denen Fremden, mit welchen sie öfters besser, als mit den hiesigen Weinhändlern zurecht kommen können dergestalt schwer gemacht werden solle, da nicht eines jeden Gelegenheit ist, drei oder mehr Ohme auf einmal zu handeln.

Ad 7mum. Denen Juden ist niemals verboten gewesen, gekocherte Wein, Brandwein und Essig anhero zu bringen, also unter sich Handel zu treiben, wie solches in dem 48ten paragrapho ihrer Stättigkeit des mehreren zu erschen ist; gleichergestalt ist ihnen laut Paragrapho 78. ohnverboten, Korn und Wein, welches von ihren Schuldeuten an Zahlung genommen, oder Pfandweis innhaben, nach ihrer Gelegenheit zu verparthieren und zu verkaufen, jedoch daß hierunter kein Gefährde gebraucht werde, dafern sie aber mit anderen Weinen zu handeln sich unterfangen, und solches geklagt und dargerhan worden, hat man sie deswegen zu bestrafen und den Handel ihnen nieder zu legen, ohnermangelt; was übrigens in diesem Paragrapho enthalten, daß nemlichen künftighin die Weine womit die Juden gegen ihre Stättigkeit handeln möchten confiscirt werden, und die eine Hälfte dem Aerario, die andere Hälfte ihnen Weinwirthen zukommen solle, ist ein seltsames Begehren, doch wird man dem Anbringer ein gewisses von der Strafe nach Proportion des angezeigten Quantums gerne zukommen lassen.

Ad Grav. 8vum. Daß niemand außer denen Baumwirthen den Wein Maaß- und Schoppenweiß in ihren Häusern und über die Gasse zu verschenken erlaubt seye, daß auch in dem mit ihnen getroffenen, aber von ihnen nicht unterschriebenen noch gehaltenen Vergleich paragrapho 3tio, ausdrücklich versehen, was maßen die Weinhändler nicht unter fünf Viertel zu füllen und zu verkaufen Macht haben sollen, ist zwar an dem, allein das alte Herkommen bringet mit sich, daß andern hiesigen Bürgern in Meßzeiten, fremde Meßleute zu logiren und zu speisen, mithin denenselben gegen die auf die Weinsteuer zahlender Accis auch dabei Wein und Bier zu schenken nicht verwehret seye, wann aber außer denen Messen Bürgere und Einwohner, welche das Recht des Weinschankes nicht haben, in geringerer quantitaet, als erst angeführt worden, Wein verkaufen wollten, wird solches auf beschohene Klage sogleich verboten, und niedergelegt.

Ad Grav. 9num. Die Vermehrung der Baumwirthe haben dieselbe selbstn verursacht, indeme sie wegen nicht gehaltenen Versprechens dem Aerario einen großen Schaden zugesüget, mithin die Herren Deputirte des Rechenel-Amtes zu mehrerer Annnehmung der Wirthen, um dadurch, was desfalls abgegangen wiederum in etwas zu ersetzen veranlasset, wiewohlen auch zu jetziger Zeit aus dem Bendorhandwerck mehr Meister, als vor diesem geschehen, sich auf den Weinschank legen, deren es dann vermöge Bürger-Vertrags nicht kann verboten werden, ob aber künftighin die Weinwirthe von dem ganzen Rath, oder von besagten Deputirten des Rechenel-Amtes angenommen werden sollen, solches wird von jenes Resolution, ohne daß besagten Baumwirthen demselben deswegen Ziel und Maas vorzuschreiben gebühren wolle, zu des Aerarii besten anzuordnen dependiren.

Ad 10um. Daß die Heckenwirthe unter dem Deckmantel ihr eigen Gewächs zu verzapfen, viele Fuder, so sie gekauft, und nicht gehauet, auschenken, mithin das Aerarium um das gebührende Umgeld bringen, solches ist E. E. Rath, welcher es sonst nicht ungestraft würde haben hingehen lassen, ganz ohnbekannt, jedoch zugleich ihnen Baumwirthen, welche es gewußt, sehr unverantwortlich, daß sie es verschwiegen, und nicht auf dem Rechenel-Amte angegeben.

XI.

A u ß z u g

aus der am 5ten Februar 1714. Act. Num. 320. bei Kaiserlicher Majestät von der Bürgerschaft zu Frankfurt übergebenen Vorstellung, in Betreff, daß auch der 26. Punct des Bürger-Vertrags verglichenermaßen nicht in Acht genommen worden:

Gleichergestalt hat solchen Puncten, wie auch der Stadt-Privilegien zuwider der gewesene Rath sich ernstlich bemühet, der Bürgerschaft gleich zuvor unbilliger-
weilß durch sie beschehen, die vierte Maaß an Umgelt wiederum uff zu bringen, welches doch in gedachtem Abschied von 1613. uff die achte Maaß gelindert, in Privilegio aber uff die zwölfte Maaß gesetzt worden.

XII.

A u ß z u g

aus der von den burgerlichen Deputirten am 20ten März 1714. Act. num. 382. bei Kaiserlicher Commission wegen der nicht Beobachtung des Art. 26. des Bürger-Vertrags übergebenen Vorstellung:

Der Punct wegen des §. 26. des Bürger-Vertrags ad certam Summam ac mensuram verglichenen Mahl- und Umgelts, hat disseitig gehorsamen Ermessens, mit denen folgenden Itemen des Bürger-Vertrags und der Stadtgeständigen — seithero aber meistens erhöherten, auch durch neue Imposten vermehrte Gefällen, in soweit eine völlige Connexitaet, daß aus dem ganzen Calculo aller Indraten, worzu das in §. 26. verglichene Mahl- und Umgeld mit gehöret, die Ausgabe, welche der Stadt Nothdurft und Nutzen, auch des die Reichs- und Cranz-Obliegenheit erfordern können, abgerichtet worden, und also derselben proportionirt seyn müße, auch eine gesammte Bürgerschaft, es sey mit geständigen, oder mit extraordinar Anlagen zu concurriren, so willig als schuldig ist. Weil aber ohne Ersehung, was die eingeführte neue oder erhöhte Onera in Summa eigentlich betragen, und wie weit sie der Stadt erforderliche Ausgaben übersteigen keine gewisse Resolution in quanto sich abfassen läßt, sondern diese von einer accuraten Commensuration der Intraden und Ausgaben dependiret; So wird Eine Bürgerschaft sich interim consoliret sehen, wenn pro nunc der zwischen C. C. Rath und der Bürgerschaft vormals erhobene Fuß nach dem §. 25. und 28. der Bürger-

gerschaft wiederhergestellt und dahin gerichtet werde, daß der Bürgerschaft Deputirten die Rechnungs-Einnahme und Ausgab vorgeleget, und sowohl die übrige Prae-standa, in so weit sie die, in dem Burger-Recess verglichene Summ excediren, als auch in specie das Mahl- und Umgeld, zwischen dem Rath und der Bürgerschaft in Absicht und Proportion auf die jetzige Ausgaben mit Zuziehung der andern Gefälle interimsweiß, und auf gewisse Jahre verglichen worden, und in dero Ablauf wiederum sogleich ipso jure cessiren, bis nach abgelegter Rechnung, falls es des Aerarii Beschaffenheit, und der Stadt Nothdurft erfordert, die Imposten mit Vorbewußt der Bürgerschaft ratione quanti et temporis aufs neue reguliret sey.

Diese Copia befindet sich nach geschehenen Collationirung dem Exhibito gleichlautend. Franckfurt am 3ten April 1715.

Christoph Berberich.

Johann August Buchner.

XIII.

A u s s a g e

aus der vom Magistrat am 10ten May 1713. Act. num. 116. bei Kaiserlicher Commission übergebenen Gegen-Aeußerung.

Ad §. 26.

Zu der bei diesem §. eingeklagten Erhöhung des Mahl- und Umgelts vom Wein seye Magistratus, vermöge in dem so. selbstn namentlich mit angeführten Privilegien, der Kaiserlichen Wahl-Kapitulation und Reichs-Constitutionen, nach denen solches erfordereten Conjuncturen und schweren Zeiten befugt gewesen, und seye es ein unerfindliches Vorgehen, als wenn dergleichen Erhöhung mit Consens der Bürgerschaft vorgenommen worden, oder vorgenommen hätte werden sollen; weilen aber auch diesen Puncten zu der andern höchst-respectirlichen Kaiserlichen Commission als eine angebende unbefugte Multiplicatio exactionum gehöre; Als wolle man auch solche dahin zu verweisen gehorsamst gebethen haben.

XIV.

E n t w u r f

oder Projekt = Vergleichs von 1714.

E i n s c h l a g e n d e S t e l l e.

Sechszehendens beschwerten sich die Burgere, daß bei dem §pho. 26. des Burger-Vertrags das Mahl- und Umgeld bei dem 32ten §pho. die Wein-Steuer von eigenem Gewächs, samt Reutchen-Geld, bei dem 33sten §pho. die Niederlag von Brandwein und fremden Wein, bei dem 35sten §pho. das Mahl- und Malz-Geld, nach errichtetem Burger-Vertrag, von dem Magistrat über das Alterum tantum, wie ingleichem die Imposten auf die Färberer, wovon in diero §pho. 35. gemeldet, gar sehr erhöht worden; dahingegen E. E. Rath opponiret, daß Er, vermöge der Privilegien und Reichs-Constitutionen, nach Begebenheit der Conjunctionen, dazu befugt seye, und ob man schon beiden Partheien, in Ansehung jeziger schweren Zeiten, ein Mittel zum Vergleich vorgeschlagen: hat es dennoch nichts versfangen, sondern seynd alle diese Puncten, Ihro Kaiserlichen Majestät allergnädigsten Verordnung, überlassen worden u. *).

XV.

Guarantie-Schein von Acht gefessenen burgerlichen Deputirten die Einkünfte der Stadt auf hundert Tausend Gulden jährlich Einkünften, auf den Fuß, wie sie Magistratus bisher erhebt, gleich in primo Anno weiter, und hernach viel höher, zu vertragen. In causa Commissionis, Impetrantischer Burgerschaft der Kaiserlichen Freyen Reichs- auch Wahl- und Erönungs-Stadt Frankfurt contra E. E. Rath allda u. Ihro Röm. Kayserl. Majestät benebst einem allerunterthänigsten Memorial originaliter, durch die zwey abgeordneten Burgerlichen Deputirte den 28ten Jan. 1715. allergehorsamst überreicht.

E i n s c h l a g e n d e S t e l l e.

Als tragen wir zu Endunterscriebene bürgerliche Deputirte ferner allerunterthänigst an, und machen uns verbindlich, wann Ihro Kaiserliche Majestät allergnädigst geruhen

*) Müller in der Sammlung der Kaiserl. in Sachen Frankfurt contra Frankfurt ergangenen Resolutionen und anderer dahin einschlagender Stadt-Verwaltungs-Grundgesetzen Seite 47 bis 51. liefert dieses Vergleichs-Projekt ganz.

ruhen wollten, wie wir allerunterthänigst darum bitten, daß es auf Admodiationes und bürgerlicher Gegenschreiber mit hernach specificirten Aemtern, durch die Kaiserliche Herrn Commissarios, vermittelst Kaiserlicher Authoritaet, möchte eingeleitet, auch die Bürger- schaft dabei gnädig manuteniret werden, daß wir auf den Fuß, wie es E. E. Rath bisher erhoben, welches jedermänniglich durch öffentlichen Druck soll bekannt gemacht werden, gleich das erste Jahr von allen Revenuen der Stadt dem Aerario Ein hundert Tausend Gulden mehr schaffen wollen, als E. E. Rath seither etlichen Jahren, in den Stadt-Büchern verrechnet, und zwar noch über das, was etwan weiters einkommen, oder darüber betragen möchte, an Ihre Kaiserliche Majestät richtige Special-Rechnung abzustatten, auch sothanen Ueberschuß ebenfalls ad Cassam zu liefern u. *).

XVI.

A u s s a g e

aus dem Subdelegations-Bericht de dato Frankfurt 27ten May 1715.
auf der bürgerlichen Handwerker und Handelsleuten übergebene
Special gravamina und Magistratische Beantwortungen.

Ad 1^{um}. Man hieltte ohnmaßgeblich davor, daß das Quantum bei 8000 fl. verblei-
ben könnte, und wann die Bezahlung anticipando geschiehet, so fällt das haften in so-
lidum von selbst, falls aber solches nicht geschehe, müßten die Baunwitthe in soli-
dum haften.

Wegen der Zwölf Fuder Wein, und Bierzig Malter Korn, welche ein Wein-
schenck vorrätzig haben soll, bleibt es bei dem Bürger-Vertrag §. 65. Ad Gravamen
5 et 6. hat es bei des Magistrats Erklärung und Erläuterung (videatur der Deputir-
ten Relatio) sein Bewenden, all übriges bleibt bei des Magistrats Erörterung in dieta
Relatione.

*) Müller am angezogenen Orte S. 70. bis 73. liefert diesen Garantie-Schein ganz.

XVII.

A u s z u g

aus dem Subdelegations-Bericht de dato Fränckfurt den 27. May 1715.
Art. 26. 32. 33. und 35. des alten Burger-Vertrags, Mahl- und
Umgeld, Weinsteuer, von eigen Gewächs, Niederlag von Brand-
wein und fremden Wein, Malzgeld betreffend.

Was nun das in dem 26. Articul des alten Bürgervertrags moderirte Mahl- und Umgeld, sodann ex identitate rationis bei dem 32ten Art. die Weinsteuer von eigenen Gewächse, bei dem 33ten die Niederlage von Brandwein, item die Niederlage von fremden Weinen, bei dem 35ten das Mahl- oder vielmehr Malzgeld betrifft, da beklaget sich die Burgerschaft abermal, daß der Magistrat sich deren Erhöhung von Zeit zu Zeit willkürlich angemasset, ohne mit ihr der Burgerschaft, welche gleichwohl auf das in dem Vertrag enthaltene Quantum sub auspiciis caesareae commissionis et mutua conventionione pacisciret, und die kaiserliche Confirmation solches Pacti vor sich habe, sich darüber im geringsten zu vernehmen, oder derselben nur die Ursachen solcher Erhöhung samt des Aerarii-Nothdurft und Beschaffenheit zu erkennen zu geben; Nun hat man zwar diese Beschwerde durch gütliche Vermittelung indessen dahin beizulegen gesucht, daß solche Gefälle in gegenwärtigem Quanto so lange continuiren könnten, bis durch die zu dem Rechnungswesen absonderlich allergnädigst verordnete kaiserliche Commission, in wie ferne eine Erhöhung derselben nötig gewesen, und dem gemeinen Wesen zum Besten angewendet worden, ausfindig gemacht seyn würde; Es hätte auch die Burgerschaft sich, wie dann deren Deputirte in der gütlichen Handlung einmal darein wirklich gewilliget gehabt, und das letzte dieweil übergebene Productum solches bestätiget, hierunter wohl nachgegeben, wann der Magistrat bei dem 25. und 28. Articul sich einigermaßen zum Ziel geleeget, und temperamenta admittiret hätte. Nachdem aber derselbe hierzu nicht zu bringen gewesen, und derohalben auch diese im §. VI. des neuen Projects gemeldete Puncten sämlich zu kaiserlicher allergnädigsten Verordnung ausgestellt worden; So ist man der unterthänigst unmaßgeblichen Meinung:

daß zwar dieser Gefälle halben die Sache nichts desto minder bis nach hinterlegter Rechnungs-Commission und durchsuchter Haushaltung in gegenwärtigen Stand zu lassen, in puncto Juris aber der Magistrat der solchergestalten in den Vertrag zwischen beiden Theilen verglichene Auflagen einseitig und ohne der Burgerschaft Wissen und Mitbelieben zu erhöhen nicht befugt gewesen seye, sintemal die Burgerschaft in solchem Vertrag auch ratione quanti ein Jus quæsitum erlangt, und wann je hierunter eine Aenderung zu treffen gewesen wäre, den klaren Buchstaben desselben vor sich hat, da an zweyen unterschiedlichen Orden, nemlich in dem 33ten und 41ten Articul, wo eben auch von Auflagen auf fremde Wein, item Salz gehandelt wird,

wird, disertis verbis verordnet ist, daß wann bei Ersehung der Privilegien sich etwas zu Behuf der Burgerschaft finden sollte, die Sache durch den ersagten Rath NB. mit Zuziehung der Sieben und respective Neun zu Ersehung der Privilegien und Abhörnung der Rechnungen aus der Burgerschaft deputirten Personen der Billigkeit nach vermittelt, oder wie in dem 4ten Articul das Wort notanter gebraucht wird, entschieden werden soll; es würde auch der Rath, wann er in Vermehrung der Stadt-Gefälle nach dem Vertrag sub specie ein oder anderer ad causam doch wenig quadrirenden Privilegien, ungebundene Hände zu haben geglaubt hätte, in oben allegirter Visitations-Ordnung das sorgfältige Reservat, daß dergleichen gegen den Inhalt solches Pacti nicht vorgenommen werden solle, wohl ausgelassen haben.

XVIII.

Resolutio Caesarea de 15. October 1716.

In Kaiserlichen Commissions-Sachen, sich verhaltend, zwischen der Burgerschaft in der Kaiserlichen und des heiligen Reichs-Stadt Frankfurt an Einem entgegen und wider NN. Burgermeister und Rath alldorten am andern Theil, in specie die Rechnungen und dahin mit einlaufende übrige Punkten betreffend, ist, auf den von obbesagter Kaiserlichen Commission eingelangten Bericht und darauf an Ihro Kaiserliche Majestät von Dero gehorsamsten Reichshpfrath erstattetes ausführliche Gutachten, Dero allergnädigste Kaiserliche Resolution, in Kraft dieses dahin; daß es

1mo. wegen der dem Rath zu Frankfurt obliegender Beobachtung des, von langen Jahren her, außer Uebung gelassenen Articuli 25. et 28. des Kaiserlich confirmirten Abschieds und Burger-Vertrags de 3ten Januarii 1613. stylo novo. d. 24. Decembris 1612. stylo veteri des, an Seiten des Raths von einer zur Ungebühr angemessenen einseitigen und der allerhöchsten Kaiserlichen Autoritaet und gemeinen Wesens praejudicirlichen Auslegung des Kaiserlich klaren Commissions-Decreti von dato Höchst den 8ten Martii, (27ten Febr.) Anno 1616. und der wider die in ermeldtem Kaiserlich confirmirten Abschied und Vertrag fürgeschriebene Regiments-Form laufenden unzulässigen widrigen, auch hiemit abgeschafften und annullirten Observanz hergesuchten Schein-Einwendens und anderer ungebührlichen Einreden, ungehindert, bei den wohlbedächtigen und in amore boni publici et quietis fundirten Dispositionen beider Articulorum 25. und 28. angeregten Kaiserlich confirmirten Abschieds und Vertrags, beständig und unveränderlich zu lassen, und daher der Rath einige Schatzungen oder extraordinar-Beiträge, oder andere Verhöhnung der ordentlichen und geständigen gemeinen Stadt- und Burgerschafts-Gefällen, willkührlich eigen Gutbefindens fürzunehmen,

men, oder anzusehen; außerhalb, wann eine allgemeine Rathabewilligung oder aber der gemeinen Stadt vor sich selbst Nutzen, nach vorhero beschehener Ersehung der Rechnungen und Vorraths, solches Erforderniß, in Kraft angezogenen 25sten Articuli, nicht berechtigt, sondern den sürgeschriebenen Modum der vorherigen Rechnungsvorlegung, zu Ersehung der Nothwendigkeit neuer Schätzung oder Verhöhung gemeldter Gefälle, unverbrüchig in Acht zu nehmen, verbunden seye; wobei aber der Kaiserlichen und Reichs getreuen Burgerschaft anbefohlen wird, wann die Reuner die Nothwendigkeit, wegen des bei Abhörnung der Rechnung befundenen Mangels des Vorraths, einer neuen Schätzung oder Erhöhung ernannter Gefälle, wahrgenommen, und solche Nothwendigkeit ihr der Burgerschaft berichtet hat, daß diese sodann, sobald der Rath durch die Oberofficiers die Ursache des neuen Ansatzes, wegen Mangel des Vorraths anzeigen läßt, zu Abrichtung des angekündigten Beitrags, ohne einige Widerrede, dem eigenen Erbiethen gemäß, sich willig erweisen solle. Nachsideme zum andern, ist bemeldter Rath, vermög oberwähnten acht und zwanzigsten Artikuls, schuldig und pflichtig, der besagten Burgerschaft die Uebung des Rechtes, achtzehn ehrbare, verständige Bürger, und welche in Rechnungen geübet und wohl erfahren, zu praesentiren, ferner nicht mehr in Zweifel zu ziehen, oder sie daran zu hindern, und darinnen zu beeinträchtigen, hingegen nach angezogener Praesentation bemeldter achtzehn Bürger, neun zu dem Ende daraus zu ertiesen welche neun von nun künftig alle Jahr zu gewisser bestimmter Zeit, der Rechnung beiwohnen, ihnen auch den Reunern dieselige Rechnungen bei allen Aemtern, so der Rath vermöge dieses 28sten Articuls, seiner Schuldigkeit nach, in vorigen Jahren, vor keinen ertiesten Reuner erstattet hat, und zwar ist, aus erheblichen Ursachen, mit denen Rechnungen von Anno 1617. anzufangen, fordersamst und unverweigerlich, zur genugsamen Durchgehung, vorgelegt werden sollen; jedoch, so viel die Vorlegung dieser alten Rechnungen insbesondere anbetrifft, wird denen Reunern anbefohlen, der Kaiserlichen Rechnungs-Commissions-Anweisung und Bedeutung, wie weit und auf was maßen, sie sich derselben gebrauchen mögen, genau einzufolgen und nachzusehen. Da sich aber begeben, daß derselben ertiesten Bürger, Einer oder mehr, verstürben; soll die Burgerschaft jedesmal zwey andere, dem Rath, zur Wahl vorstellen, jedoch seynd diese Neun Bürger, und ein jeder der in der nach und nach abgehenden Stelle ertieft wird, dem Rath, vor Antritt des Amtes zu geloben und zu schwören schuldig, daß sie, so viel ohne gemeiner Stadt Schaden und Nachtheil beschehen kann, der Burgerschaft, auf ihren Eyd, und bei Verlust ihrer Ehren, aufrichtig, redlich und gebührlich anzeigen, wollen und sollen; mit dem an Rath beigefügten ernstlichen Befehl, angeregte Reuner, in Vollbringung ihrer, in obbesagten Kaiserlich confirmirten Grundgesetzen der Frankfurtischen Regimentsordnung, beschriebenen Verrichtungen, jederzeit ruhig und ungekränkt zu lassen, und solchemnach, dieser aus allergnädigstem Eiffer und Sorgfältigkeit Ihrer Kaiserlichen Majestät, als des einigen Oberhauptes im heiligen Römischen Reich, vor die Wiederherstellung und beständige Erhaltung, alles ruh- und friedlichen Wesens, herrührigen, auch an sich gerechter und billignüssiger Resolution und Erklärung, in beiden Punkten, getreulich nachzukommen, und hieran den unterthänigsten Gehorsam und Ehrerbietung, wie sich gegen Ihre Kaiserliche Majestät gebühret, zu erweisen, darwider

aber

aber, in keine Wege zu handeln, noch daß es von jemand seines Mittels geschehe, zu gestatten: Immassen dann alle dargegen, unverhofften Falls, unternehmende Arttentata und Uebertretungen, nebens Reservation der, in ofteberührten Kaiserlich confirmirten Abschied und Vertrag, gegen die widerspenstige Autores der, daraus zum Schaden dieser berühmten getreuen Kaiserlichen und des Reichs- Wahl- und Handels- Stadt, entspringenden Verwirrungen und Mißheiligkeiten; geordneten auch andern schärfern Straffen hiermit jetzt alsdann, und dann als jetzt, cassirt, und vor nichtig, und vor straffbar erklähet werden.

3tio. Solle der Magistrat per Rescriptum, angewiesen werden, an Ihro Kaiserliche Majestät einen vollständigen Statum aller vor Dero Kaiserlichen Rechnungs-Commission, bishero noch nicht manifestirten Passivorum, mit glaubhaften Abschriften der Gült- und Cessions-Briefe, oder zulänglichen Extracten, aus denen derhalber gefertigten Protocollis, binnen Zeit zweyer Monaten einzuschicken, auch diejenige Cessionarios, so etwa ihre Cessiones vorzulegen verweigerten, nachhastig zu machen, mit der angefügten Bedrohung, damit widrigenfalls Ihro Kaiserliche Majestät nicht bemüßiget werden mögen, eine Citationem Creditorum ad liquidandum zu erkennen, auch diejenige Creditores und Cessionarios, welcher Forderungen bishero in Rechnungen geführt worden, oder so bei dem Aerario um Zinsen sich anmelden und selbige auch empfangen, ihre Verschreibungen aber, auf jetzige Dero Kaiserliche Verordnung zur Einsicht vorzuzeigen, und authentische Abschriften davon herzugeben, tergiversiren würden, austreichen und weiter nicht passiren zu lassen.

4to. Wollen Ihro Kaiserliche Majestät die in Vorschlag gekommene Admodiation und Beiordnung bürgerlicher Gegenschreiber auf denen Aemtern, welche solche erfordern auf ein Jahr lang provisionaliter, hierdurch approbiret, und beinebens anbefohlen haben, ratione modi Dero Kaiserlichen Rechnungs-Commissariis eine umständliche Instruction zuzufertigen, und selbigen anbei zu rescribiren, diese Admodiation nach solcher Instruction zu reguliren und einzurichten.

5to. Seye erstgedachter Dero Kaiserlichen Rechnungs-Commission aufzutragen, ihre eingefandte sämtliche Notamina, über die in denen examinirten Rechnungen bei denen Aemtern gefundene viele Defectus und unpässliche Beschwerung des Aerarii, sonderlich auch über die Correctiones und Ausschnitt, Inhalts der Acten num. 67. dem Rath zu communiciren, auch die Orthe, in Rechnungen, worinnen solche Fehler eigentlich stehen, ordentlich und ganz vollständig zu zeigen, und seine schriftliche Erklärung punctatim, deshalb abzufordern, auch dasjenige, was der Rath selbst, auf gethane Erinnerungen wie Ihro Kaiserliche Majestät sich dessen zu Ihnen allergnädigst versehen, ohne Weiterung zum Guten zu enden erbietig ist, alsobald zu protocolliren und ins Wert zu setzen, und wegen der beständigen Beobachtung nöthige Vorsehung zu thun.

6to. Weilen auch vorgekommen, daß die Raths-Deputirte auf denen Aemtern, ohnerachtet ihrer Besoldungen, wider das alte Herkommen vermehrt worden seynd, von denen Straffen participiren, welche besag des Burger-Vertrags Art. 16. gemeiner Stadt zum Besten, zu Abwendung ungleichen Verdachts, und Verhütung besorgender Beschwerden, verrechnet werden sollen; Als wollen Ihre Kaiserliche Majestät diese Straffen Participation, als ein verbotenes Attentatum, hierdurch, von Allerhöchsten Kaiserlichen Amtswegen, cassiret, dem Rath auch solches fortzusetzen bei der in dem Kaiserlich confirmirten Abschied und Vertrag ausgedruckter Strafe, untersaget, und wegen des, durch diese dem Aerario gewidmeten Straffen Participation, verursachten Schadens, bei der Kaiserlichen Rechnungs-Commission seine Verantwortung einzugeben, anbefohlen haben, worauf nach eingetommenen Commissions-Bericht, Ihre Kaiserliche Majestät in puncto Restitutionis, Dero fernere rechtliche Erkenntnuß ergehen lassen wollen. Was

7mo. die Ersehung der verursachten und fernerhin auflaufenden Commissions-Kosten anbelangt, ergeht Ihre Kaiserlichen Majestät allergnädigste Resolution, Kraft dieses, dahin, daß selbige von dem Ueberschuß der hundert Tausend Gulden, so die Burgerschaft durch den, obgedachtermaßen approbirten Admodiations-Weeg, dem Aerario ohnedeme ganz von neuem zugewendet wird, um so mehrers genommen werden solle, als es nur um die kurze Zeit zu thun, bis alle diese, Dero Kaiserliche Resolutiones zur vollständigen Execution, wie es Dero allerhöchste Kaiserliche Auctorität und die Nothwendigkeit erfordert, gebracht seyn werden, und alsdann das Aerarium erwähnten stätlichen jährlichen Zuwachs der Einkünften, immerhin genießet, und folglich, die jezige Anwendung der Unkosten dieser Rechnungs-Commission, welche durch Dero selben langjährige Bemühung, Treue und Euffer pro publico, den Grund dazu gelegen, utilitate publica perpetua, gar wohl compensiret werden; Gestalten Ihre Kaiserliche Majestät nach eingelangten commissarischen Bericht, von der vollständigen Execution dieser Kaiserlichen Resolutionen forthane Dero Kaiserl. Rechnungs-Commission, wieder in Kaiserlichen Gnaden entlassen wollen, jedoch daß alsdann gleichwohl Dero Geheimder Rath, Graf von Schönborn Buchheimb Wolfsthal, von Haus aus, damit alle Unordnungen vermeidet bleiben, und die Admodiatores bei ihren Verrichtungen unbetrübt und unangefochten gelassen werden mögen, gute Obacht tragen, auch bei etwa sich begebenden unvor-gesehenen Fällen, worüber Rath und Burgerschaft sich untereinander nicht vergleichen könnten, denen dahero entstehenden Irrungen zeitlich vorzukommen, oder dafern die gütliche Vermittelung zu erheben zu schwer seyn mögte, über die Begebenheit an Ihre Kaiserliche Majestät allerunterthänigsten Bericht und Gutachten schleunig erstatten, Dero Kaiserlichen Hof-Kammerrath von Rentwich aber noch zur Zeit bis zu weiterer Dero Kaiserlichen Verordnung zu Frankfurt verbleiben solle.

8vo. Seye dem obigen membro tertio an den Magistrat erkannten Rescripts anzuhängen, daß alle und jede Raths-Glieder die wirkliche Vollziehung dieser, die Kaiserliche Hoheit und der Stadt Ruhe und Wohlfahrt angehenden Sachen, befördern und

und unter keinem Schein daran hinderlich seyn, sondern allen obstehenden und was Dero Kaiserlichen Rechnungs-Commission zusehnd der an selbige abgehenden Verordnungen an den Magistrat samt oder sonders gesinnen werden, gebührend nachleben sollen; wie dann auch

yno. der Burgerschaft alldort per Decretum anzubefehlen, zu gleichmäßiger Erfüllung alles dessen, sich allergehorsamst anzuschicken und den schuldigen obrigkeitlichen Respekt und Gehorsam niemals aussetzen, auch des rechtlichen Ausgangs deren noch auf der Erörterung stehenden übriger Gravaminum in Gedult zu erwarten; diese allergnädigste Kaiserliche Resolution auch

16mo, mehrbesagten Dero Kaiserlichen Rechnungs-Commission zur schleunigen Publication und Bewürkung eingeschlossen werden solle. Signatum unter Ihro Kaiserlichen Majestät aufgedruckten Kaiserlichen Secret-Insigel. Wien den Fünffzehenden Octobris 1716.

(L.S.)
caes.

Friedrich Carl Graf von Schönborn.

Franz Wilderich von Menßhengen.

XIX.

Admodiations-Reglement von einer höchstansehnlichen Rechnungs-Commission in Frankfurt publicirt, den 20ten August 1717.

Einschlagende Stelle.

Drittens. Soll und will die Burgerschaft, durch solche Admodiations-Mittel und Verordnung der Gegenschreibere in diesem Provisional-Jahr, von allen Stadt-Einkünften, auf dem Fuß wie der Rath dieselbe zeitlich erhoben, dem Aerario ein hundert tausend Gulden mehr verschaffen, als seitlich etlichen Jahren in denen Stadt-Büchern verrechnet werden; und sollte es noch ein Mehreres erragen, will, und soll die Burgerschaft, solchen weitem Ueberschuß ebenfalls in die Stadt-Cassam liefern, auch zu dessen mehrerer Sicherheit, alle Quartal fünf und zwanzig Tausend Gulden aus eigenen Mitteln voraus zahlen, und mit solcher Vorauszahlung, gleich beim Eingang des Admodiations-Wesens, den würllichen Anfang machen, für das übrige aber der Kaiserlichen Commission zulänglich und für genugsam annehmliche Caution leisten. Damit aber

Viertens kundbar seyn möge, auf was vor einen Fuß der Rath die Einkünfte gemeiner Stadt bishero erhoben habe, hat eine Kaiserliche Rechnungs-Commission, von dem Magistrat, die bei der andern, in politicis allergnädigst angeordneten Kaiserlichen Commission, ehemahlen schon übergebene, und examinirte Tax- und Accidental-Ordnung, nach welchen derselbe die Gefälle auf jedem Amt von diesem eingefordert, und verrechnet zu haben vorgiebt, neben den burgerlichen Gegen-Erinnerungen abgefordert, auch erhalten, und sollen durch den Druck zu jedermanns Nachricht (jedoch Salvo jure cujuscunque tertii) bekannt gemacht; und so oft ein Admodiator darwider handelt, die Straffe im Nahmen Kaiserlicher Majestät, Dero allergnädigsten Verordnung gemäß, angesetzt, durch den Rath aber eingetrieben und dem Aerario geliefert werden *ic. *)*.

XX.

Instructio, für die Admodiatores, so an Seiten der Burgerschaft sich selbst angebothen, und von Kaiserlicher Rechnungs-Commission zu sothenen Admodiations-Besen auf ein Jahr provisionaliter angenommen und mit gehörigen Pflichten belegt worden *ic.*

E i n s c h l a g e n d e S t e l l e.

Zu welchem Ende

Drittens, dieselbe sich wohl in Obacht zu nehmen haben, damit sie sambt und sonders, auf denen Einem oder dem Andern anvertrauten Aemptern, die Stadteinkünften anderster nicht einfordern oder erheben möchten, als Magistrat solche vor und bishero erhoben hat, auch die darüber, durch den Druck bekannte Zoll-Rollen und Taxordnungen ausweisen, bei Vermeidung ohnausbleiblicher Straf, welche die Kaiserliche Rechnungs-Commission, oder wer anstatt ihrer nach deren Endigung, die Aufsicht haben wird, ansetzen, und durch den Rath exequiren lassen wird, so oft ein Modiator darwider handelt und sich betreten läßt. Und weilien

Viertens, die Burgerschaft sich erbotten, durch ihre Admodiatores und Genschreibere, auf solchen Fuß, dem Aerario jährlich ein hundert Tausend Gulden mehr zu verschaffen, als seither ertlichen Jahren, in denen Stadt-Büchern verrechnet worden, und auch dasjenige, was etwan über solche ein hundert Tausend Gulden, weiter einkommen thäte, ebenfalls ad cassam zu liefern; Also soll und muß derentwegen, nicht allein die versprochene Anticipation der 25000 fl. Quartaliter angesetzt gleich, und vor allen Dingen, geschehen, sondern auch, wegen der übrigen drey Quartalen, genugsame Caution gestellet werden *ic. **)*.

XXI.

*) Müller am angezogenen Ort S. 73. bis 77. liefert das Admodiations-Reglement ganz.

**) Müller am angezogenen Ort. S. 79. und 80. liefert die Instruction ganz.

XXI.

M u ß z u g

aus dem Exhibito unter dem Titel:

Extractus seu potius Compendium

aus der an Ihro Römisch Kaiserliche Majestät allerunterthänigst übergebenen Schrift, so sich ratione der Gravaminum tractirung fundiret auf die B. kaiserliche Resolution den 5ten April, C. den 1. July et Sign. o Rescriptum den 12. Octobris, dießes 1707. Jahres. Deren sub D. E. F. G. et 8 8 specificce beigelegten Ober-Officiieren Burger und Handelsleuten (Salvis caeteris deren Interesse, hierunter versiret, und in communitate stehen) der Stadt Frankfurt

contra

den Magistrat daselbst

Ratione ab et contrariorum usuum der Privilegiorum, Pactorum, contractuum Observationum und Verträge et caeteris etc.

Punctus 26.

Das Umgeld solle bis auf bessere Zeiten bei der achten Maaß gelassen, und von denen Weinschenken und Gastgebern mehr nicht gefordert werden.

Fol. 4. Lat. 2.

Gravamen.

Wird nicht die achte, so das Fuder 22 fl. auswirft, sondern 4te Maaß genommen, so in dem Fuder 42 $\frac{1}{2}$ fl. betrage, welches die Wirth also von ihrem Eyd abzuführen, das seye wegen dieses großen Aufschlags als Wucherer und Meineidiger haben wollen gehalten werden, sich das Ministerium dareingelegt, dahero mit denen Wirthen auf ein starkes vom Fuder ein Vergleich gemacht worden, daß also die Maaß auf 20 fr. kömmt, und die Wirth wenig haben, der Wein auf dem Wagn muß der Rente vom Fuder 6 fl. 24 fr. geben, die Bürger vom Auszapfen von der Ohm 4 fl.

XXII.

Adj. sub Num. 98. Relat. Commiss.

	Fuder	Dhm	Btl.
Der NN. Gasthalter in Frankfurt hat Ann. 1717. den 2ten April an Weinen in seinem Keller (laut des Visirer Epstein seiner eigenen Hand und Buch) hinterlassen	14	1	16
Ann. 1717. den 1ten September hat der Visirer Joh. Jac. Wegel in obiges NN. seinen Keller die Weine wieder aufgenommen und befunden	4	4	—
	9	3	16
Hiervon ab der häußliche Nachlaß von 3 Dhm, eine thut	3	1	6
bleiben zu veraccisen was restirt	6	2	10
Die Dhm thut Ungeld 5 fl. wären an Geld zu zahlen	—	192	30
Item die 4 Pf. thut auf die Dhm 1 ½ fl. machen	—	57	45
Summa	fl.	250	15
Nun hat der Visirer Epstein recht unverantwortlich wider Eid und Pflichten diesen NN. eine Rechnung gemacht von 2 Dhm thut Ungeld à 5 fl.	10 fl.		
Item die 4 Pf. thun	3 13		
von obigen decord	—	—	
		235	15

Wäre das Aerarium in ½ Jahr bei dieser einzigen Rechnung ladirt, worgegen der Visirer Messentlich 1 à 2 fl. recompens genommen und durch die Finger gesehen, welches in Ewigkeit nicht zu verantworten. Bei den übrigen Wirthen, so den Wein aufnehmen lassen, ein gleiches wird beschehen seyn.

A Tergo.

Daß Herr Scab Joh. Philipp Orth Senior Köbl. Rechenen-Amtes referiret, was vor einer Untreue der Visirer Epstein wegen bei einem gewissen Gasthalter aufgenommener Weine von denen Admodiatoren auf der Rechenen beschuldigt werden wollte, und ein desfalls von ihnen übergebener schriftlicher Aufsatz verlesen werden:

Soll man den Visirer Epstein sowohl, als den Gasthalter Christ darüber vernehmen und zu ihrer schriftlichen Verantwortung ihnen solchen Aufsatz communiciren lassen.

Decretum in Senatu
Sonabend den 13. August 1718.

XXIII.

Subadj. sub No. 5. ad adj. n. 617. Commiss. relat. de 2. Sept. 1729.

Auszug Protocolli de 22ten August 1718.

Actum de 22. Augusti 1718.

Coram Domn. Depp. des löbl. Recheneyantes.

Domino Scabino

Orth.

Domino Syndico

- Burck. Dre

Domino Seniore Müller.

Domino Seniore von Hynsperg.

Domino Joh. Hartmann Hartman.

et Johann Jakob Hartmann.

Comp. Johann Jacob Christ Wirth im
Tannenbergh der Visirer Epstein, Kaiser, und
der bürgerliche Gegenvisirer Beigel.

Prop. Bezoge sich auf das Anbringen
der Gegenschreiber auf der Rechenen, welche
von jedem Rechnung angezeigt, daß Christ
den 2ten April 1717. vermöge des Visirer
Epstein Buch 14 Fuder 1 Ohm 16 Bril.
Wein der den 1ten Septemb. besagten Jah-
res durch den bürgerlichen Gegenvisirer Be-
igel beschenehen anderwärtigen Aufnahm sich
nur 4 Fuder 4 Ohm befunden hatte, folglich
9 Fuder 3 Ohm 16 Bril. abgangen, und
consumirt worden, davon aber wegen des
häuslichen Nachlaß ihm der dritte Theil, nem-
lich 3 Fuder, 1 Ohm, 6 Viertel zu gut zu
schreiben, ein folglichen noch 6 Fuder 2 Ohm
10 Viertel noch zu veraccisen restirten, wel-
che an Geld die Ohm zu 5 fl gerechnet
192 fl. 30 fr. und dann wegen des 4ten Pfen-
nings auf die Ohm 1 $\frac{1}{2}$ fl. Summa 57 fl.
45 fr. zusammen 250 fl. 15 fr. auswürfen,
so hätte dennoch der Visirer Epstein ihm die
Rechnung allein auf 2 Ohm, so mit dem
Ohmgeld und dem vierten Pfennig zusam-
men 13 fl macht, gestellet, und wäre also
allein

allein bei diesem Manne das Aerarium auf
237 : 15 fr. zu kurz kommen.

Ein Hochedler Magistrat hat dannenhero
verordnet, daß dieses Werk untersucht und
davon wieder referiret werden solle, man wä-
re jezo deswegen beisammen, und wollte von
ihm Christen hören, was er mit Bestand dar-
gegen vorbringen wolle.

ic. ic.

ic. ic.

Christ wieder vorgefordert wurde befragt,
warum er dann vorgegeben, er wäre nicht da-
bei gewesen, als den 1ten September 1717.
die Weine aufgenommen, da doch gegenwär-
tiger Beigel das Gegentheil sagen werde?

R. Er seye von so kurzem Gedächtnuß, daß
er es nicht behalten können, und wäre es ihm
entfallen.

Ob nicht wahr, daß er zu der allereil be-
nannten Zeit vier Fuder, vier Ohm im Kel-
ler gehabt habe?

R. Ja er hätte es ja niemalen geläugnet.

Ob er nicht von denen vier Fuder vier Ohm
biß den 20ten April 1718. ein Fuder vierze-
hen Viertel verzapft habe?

R. Ja, verzapft und getrunken.

Warum er dann nichts davon den Betrag
des Umgelts 43 fl. 13 fl. 2 Pf. bezahlt habe?

R. Er hätte sich deswegen beschweret, weil
ten er und die Seinige mehr getrunken als
verzapft.

Diemeilen man nun vöt diesestmal nichts weiters zu fragen gewußt, als hat man die
Partheyen wieder gehen lassen, und daraus referiren wollen.

In dorso.

Hierüber solle man derer Herren Syndicorum Gutachten vernehmen.

Ex Senaru

Jovis d. 1. Septbr. 1718.

XXIV.

Subadj. sub Num. 6. ad adj sub Num. 617. Commiss. relat. de
1ten Sept. 1729.

Auszug derer Herren Syndicorum Bedenken de 12. Septbr. 1718.

Aus denen vom Visirer Epstein und dem Weinwirth Christ übergebenen Schriften, und dem darauf gehaltenen Protocolle, ingleichen denen ad acta gegebenen Rechnungen, haben wir nach deren fleißigen Verlesen wahrgenommen, daß das Aerarium durch des Epsteins, als Kistenschreibers Verschulden, indem dieser nach beschriebenen Usnehen der noch vorhandenen Weinen, und was jeder wegen verzapfter Wein schuldig seye, die Rechnungen nicht nach dem von dem Visirer, welcher die Weine aufgenommen, ihm zu solchem Ende zugestellten Büchlein, sondern nach seinem Gurdünken, und Kopf gemacht, auch die Aufnahmsbücher oder Zettel so gleich cassiret hat, um ein Ansehnliches kommen, das Werk auch so listiglich eingerichtet worden, daß man ansezo nicht gewiß die Summan des Verlustes sagen, weniger nach der von denen bürgerlichen Admodiatoren gemachten Rechnungen sich richten kann; weilen der bürgerliche Gegenvisirer Wegel selbst gesteht, daß in des Epsteins Keller, wann er ganz voll ist, mehr nicht als zehn Fuder, vier Ohm Wein können geleyet werden, folglich das praesuppositum, daß er Christ vierzehn und mehr Fuder Wein im Keller gehabt habe, notorie falsch und ungegründet ist; dieses aber ist richtig, daß der Wirth Christ den 1ten September 1717. vier Fuder, vier Ohm Wein im Keller gehabt habe, und den 20ten April 1718. nur drey Fuder, zehn Viertel darinnen gefunden, also in acht Monaten von diesem 1 Fuder, drey Ohm, zehn Viertel verzapft worden, davon der dritte Theil wegen der Consumtion im Haus nach bisheriger Gewohnheit passirt wird, die übrige ein Fuder, vierzehn Viertel aber nach der gemachten Rechnung (welche aber unsers Erachtens der Viertel halber accurat, und deme nachgemachtem Abzug mehr nicht, als $6\frac{2}{3}$ Viertel übrig bleiben) mit fl. 43: 13 β. 2 Pf. zu veraccisen wären, nun aber hat der Wirth nach des Visirer Epsteins gemachten Berechnung, ein halb Jahr in das andere mehr nicht zahlt, als zwey Ohm, da er doch weit ein mehreres, und wenigstens ein halb Jahr in das andere gerechnet, ein Fuder Wein muß verzapft haben, veracciset, ist also das Aerarium in jedem halben Jahr in circa um 30 fl. (massen wegen Abgang der Ausnahmebücher oder Zettel nichts gewisses kann gesagt werden) und also in einem Jahr um 60 fl. bei dem Wirth Christ zu kurz kommen. —

XXV.

Subadj. sub Num. 2. adj. sub num. 617. commiss. relat. de 2. Sept. 1729.

Extract

aus dem Wirthsbuch Nro. 443. 44. und 45. welche beide Erstere Herr Anton Epstein Vissier aus-
gestellt 1717. den 2ten April, und das letztere durch den Vissier Wezel 1717 den 1ten September
darinnen sowohl das Quantum, so Herr Epstein bekannt gemacht, als auch dasjenige, so der
Vissier Wezel befunden, und was darbei das Aerarium zu Schaden gekommen.

	Fuder	Dhm	Bril.		Fuder	Dhm		fl.	fr.	bl.
1717 Den 2ten April hat Herr Epstein bei Herrn Wilhelm Gottfried Wildner im schwarzen Adler befunden Netto Wein	10	—	18							
1717 Den 1ten September hat der Vissier Wezel besun- den, so abgehen	6	3	10	restirt	2	2	NB. 5 à 5 fl. die Dhm	71	15	—
Ferner den händlichen Nachlaß Drum hat Herr Epstein nur überhaupt verrech- net 2 Dhm 8 Bril. so in seinem Extract sub Num. 444. zu sehen	3 1	3 1	8 3	Item die 4t Maas				21	22	2
1717 Ferner bei Joseph Wilhem Breitenbach im guldenen Stern hat sich befunden laut Nro. 443.	13	2	14					92	37	2
Also Herr Wezel befunden	6	4	10					15	45	—
Ferner per das 1/3tel	6 2	4 1	4 8					76	52	2
Ferner bei den 4ten Pf.	4	2	16	a fl. — — — fl.	134 40	— 12				
Laut Nro. 444. verrechnet Herr Epstein					174 15	12 45	restirt	153	27	—
1717 Johann Hartmann bei der guldenen Lust hat nach Herrn Epsteins seinen Extract Nro. 443.	7	2	16							
Also Wezel befunden	3	3	15							
Ferner pr. dito. 1/3tel	6 2	5 1	1 14	NB. à 5 fl. die Dhm fl.	136 12	45 39	NB. darunter ist die 4te bel. restirt	165	6	—
Also laut Nro. 444. so Herr Epstein berechnet	4	3	7							
1717 Johann Lenz im guldenen Engel hat nach der Auf- nahm Herr Epstein laut Nro. 443. an Wein	19	3	16							
Also Wezel befunden	12	2	10							
Ferner pr. das 1/3tel	7 2	1 2	6 9	NB. à 5 fl. die Dhm fl.	144 43	15 16 1/2				
Bei den 4ten	4	4	17							
Nun hat Herr Epstein laut Nro. 444. demselben Berechnung					187 21	31 1/2 45	restirt	165	46	2
								fl.	566	12

Transport			Fuder	Dhm	Brfl.	Fuder	Dhm	fl.	fr.
1717	Den 2ten April Herr Andreas Pettmann im guld-							566	12
	nen Brunnen nach Herrn Epsteins Aufnahm		1	1	—				
	laut Wegels Aufnahm		—	1	—				
	Ferner ab das 1/3tel		1	—	—				
	Rest		4	Dhm					
	Bei den 4ten Pf. die Dhm								
	Nun hat Herr Epstein verrechnet laut Nro. 444.								
	Den 2ten April hat sich bei Herrn Georg Reinhold								
	im Schwarzen Bock nach Epsteins Extract Nro.								
	443. befunden		17	4	2				
	Den 1ten Septbr. nach Wegels Extract		15	2	—				
	Ab pr. 1/3tel		2	2	2				
	Bei die 4te Pf.		—	4	14				
	Davon geht ab laut Nro. 443.		1	3	8				
	Den 2ten April bei Dietrich Hoffstatt in der Stadt								
	Mainz hat sich nach Epsteins Extract Nro. 443.								
	befunden		12	5	4				
	Also Wegel befunden		3	3	—				
	Ferner das 1/3tel		9	2	4				
	Bei die 4te Pf.		3	—	15				
	Nach dem Extract Nro. 444. hat er nur zahlt								
	Joh. Jakob Braumann hat nach Herrn Epsteins								
	Aufnahm laut Nro. 443. an Wein		16	1	18				
	Nach Herrn Wegels Aufnahm		—	2	10				
	Also pr. 1/3 Nachlaß		15	5	8				
	Bei die 4 Pf.		5	1	16				
	Nach dem Extract Nro. 444. hat er zahlt		10	3	12				
	Den 2ten April hat sich nach der Aufnahme Herrn								
	Epstein laut seines Extracts sub Nro. 443. bei								
	Joh. Joseph Andreas Petsch netto an Wein								
	befunden		23	5	1				
	Also Wegel befunden		14	2	10				
	Ferner ab das 1/3tel		9	2	11				
	Bei die 4 Pf.		3	—	17				
	Nach dem Extract Nro. 444. hat er nur zahlt		6	1	14				

NB.

à 5 fl. fl.

NB.

à 5 fl. die Dhm fl.

NB.

à 5 fl. die Dhm fl.

NB.

à 5 fl. p. Dhm.

NB.

à 5 fl. p. Dhm fl.

A. || 2020 || 45 || —

XXVI.

A u ß z u g

der am 23ten Februar 1717. Num. 189. Act. civium von den burgerlichen Deputirten übergebenen Notaminum.

Notamen ad Num. 3. et 4.

Burgerliche Deputirte haben aus Magistratischer Verzeichnuß der sämtlichen Baum- und Schildwirthe so viel ersehen und wahrgenommen, daß die Taxa ratione des Umgelds sehr ungleich ausgetheilet und billig hierinn mehr auf eines jeden seine Nahrung sollte reflectirt werden. Dann viele Wirthe sind zu hoch, dagegen andere zu geringe angesetzt.

Notamen ad num. 5.

Es hätte E. E. Rath zu specificiren, wie viel ein jeglicher von diesen Schildwirthen in vergangenen drei letzten Jahren eigentlich bezahlt habe, und wie viel, auch welcherge-
stalt die Weine bei denenselben aufgenommen worden, daß kein Unterschleif hierunter vor-
gehe.

Notamen ad Num. 43.

Hierbei ist nur dieses zu erinnern, daß der Burger, so sein eigen Gewächs ver-
zapft, wider das alte Herkommen gar zu hoch beschwert, und hierinn billig eine Mo-
deration zu gebrauchen, weil solches meistens arme Gärtner betrifft. Es ergibt sich auch
aus der Taxa von Spanisch und Corinthen Wein, Malvasir etc. daß
das Umgeld viel leidenschaftlicher und geringer gesetzt, da in contrarium
solche ausländische Weine höher sollten belastet seyn, weil das gelöferte Geld dar-
aus nur aus der Stadt in fremde Land verführet wird.

Mit den Burgunder, und andern Französischen und Italianischen Weinen muß gleich-
falls ein beständiger gewisser Tax, und nicht, wie man desfalls sich mit
dem Verkäufer vergleicht, in futurum gemacht und regulirt werden.

XXVII.

A u s s u g

Der vom Magistrat am 12ten April 1717. Num. 204. Act. Comm. ad
Notamina civium übergebenen Responsionen.

Ad Num. 3. et 4.

Es ist nicht ohne, daß verschiedene Wirthe über die ungleiche Austheilung, und zwar sonderlich über den gülden Löwen-Wirth, welcher wohl dreymahl so viel, als er angesetzt, geben könnte, sich beschwert haben, und wird von dessen Remedur künftig zu reden seyn.

Ad Num. 5.

Bei denen Schilddwirthen, so nicht accordiret, wird der Wein, wie gebräuchlich aufgenommen, und ergeben die Rechenel-Bücher, was in denen letzten drei Jahren eingegangen.

Ad Num. 43.

Von dem eigenen Gewächs wird nicht mehr erhoben, als gebräuchlich, die Spanische, Malvasier und Corinthen Weine haben ihren gewissen Tax. Die Französische Weine aber sind noch nicht lange alhier in usu, und wäre hiernächst zu überlegen, wie es damit zu halten.

XXVIII.

Sechste Kaiserliche Resolution Jovis 22. Novembris 1725.
Frankfurt contra Frankfurt, Commissionis Publicatur Resolutio
Caesarea.

Ihro Kaiserliche Majestät haben Dero gehorsamsten Reichs-Hof-Raths-Gutachten, solchergestalt allergnädigst approbiret, und wollen, daß

- I. Alle Rechnungen durchgehends auf allen Aemtern. anstatt daß dieselbe auf den 1ten May und im Junno, also in ungleichen Terminis, angefangen worden, mit dem Jahr, als primo Januar angehen, und bis ultimo Decembris sich endigen.
- II. Auf dem Rechenen, als der gemeinen Stadt Haupt-Amt, ein Cassa-Buch, Journal- und Hauptbuch, jedes auf seine Art geführt;
- III. Auf der Rechenen sowohl als bei allen übrigen Stadt-Aemtern (anstatt der Schillingen) Gulden, Kreuzer und Pfenninge gesetzt; und

IV. auf dem Recheney-Amt ins künftige folgende Rubriquen,
nemlichen:

Recheney-Amt, als die Rentz-Cammer- und Haupt-Amt, übernimmt nachfolgende Aem-
ter nicht allein, sondern es werden auch von denen übrigen, die Gelder dahin, wochentlich,
eingeliefert und ausbezahlt, wie in beiden Admodiations-Jahren solches üblich gewesen,
als:

Fleisch-Accis-Gelder; Stand-Geldern von den Läden, dito von den Tisch und
Ständer, dito von denen Becker- und Brandwein-Tischen.

Leis-Zoll und Hauszire in Messzeiten.

Markt-Jura und andere Gelder.

Ungeld von denen Baum- und Schild-Wirthen, so accordirt haben.

Coffée-Schenken-Ungeld u. *).

XXIX.

A u s s a g e

aus der am 4ten Julius 1726. publicirten verbesserten Visitations-
Ordnung **) Tit. 4.

U n g e l d e r o d e r Z a p f f - G e b ü h r.

	fl.	tr.	pf.
Diesjenige Wirthe und Weinschenken, so nicht überhaupt ac- cordirt haben, sondern sich Weine aufnehmen lassen, und also in Eyd stehen, bezahlen die achte Maas Ungeld.			
Diesjenige, so die Spanische oder andere süsse und die Französische und andere frembde ausländische Weine auszupfen, und nicht überhaupt accordirt haben, müssen aufnehmen lassen, und das Ungeld bezahlen nach Proportion des Preisses.			
Die sogenannte Höckenwirthe, welche ihr eigen Gewächs verza- pfen und ausschenten, zahlen die achte Maas Ungeld nach Proportion des Preisses.			
Diesjenige, so in Messzeiten speisen und Tisch halten, wenn sie nicht überhaupt accordirt haben, bezahlen gleichfalls die achte Maas.			
Fremde			

*) Müller am angezogenen Ort S. 91. und 98. liefert den übrigen Inhalt ganz.

**) Müller am angezogenen Ort zweite Abtheil. Seite 25. bis 228. liefert diese Visitations-Ordnung mit Beilagen vollständig.

	fl.	fr.	pf.
Fremde so Weine anhero zu ihrem eigenen Trunk bringen, zahlen anstatt der vierten Maas von jedem Viertel . . .	—	15	—
Eine Ohm Aepfelwein und Essig zu verzapfen zahlt . . .	1	—	—

XXX.

Erste Kaiserliche Resolution Jovis 22. Novembris 1725.
Frankfurt contra Frankfurt Commissionis.

E i n s c h l a g e n d e S t e l l e .

Wegen Articuli 26. 32. 33. und 35. wird der Rath denen Kaiserlichen, den Innhalt dieses Burgervertrags-Articuli berührenden Resolutionen genau nachzuleben angewiesen *).

XXXI.

Extractus Protocolli Commissionis, welches mit Zuziehung Magistratischer Deputirten, bürgerlichen Meuner und Deputirten, über die Vollziehung der allerhöchsten Kaiserlichen Resolutionen und verbesserter Visitations-Ordnung gehalten worden.

Actum Frankfurt 18. July 1727.
post prandium.

Ad Art. 26. 32. 33. und 35. .

Wurde von Magistratischen Deputirten um Erläuterung gebeten, ob diese Verordnung in der sub Lit. A. enthaltenen Resolution de 15ten Oct. 1716. begriffen und zu verstehen, mithin die in diesen Sphis enthaltene Gefäll nach dem bisherigen Fuß zu erheben, oder andere Resolution abzuwarten seye.

Bürgerliche Deputirte e contra erinnern, daß in diesen Puncten die Parition und folglich die Verminderung der Imposten noch nicht geschehen.

Resolurum.

*) Müller am angez. Orte Seite 8. bis 15. liefert diese Resolution ganz.

R e s o l u t u m.

Solle hierüber noch Erläuterung ertheilet werden.

Actum Francffurt den 6. Aug. 1727. mane.

Ad Art. 26. 32. 33. und 35.

Die Magistratische Anfrage:

Ob die in diesen Sphis enthaltene Gefälle nach dem bisherigen Fuß zu erheben, oder andere Resolution abzuwarten seye,

betreffend: Wird hiermit zur Resolution ertheilt, daß die Gefäll so lang bis nicht burgerliche Renner aus denen durchgehenden Rechnungen, daß solche moderirt werden können, befunden, auf den bisherigen Fuß zu erheben, im übrigen aber diese Verordnung in der Resolution de 15. Oct. 1716 allschon begriffen seye.

XXXII.

Ad Protocollum Commissionis Caesareae de 18. Jul. nup.

Untertänigste Additional - Anzeige und Bitte der sämtlichen Deputirten in Actis benannt Praes. Wiesentheyd 1. Dec. 1727.

Ad Art. 26. 32. 33. et 35.

Lebet die ganze Burgerschaft des unterthänigsten Vertrauens, daß die von löblichem Magistrat von Zeit des beydhündigen Burger-Vertrags an, einseitig beschehene Erhöhung der Imposten fordersamst wiederum werde cassiret werden, und die Einrichtung nach gedachten Burger-Vertrags an, einseitig beschehene Erhöhung der Imposten fordersamst wiederum werde cassirt werden, und die Einrichtung nach gedachten Burger-Vertrag geschehen, weilen nicht nur Ihro Römisch Kaiserliche Majestät solche eigenmächtige Erhöhung in der am 15ten Oct. 1716. ertheilten allergnädigsten Relation sub A. vor nichtig und widerrechtlich sine distinctione inter praeteritum et futurum declariret, sondern, auch selbe pto der Burger-Gelder bereits dermaßen abgestellt werden, daß anstatt ein Burgers-Sohn während den Commissions-Jahren 7 fl. 42 fr. und vorhero nach Proportion seines Vermögens noch mehr erlegen müssen, derselbe ansezo nach Maasgebung des Burger-Vertrags Art. 31. und Projects neuen Vergleichs mehr nicht als 1 fl. 40 fr. entrichten darf. Wie dann auch gleichmäßige Reduction der Gebühren auf löbl. Salz- und Holz-Amt in Conformitaet des Burgervertrags geschehen und hiergegen nicht verfangen mag, daß solches also von Einem Edlen Magistrat in Project des Vergleichs nach gegeben worden seye, indem solches aus keiner andern Ursach, als weil die Erhöhung dieser Gebühren gegen den Burger-Vertrag einseitig und folglich unndthig von Einem Hochedlen Magistrat vorgenommen war, geschehen, welche Ratio aber auch bei denen in gegenwärtigen Articulis benannten Oneribus und Disputirlich militiret, allermassen deren gleicher Gestalt contra legem fundamentalem et Translationem a Magistratu unternommene Vergrößerung, ipso Jure null und nichtig ist. Gesezt auch, es wäre

wäre dem Publico vortrüglich, die in his Articulis gemelte Auflagen bis zu Tilgung der Stadt-Schulden, und auf das Gutachten der bürgerlichen Männer in statu quo zu lassen, und dieses seye die Meinung der Kaiserlichen allerhöchsten Resolution de 15. Oct. 1716. sub Lit. A. so ist doch hiebei zu beobachten, daß bei dem mit denen Magistratischen Herrn Deputirten pto. partitionis der Kaiserl. allgerädesten Resolutionen seithero gehaltenen gültlich Conferenzen, die gedachte bürgerliche Männer desfalls mit uns laut Extr. Protoc. sub Num. 1. einerlei Meinung führen, allenfalls aber wenigstens soviel gewiß, daß in allerhöchster gedachten Kaiserlichen Resolution von Anno 1716. ohnweglich enthalten seyn können, daß das Occasione des Türckenkriegs eingeführt und nach dessen Endigung vom Magistrat wieder aufzuheben versprochen, aber dessen ungeachtet bis zur Zeit der Commission continuirte Biergeld à 40 et respective 20 kr. nach solchen Fuß noch immer erhoben werden könne, indeme sonst die hohe politische sowohl als Rechnungs-Commission in denen langhernach, nemlich am 18ten März 1717. 10. Oct. 1721. und 9ten Febr. 1726. ergangenen höchst respectirlichen Commissions-Decretis und Verordnungen, welche wir in unserer am 17ten Aug. nup. übergebenen unterthänigsten höchstgemüthigten Vorstellung, worauf wir uns nochmalen beziehen, bereits angezogen und beigelegt, diese Bier-Accise nicht zu einer erst annoch zu erwartenden Kaiserlichen allerhöchsten Decision ausgestellt haben würde; welchen nach eine hohe Commission unterthänigst von uns gebeten wird, in Dero abzulassenden Bericht, die Sache dahin gnädigst einzuleiten, damit die Bürgerschaft die Früchte des wiederhergestellten Burgervertrags dereinsten genießen, insonderheit aber das, demselben diametraliter zuwider eingeführten Biergelds ratione praeteriti et futuri überhoben bleiben, mithin den Hauptzweck, warum sie so lange Jahr kostbaren, auch vor sie wirklich ausgefallenen Prozeß geführt, endlich erhalten möge; Sollten auch die bürgerliche Männer vorherd erwan andere Sentiments geführt, und einer hohen Commission eröffnet, auch damit Dero letzteres Decretum, wegen Bezahlung des Bier-Accises à 40 und respective 20 kr., wie aus allen Umständen erscheint, befördert haben; So hätten sie doch damit einer ganzen löblichen Bürgerschaft, und Dero so viele Jahre her bei hoher Commission angeführten principiis nicht praejudiciren können, im massen sie nach klarer Maßgebung der Kaiserlichen allerhöchsten Resolution vom 15. Oct. 1716. sub Lit. A. und ihren Pflichten keine dergleichen Gutachten, ohne vorherd der Bürgerschaft die Nothwendigkeit solcher Imposition berichtet zu haben, zu Beschwerung gedachter Bürgerschaft zu ertheilen berechtigt sind, in substrato aber solche Nothwendigkeit vor Erstattung gedachten Gutachtens, so uns niemals communiciret worden, nicht nur nicht eröffnet, sondern auch als wir nachgehends über die in der Anlag No. 2. bemeldte klare und deutliche Umstände eine positive Erklärung nomine der Bürgerschaft an sie verlanger, zwar in ihrer Antwort sub Nro. 3. welche wir jedoch weiter nicht, als in passibus utilibus annehmen, ad ptum. 2. et 3. disseltige Angeben, daß solches Biergeld in vorigen Zeiten dem Aerario nicht zu Nutzen gekommen, und seit solches cessiret, gedachtes Aerarium viel besser, als vorherd gestanden, und zu Bestreitung der gemeinen Stadt-Ausgaben

zulänglicher gewesen seye, vor Wahrheiten erkannt, gleichwohl aber dasjenige, was hieraus unstrittig folget, daß solchemnach keine Nothwendigkeit seye, welches in dem Bürgervertrage nicht gegründete Biergeld aufs neue einzuführen deutlich nicht melden, sondern sich mit höchstgedachtem Deere to, welches gleichwohl auf ihren ungleichen und übereilten Bericht eliciret worden, schlechterdings beziehen wollen.

XXXIII.

Accum 12. Januar 1728.

Magistratus Deputati tießen sich gleich bei voriger Session allbereits geschehen, also auch bei gegenwärtiger Zusammenkunft angelegen seyn burgerlichen Herrn Meunern und Deputirten den Unterschied zwischen dem Malzgeld, Mahlzeit, und Biergeld, oder Bier- Accis, welche bis dahero von vielen und sonderlich denen Bierbrauern in ihren Schriften sehr confundiret worden, deutlich und klar zu machen, und ihnen ex Actis zu zeigen, was maßen ersichtlich das Malzgeld vor hundert und mehr Jahren und allschen in Annis 1593. et 94. nichts anders gewesen, als die ehemaligen von den Bierbrauern bei ihrem Eid zu bezahlen schuldig gewesenenen 4te Maas, welche endlich auf ihr vielfältiges Suppliciren zu Geld und auf den Sack Malz geschlagen worden. Es seye aber wegen dießes Malzgeldes, oder anstatt der 4ten Maß gesetzten Umgeldes vom Bier, so man ehemaligen auf der Rechenet entrichtet, verschiedentlich, nachdem nemlichen viel oder weniger Sämmern Malz in den Sack gethan worden, und zwar anfänglich 1 fl. 2 β. dann acht Kopfstück wiederum 9 Kopfstück und endlich 1617. da die Bezahlung dieser Gelder auf die Rente verwiesen, 2 fl. worunter jedoch die 2 β. Mahlzeit stecken gezahlt worden, welche dann noch bis diese Stunde continuiren.

XXXIV.

Veneris 27. August 1728.

Frankfurt contra Frankfurt in specie das Bierbrauerhandwerk in Frankfurt contra Bürgermeister und Rath, wie auch die burgerliche Meuner cc. cc.

Cum inclusione Exhibiti sub prsto 20ten May 1728. rescribatur dem Kaiserlichen Commissario zu Frankfurt: Es wäre aus demselben des Mehreren zu erschen, warum das klagende Bierbrauerhandwerk, sich durch das sub Num 1. beigelegte Raths-Conclusum vom 29ten July verwichenen Jahres, de novo sehr beschweret crachtet, daß nemlich ein jeder Bierbrauer den Bier-Accis mit 40 fr. ein anderer Burger aber mit 20 fr. entrichten, sodann ratione praeteriti des fernern Verfolgs gewärtig seyn solle. Wann nun dieser Punkt nebst denen Contraventionen des 26. 32. und 33. Artikuls

des Burgervertrags, bei der Kaiserlichen politischen Commission allbereits discutiret, und dergestalt beschaffen zu seyn befunden worden, daß selbiger der Disposition des Articuli 35. des Burgervertrags zuwider laufe, und gar mit gutem Grund angeführet, daß die Burgerschaft ratione quanti ein jus quaestitum erlangt, und wann je hierunter eine Veränderung zu treffen nöthig, daß eine Ergrößerung der verglichenen Auflagen, darunter die willkührliche Anmassung der Erhöhung des Maß Geldes zu rechnen, vorgenommen werden müsse, solche Veränderung jedoch, ohne der Burgerschaft Wissen und Mitbelieben, nicht geschehen solle, wie dann auch aus dem beigelegten Raths-Protocoll wahrzunehmen, daß unter wärendender Kaiserlicher politischen Commission dieser Bier, Accis respective von 40 und 20 fr. nicht in usu gewesen, und in erwehntem Vergleich nicht gegründet, auch sonst darvon dem Aerario gar wenig zum Guten gediehen, sonderu meistens ad privatos usus verwendet worden, und überdies der Umstand, ob wäre um dieses Uingelds Willen die Burgerschaft von einander separirt und in vier Theil gesetzt, eine besondere unbillige Ungleichheit auf sich zu tragen andeutet, Ihro Kaiserliche Majestät allgeredteste Willens-Meinung aber satfam bekannt, daß gegen gemeldten Burger-Vertrag, als ein unverbrüchliches immerwährendes Fundamental-Gesetz, die Burgerschaft mit neuen demselben widrigen Oneribus, ohne ausdrückl. special Kaiserliche Resolution, nicht beschweret, und zu neuen Weiterungen und Mißverständnissen Anlaß gegeben werden, sondern daß vielmehr ein jeder Burger, vermittelst starker Beobachtung solches Vertrags und darauf publicirten Kaiserlichen Resolutionen, in Friede, bei häuslichen Ehren und Wesen, bleiben, und sich samt den Seinigen redlich zu ernähren, Mittel übrig haben möge. Als hätte obgedachter Dero Herr Commissarius zwischen dem Rath und burgerlichen Deputirten mit Zuziehung der burgerlichen Meiner, über diese Sache nothdürftiges Gehör vorzunehmen, und allen Fleiß anzuwenden, damit diese Beschwerde gütlich abgethan, und aller neuer Streit, zu Erhaltung guten Vernehmens und gemeiner Ruhe, verhüthet werden möge, wo aber, über Verhoffen, dieses gute Absehen nicht zu erreichen stünde, zwar seinen Bericht, und nach dem ostantgezogenen Burgervertrag, auch Erwehung derer von burgerlichen Deputirten, in berührtem Protocollo enthaltenen, und etwa ferners in der Untersuchung fürzubringenden, zur Erläuterung der Sache dienlichen Bewegnüssen, einzurichtenden Ihm gewöhnlichen standhaften Gutachten an allerhöchstgedacht Ihro Kaiserliche Majestät förderfamst einzuschicken, immittelst aber, bis die Kaiserliche Decisiv-Verordnung ergangen, die Execucion angeregter vor der Kaiserlichen politischen Commission bemeldtermassen schon anhängig gewesen und Secundum Regulam Pacti vor ungegründet befundenen eigenmächtig erhöhten Bier-Imposten, oder den Gezwang durch die Verweigerung der Herausgebung derer Maß-Zetteln, keinesweges zu gestatten.

XXXV.

A u ß u g

aus der am 9ten August 1729. erstatteten und am 2. Sept. 1729.
präsentirten Commissarischen Relation.

Ad Art. 26: 32. 33. et 35. des Bürger-Vertrags.

Es hat Magistratus teste Prot. B. ad hos Articulos, welche de caetero auf sich selbst beruhen, um Erläuterung gebeten:

Ob diese Verordnung in der gegenwärtigen Resolutione una sub Lit. A. wiederholte- und annectirten Kaiserlichen Resolution de 15. Oct. 1716. begriffen und zu verstehen, mithin die in diesen § phi s enthaltene Gefäll nach dem bisherigen Fuß zu erheben, oder andere Resolution abzuwarten seye?

Nun hätte ich vor allem wünschen mögen, daß diese § phi hätten zur Execution gebracht, mithin auch die Bürgerschaft mittelst reducierung der Accisen und Gefälle soulagirt werden können. Nachdem aber bürgerliche Reuner pflichtmäßig berichtet, daß noch zur Zeit und bis dasiges gemeine Wesen nicht ziemlichmaßen in seiner Schuldenlast befreiet, die Accise nicht gemindert werden könnten, und anbei in Adj. A. A. in specie den Vier-Accis betreffend die reflectionswürdige Meinung führen, daß dieser und übrige Accisen aus eben dergleichen wohlgegründeten politischen Ursachen; wie an allen andern Orten, also auch in dasiger Stadt um deswillen auf Victualien gesetzt zu werden, pflegten damit die Einwohner nicht allein, sondern so viele 1000 besonders in Meßzeiten dahinkommende und durchgehende, auch in Frankfurt wohnende Standspersonen, Handwercksgesellen und Dienstgehind, wovon das Publicum sonst das geringste nicht ziehet, die allgemeine Stadtlasten mittragen und hierdurch mitzahlen helfen, zu geschweigen, daß wann die auf die Victualien, als Fleisch, Mehl, Wein und Bier geschlagene Imposten aufgehoben, und auf den alten Fuß reducirt werden sollten dem Aerario jährlichen über 1750 fl. weniger einkommen, mithin außer Stand gesetzet würde, in vielen Jahren sich des großen Lasts zu entbürden; So habe ich in Betrachtung dieser erheblichen Umstände und sonderheitlich das in angezogener resolutione caes. de 15. Oct. 1716. die wirkliche Cassirung dieser Imposten nicht befohlen, auf die Magistratische Anfrag die eventuale Erklärung dahin ertheilet, daß die Gefäll so lang, bis nicht bürgerliche Reuner aus den durchgehenden Rechnungen, daß solche moderirt werden können, befunden, auf den bisherigen Fuß zu erheben, und diese Verordnung in der Resol. de 15 Oct. 1716. alschon begriffen seyn, wie das Protocol Lit. B. in fine des Mehreren zeigt.

Ob nun wohl bürgerliche Deputirte in ihrer Additional-Anzeige Lit. C. auf der Abstellung dieser Imposten darum bestehen, weil derselben Erhöhung contra leges fundamentales von dem Rath einseitig und consequenter nulliter geschehen, so finde ich jedoch die

Um.

Umstände dasigen gemeinen Wesens nicht so beschaffen, daß der Bürgerschaft sowohl obangeführter Ursachen halben, als auch der noch auf der Bürgerschaft lastenden zu diesem Prozeß aufgenommenen, oder sonst vorgeschossenen großen Schulden, auch jährliche Salarien der Gegenschreiber noch zur Zeit darinnen gratificirt werden könne, sondern wäre der ohnmaßgeblichsten allerunterthänigsten Meinung, daß so lang die bürgerliche Meiner nicht aus den Rechnungen die Möglichkeit, daß solche Anlagen pro parte vel in totum auf den alten Fuß reducirt werden können, ersähen, dieselbe nach dem bisherigen erhöhten Fuß erhoben werden sollten; Zumahl die Bürgerschaft in ihren Monitis über das Project neuen Vergleichs ad Lit. D. ad §. 16. sich selbst dahin erklärt, daß sie nach Erfordernuß der Ausgaben die Erhöhung des Wahl- und Ungelds nicht widerspreche, und nur darauf haftet, daß Magistratus solche vor sich allein und ohne Vorbewußt der Bürgerschaft auctoritate propria zu thun nicht befugt seye, welchem bereits durch die allerhöchste Kaiserliche Resolution de 15. Oct. schon decisive abgeholfen ist.

XXXVI.

Subadj. sub Num. 3. ad adj. sub num. 168. Commiss. relat. de
2ten Septbr. 1729.

B e r z e i c h n i ß

der sämtlichen allhiefigen Baumwirthen, und wie viel ein jeder des
Jahres Ungeld nach dem mit ihnen gemachten Accord auf löblichen
Recheney-Kante erlegen soll.

	A.	fl.	fr.
Johann Mathäus Adami	100	—
Georg Vinzenz Assum	120	—
Johann Anselm Ables	90	—
	B.		
Johann Wilhelm Bochleuter	130	—
Johann Michael Beneké	45	—
Dietrich Busch	80	—
Johann Jakob Brendel	75	—
	C.		
	D.		
	E.		
Franz Ehinger	100	—
Johann Peter Etel	60	—
	Johann		

Johann Jakob Eckenmeyer treibt die Wirthschaft noch nicht.

F.

Johann Paul Fröhlich	45	—
Friedrich Heinrich Friß seel. Wittib	100	—
Christian Fink	100	—
Carl Fildt	90	—
Johann Gregori Freidthof	80	—
Johannes Fay	50	—
Johann Hieronymus Feuerbach seel. Wittwe	50	—

G.

Johann Grief. G. W.	50	—
Johann Augustin Graumann	124	40
Balthasar Gebhard	100	—

H.

Sebastian Henning	70	—
Johann Philipp Häuser	75	—
Hector Wilhelm Hintermann	60	—
Johann Jakob Hart	66	—
Nicolaus Heusser	80	—
Johann Thomas Hangemantel	80	—
Nicolaus Heinrich Hoppe	72	—
Antoni Hegerer	45	—

I.

Johann Georg Jymann	30	—
-------------------------------	----	---

K.

Johannes Kect	100	—
Abraham Kigel	70	—
Henrich Keller	80	—
Johann Conrad Klent	80	—
Nikolaus Krafz	90	—
Valentin Kindschuh	80	—
Johann Hieronymus Kern	75	—

L.										fl.	fr.
Johann Heinrich Link	E.	W.	75	—
Johann Thomas Löfler	60	—
Nikolaus Gottfried Lang	80	—
Jakob Leschhorn	75	—
M.											
Johann Adam Michel	75	—
Johann Jakob Müntlin	75	—
Johann Georg Maul	75	—
Georg Heinrich Meyer	90	—
Christophorus Münch	100	—
N.											
Philipp Wilhelm Nublin	100	—
Georg Nieß	75	—
Johann Philipp Nestel treibt die Wirthschaft noch nicht.											
O.											
Johann Georg Och	70	—
P.											
Johann Pistor	60	—
Georg Heinrich Paussen	79	8
Paul Püschel	60	—
Johann Pulver treibt die Wirthschaft noch nicht.											
Q.											
R.											
Johann Paul Ruppel	E.	W.	80	—
Georg Rheinhold	50	—
Ludwig Peter Renfer	70	—
Philipp Jakob Rosenbach	110	—
Georg Philipp Reiz	80	—
Georg Reißig	65	—
Henrich Ludwig Ruppel	100	—
S.											
Johann Christoph Seystied	70	—
Johann Andreas Schadt	100	—

	fl.	fr.
Johann Emrich Sauer	100	—
Johann Philipp Saugling	84	—
Johannes Schieber	90	—
Johann Peter Strumpf	80	—
Balthasar Steffer	60	—
Johann Georg Schäfer	60	—
Georg Schlicht	50	—
Johann Balthasar Steffen	60	—
Christian Gottlieb Schmidt	70	—
T.		
U.		
Henrich Caspar Vogler	50	—
Johann Henrich Walz	60	—
W.		
Johann Valentin Wegel	120	—
Jacob Wolf	80	—
Johann Andreas Weiz	101	44
Johann Michael Wagemann	80	—
Philipp Nikolaus Wolf	124	40
Andreas Wagner	90	—
Johann Michael Wöhrapp	80	—
Conrad Dietrich Witter	80	—
X.		
Y.		
Z.		

XXXVII.

Subadj. sub Num. 4. adj. sub n. 168. Commiss. relat. de
2. Sept. 1729.

B e r z e i c h n i ß

derjenigen Schildwirthen so mit löblicher Rechenen wegen des jährlich
zu erlegen habenden Ungelds accordirt haben.

	fl.	fr.
Johann Heinrich Gebel das Jahr	40	—
Johann Nikolaus Köß	40	—
Johann Peter Denet.	20	—
Johann Georg See	60	—
Friedrich Garte	80	—
Jakob Friedrich Günther	50	—
Jakob Schneider	32	—
Johann Jost. Hollmann	15	—
Johann Finger	36	—
Johann Matthäus Menberger	18	—
Johann Georg Schneider	60	—
Christian Schlicht	18	—
Balthasar Freidhof	34	—
Johann Caspar Müller	25	—
Johann Balthasar Arnold	24	—
Andreas Röschel	48	—
Martin Schmidt	40	—
Jakob Deuschel	100	—
Georg Philipp Denemann	15	—
Johann Martin Hartmann	150	—
Johann Philipp Böbler	50	—
Johann Philipp Junf	60	—
Carl Hoppe	90	—
Johann Thomas Herzog	16	—
Valentin Rindschub	30	—
Johann Caspar Emmeler	30	—

Johann

	fl.	fr.
Johann Caspar Demer	20	—
Johann Daniel Roth	40	—
Johannes Scherpp	70	—
Andreas Ruh	20	—
Johann Bernhard List	100	—
Johann Georg Heilmann	18	—
Johann Kieffer	40	—
Johann Jakob Spieß	30	—
Johann Jakob Heisters Wittib	90	—
David Schund	30	—
Johann Caspar Sattlers W.	130	—
	fl.	1769
Ferner zu zahlen:		
Triebstorn in Kläfferischen Hof, wegen der Kostgänger	48	—
Philipp Nikolaus Wolf, wegen Herbergen	15	—

XXXVIII.

Sabadj. sub Num. 5. ad adj. sub num. 168. Commiss. relat. de
2ten Septbr. 1729.

B e r z e i c h n i s s

derjenigen Schildwirthen, bei denen der Wein aufgenommen wird, und
man also nichts gewisses auswerfen kann, indem es ein Jahr mehr als
das andere erträgt auch etliche zu Zeiten gar keine Weine haben,
und also nichts geben.

Johann Jakob Günther, im rothen Haus.

Johann Jakob Christ im Dammberg.

Johann Thomas Bolan Wittib im grünen Baum.

Melchior Gottfried Wildner im schwarzen Adler.

Johann Wilhelm Breidenbach im guldnen Stern.

Johann Hartmann Wähe in der guldnen Luft.

Johannes Lenz im guldnen Engel.

Johannes Bayer in der guldnen Gans.

Johann Adam Fleißer in der Stadt Cassel.

Dietrich Stein im grossen rothen Hirsch.
 Georg Reinhold im schwarzen Bock.
 Johann Dietrich Hofstatt in der Stadt Mainz.
 Johann Jakob Braumann im alten Weisen.
 Johann Andreas Persch im Rebstock.
 Johann Leonhardt Wagner in den drey schwedischen Cronen.
 Johann Adolph Jfings Wittib im Löb in der Fischergasse.
 Johann Adam Diehl im grossen Elephanten.
 Friedrich August Spremer im alten Schwaben.
 Johann Peter Pettmann im Unterhorn.
 Johann Ludwig Stein in der Blum.
 Johann Balthasar Freidhof Wittib im Tannenbaum.
 Franz Krug im Paradies.
 Johann Rietzsch im Dieber.

XXXIX.

Nr. 10.

Ad Relationem Commissarii de dato 29. Oct. et praes. 14. Nov. 1730.
 in Sachen Franckfurt contra Franckfurt Commissionis in specie der
 Gärtner und Fischer zu Sachsenhausen Gravamina betr.

D e c r e t u m.

Ihn Magistrat und das Gärtner-Handwerk.
 Das Gravamen der letztern in pro. der 8ten
 Maas von verzapften Eigengewächs betreff.
 den 28ten Jan. 1730.

Nachdem eine Kaiserliche hohe Commis-
 sion anheuch das bei Untersuchung der ver-
 burgerten Gärtern eingebrachten Gravami-
 nis unterm 16. 19. und 26. Novembris
 nuperi auf dem Römer geführte Protocoll
 cum Adjunctis nebst denen von dem Rath
 und Anwalten der verburgerten Gärtern
 eingekommene schriftliche Recessus sub Psris
 5to und 17to Xbr. a. p. das Umbgeld
 der 8ten Maas von verzapften Eigen Gewächs
 betr. in gründliche Erwägung gezogen und
 befunden, daß der Rath aus denen ange-
 führten triftig und unumstößlichen Beweis-
 Gründen das Umbgeld von Eigengewächs, so
 verzapfet wird, indistincte von daffiger Bur-
 gerschaft zu erheben befugt, solches auch so-
 wohl vor als nach dem Burgervertrag bis
 nach publicirten allerhöchsten Kaiserlichen Re-

Resolutionibus sowohl von denen verburgerten Gärtnern, als andern Bürgern wegen vielen dabei untergeloffenen Unterschleiffen auf die 4te Maas erheben, Nun aber in Conformitaet des Bürger-Vertrags auf die 8te Maas moderirer und gesetzet habe, folglich der verburgerten Gärtnern Gravamen, als ob dieses Umbgeld eine neuerliche dem Bürger-Vertrag zuwiderlaufende Anlag seye, allerdings ohngearündet, so fore sie, Gärtner, sothanes moderirte Umbgeld der 8ten Maas ohnweigerlich zu entrichten, und ihre Wein, daferne sie solche verzapfen wollen, zu Abschneidung aller verantwortlichen Unterschleiffen insgesamt durch die Visirer aufnehmen zu lassen, umb damehr schuldig seye, als ohne dem durch des Magistrats sub pto 5. Decembris gethanes schriftliches Erbietzen, daß ihnen Gärtnern von denen verzapften eigen Gewächß bei der Abrechnung alzeit $\frac{1}{2}$ tel für ihre Haus-Consumtion und Abgang zu guth gerechnet werden solle, wobei es auch von Kaiserlicher Commissionswegen gelassen wird, ihnen auch eine große Milderung angedeihet, und darmit ohn deme sonst liquido schuldigen Umbgeld ein Drittel nachgesehen wird; Als wird ein solches von Kaiserlicher Commissionswegen sowohl dem Magistrat als denen verburgerten Gärtnern hiermit resolutionis loco fund gemacht und letztere zu williger Entrichtung gedachten Umbgelds der 8ten Maas und ohnverweigerlichen Aufnahm ihrer Weine zugleich angewiesen. Decretum Wiesenkeyth den 28ten Jan. 1730.

XL.

A u s s u g

aus der Commissarischen Relation de dato 29. Oct. et praes.
14. Nov. 1730.

Es hat der Magistrat in seinem unterm 19. Nov. ad Prot. gegebenen mündlichen Rezeß, dabei producirten Stadt-Büchern und Dokumenten, wovon Abschriften sub Nris. 3. 4. 5. 6. et 7. beigeleget, nicht allein dargethan, daß dieses Umgeld der 4ten modo der 8ten Maas von dem verzäpfenden eigen Gewächs ein in den Kaiserlichen Privilegien, Kraft deren der Rath das Umgelt indistincte zu erheben berechtiget, express und bestens begründete Auf-
lag seye, auch vor dem Burger-Vertrag ohnwidersprechlich erhoben; von der vor hundert Jahren allda gewesenenen Kaiserlichen Commission aber, als die Zünften gegen dieses Umgelt der vierten Maas nach Inhalt Adjuncti Num. 4. sowohl wegen denen Weinschen-
cken derjenigen Burgeren, so in Meß-Zeiten Fremde speisen, und wegen der Gasthalter, als auch in specie wegen denen, so ihr eigen Gewächs verzäpfen, Klage geführt, in § pho 26. des Burger-Vertrags auf die achte Maas generaliter bis zu
besseren Zeiten cum expressa Clausula salvatoria privilegiorum moderirt, und von da an bis zur Zeit der sich erhobenen schweren Türken- und Fran-
zösischen Kriegen auf diesen moderirten Fuß, zu diesen Zeiten aber, und bis nach den publicirten Kaiserlichen allerhöchsten Resolutionen wieder auf den alten Fuß der
vierten Maas erhoben, anjehs aber wieder auf die achte Maas reducirt worden seye, sondern auch wegen denen übrigen von denen Gärtnern specificirten, auf denen Gütern
haftenden Beschwerden so deutliche Erläuterung gegeben, daß mit Bestand das geringste nicht dargegen einzuwenden ware, wie angezogenes Protokoll de 19ten Novemb. mit mehrerem
weißet.

XLI.

A u s s u g

aus der Commissarischen Final-Relation sub Dato 19. Dec. 1731.
et praes. 7. Jan. 1732.

Ad Art. 26. 32. 33. et 35. des Burger-Vertrags.

Ist der Magistrat vermög darüber ergangenen allerhöchsten Resolution dahin angewiesen, daß er denen Kaiserlichen, den Inhalt dieses Burger-Vertrags berührenden Resolutionen genau nachleben solle.

Diese

Diese sämtliche Articuli betreffen die von dem Magistrat einseitig erhöhte Imposten, welche, weil die zwischen Rath und Burgerschaft von der politischen Commission zum Vergleich vorgeschlagenen Mittel nichts versangen wollten, vermöge projects neuen Vergleichs Spho Sechszendens der Kaiserlichen allergnädigsten Verordnung überlassen worden. Da nun obige Kaiserliche Resolution sich diesfalls auf vorgehende Resolutiones Caesareas referiret, und der Rath besage des Num. 505. beiegehendem Meinem allergehorsamsten Vorbericht sub Lit. B. annectirten bei gemeinsamer Untersuchung geführten Protocolli hoc loco die Antrag gethan, ob die Kaiserliche Resolution, worauf gegenwärtige sich referiret von der Anno 1716. am 15ten Oct. ergangenen, zu verstehen, mithin die in dießen Sphis enthaltene Gefäll nach dem bisherigen Fuß fernerfort zu erheben, oder andere Resolution abzuwarten seye? Burgerschaft hingegen nicht allein besage obgemeldten Protocolli, sondern auch in ihrer darüber nachgegebener sub Lit. C. schon annectirten den Nrum Actor. 576. ausmachenden Additional-Anzeige, sondern auch in ihrem weitem Exhibito Nro. 910. bei der obgemeldten Kaiserlichen Resolution de 15. Oct. 1716. auf der Reducirung der Imposten bestanden; Ich aber hierüber und was die Verminderung deren Imposten in genere betrifft nicht allein in ofmentionirtem meinem allerunterthänigsten Vorbericht die Unmöglichkeit dessen mit beigefügten meinem ohumaßgeblichsten Gutachten allergehorsamst ausgeführet, sondern auch über das ex articulo 26. et 35. des Burgervertrags hergesuchte Gravamen speciale des Bierbrauer-Handwerks und mir darüber unterm 27. Aug. 1728. zugekommenen Kaiserlichen allerhöchst zu ehrenden Special-Befehl meinen allerunterthänigsten Bericht den Nrum. Actor. 1247. ausmachend, unterm 3. Aug. verfloßenen 1730ger Jahres mit Beilegung sämtlicher Actorum erstatter, und nicht weniger auch über das sich bei der Kaiserlichen Commission geäußerte, aus den Art. 26. et 32. entsprungene Gravamen speciale der verbiürgerten Gärtner zu Sachsenhausen das Ungeld vom verzapfenden eigenen Gewächs und Aufnahm der Weinen betreffend, meine allerunterthänigste Relation besonders unterm 29. Oct. 1730. den Nrum Actor. 1330. ausmachend allergehorsamst eingeschicket habe; Als will ich dahin sowohl die erhöhte Imposten in genere, als die letztere beide Gravamina in specie betreffend, des mehreren gegenwärtig bezogen, und nur dahier die zu dieser Materie gehörige mit der Commissions-Relation ad Gravamen des Bierbrauerhandwerks bereits eingeschickte Numeros Actor. wiederhollet haben; Als Nrum 236. 237. 277. 279. 489. 490. 519. 542. 581. 582. 589. 624. 625. 761. 845. 846. 847. Ad Nrum 847. 848. 850. 851. 852. 908. 909; dann die Relation selbstn sub Nro 1227. samt denen bei der besondern Untersuchung ad No. 1. usque 31. incl. vorgekommene der Relation beigelegten und mit selbiger den Nrum Actor. 1247. ausmachenden Adjunctorum.

XLII.

Veneris 14. Martii 1732.
Frankfurt contra Frankfurt Commission
Publicatur Resolutio Caesarea.

Ihre Kaiserliche Majestät haben über dasjenige, was wegen deren bereits am 22ten November 1725. ergangenen neun Kaiserlichen Resolutionen und dahin gehöriger Puncten, sowohl an Seiten der Bürgerschaft in der Kaiserlichen und des heiligen Römischen Reichs Stadt Frankfurt, als auch Bürgermeister und Rath daselbst, bis anhero eingekommen, und an allerhöchstdieselben, von Kaiserlicher Commission, des halben allerunterthänigst berichtet, auch von Dero gehorsamsten Reichshofrath, gutachtlich vorgestellt worden ist, folgende allergnädigste Resolutiones ertheilt, als nemlichen *zc.*

E i n s c h l a g e n d e S t e l l e.

Ad §§. 26. 27. 32. und 33.

In specie die erhöhere Gefälle und Accisen, item den Mayn Wassum betreffend:

Da befinden Ihre Kaiserliche Majestät allergnädigst;

1mo. Daß die erhöhere Gefäll, so lang bis Magistratus und die bürgerliche Reumer, aus denen Rechnungen befinden werden, daß die Erhöhung ohne Schaden der Stadt entweder moderiret, oder gar aufgehoben werden könne, auf den bisherigen Fuß fortzuerheben seyen.

2do. Wegen der Differenz zwischen der Bürgerschaft und denen Bierbrauern in puncto des Malz- und Mahlgeldes, werden Ihre Kaiserliche Majestät Dero weitere allergnädigste Resolution ertheilen; immittelst und bis dahin, solle es bei bisheriger Abgab belassen werden.

3tio. Beruhet der Punct wegen des Main- Wassums auf sich, und hierin bestehet dasjenige, so Ihre Kaiserliche Majestät ad Resl. Imam de Anno 1725. anderweit allergnädigst resolviret haben *zc.* *).

XLIII.

*) Müller am angezeg. Ort. dritte Abth. Seite 8. bis 19. liefert diese Kaiserliche Resolution vollständig.

XLIII.

Obwohl Wir, Bürgermeister und Rath dieser des heiligen Reichs Freyen Stadt Frankfurt, Uns zuversichtlich versehen, es würde der unterm 10ten Januarius 1693. ergangenen im Jahr 1763. renovirten und durch den Druck publicirten Verordnung, wegen der Baumwirthen oder Weinschenken, in allen Stücken nachgelebet werden: So hat sich doch, zu Unserem gerechtesten Mißfallen, in verschiedenen Punkten das Gegentheil, und insonderheit in Ansehung des Umgeldes, so viel geäußert, daß einige Schild- und Baumwirth mit dem ihnen, anstatt der achten Maas, von löblichen Rechenen, Amt, der Billigkeit gemäß angesetzten Quanto keinesweges zu frieden gewesen, sondern vielmehr dagegen allerlei obuerhebliche Einwendungen gemacht haben.

Damit nun aber einerseits diesen ungegründeten Beschwerden abgeholfen, anderntheils aber auch dieser gegen andere Zeiten um ein beträchtliches verringerte Theil hiesiger Stadt-Gefällen nicht in noch stärkere Abnahme gerathen möge; Als ordnen und setzen Wir; daß alle und jede Schild- und Baumwirth, welche sich mit löbl. Rechenen-Amt nicht abgefunden haben, noch allenfalls in Zeit von vierzehn Tagen sich annoch nicht abfinden werden, fortan durch löbl. Rechenamt zu Entrichtung der achten Maasgebühr anzuhalten seyen. Zu welchem Ende solche Schild- und Baumwirth auf nur gedachtem Rechenamt auf ihre obhabende burgerliche Pflichten anzugeloben haben, keinen Wein, es seye in grossen oder kleinen Fässern, zu verzapfen, bevor solche Fässer durch die Visirer, der Ordnung gemäß visirt, und aufgenommen worden, wo sie demnächst von dem daraus verzapften, nach Abzug des Füll und zu ihrer eigenen Consumption erforderlichen Weines, die achte Maas ohnweigerlich zu entrichten haben, und ergeht zugleich, zu Verhütung alles Unterschleifs an sämtliche Bender, Schröder, Einzler, Schiebfärger, und alle andere mit dergleichen Verrichtungen umgehende Personen, die ernstliche Warnung, bei willkührlicher nachdrücklicher Strafe, wie es obnehin die Ordnung mit sich bringet, keine Fässer mit Wein, sie seyen groß oder klein in oder aus einem Keller zu thun, oder von einem Ort an den andern zu führen, es seye dann zuvor auf löbl. Rechenamt davon die Ordnungsmässige Anzeige geschehen, und der das zu erforderliche Erlaubniß-Schein auszufertiget worden.

Vornach sich jeder, den es angehet, zu achten und vor Schaden zu hüten wissen wird.

Conclusum in Senatu
den 16ten Decembris 1773.

XLIV.

Wir Burgermeister und Rath dieser des Heil. Reichs-Stadt Frankfurt am Mayn fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die drückende Schuldenlast, welche durch den nun geendigten Krieg auf das hiesige gemeine Wesen gewälzt worden ist, und die Nothwendigkeit herbeigeführt hat, außer den vorhin schon bestandenen gesetzmässigen Auflagen, noch besondere jährliche Vermögens-Beiträge erheben zu lassen, Unsere verdoppelte Aufmerksamkeit erheischt, daß vorzüglich alle ordentlichen herkömmlichen Stadt-Gefälle vollständig und genau erhoben und die dabey etwa eingerissenen Gebrechen und Schwächerungen derselben abgestellt werden mögen, hierunter aber das Umgeld von denen alhier und auf den hiesigen Dorfschaften verzapft werdenden sowohl deutschen als fremden Weinen, welches durch den Art. 26. des Bürger-Vertrags, die Aemter-Visitations-Ordnung und die von Kaiserl. Majestät bestätigte Taxrolle des Renten-Amtes, mithin durch die heiligsten hiesigen Stadtverfassungs-Gesetze auf die 8te Maas festgesetzt ist, aus Anlaß der den Gastwirthen und Weinschenken bisher nachgesehenen Abfindung mittelst einer wüthpörlischen Aversionssumme, allmählig in seinem jährlichen Ertrage sehr herabgesunken ist; So können Wir keinen längern Umgang nehmen, hinfüro auf die genaue Erhebung des bemeldeten Umgeldes mit der gesetzmässigen 8ten Maas zurückzugehen, und Unserm Rechenei- und respective Renten-Amte, durch nachfolgendes, den gemessenen Auftrag hiezu zu erteilen.

Wir verordnen nemlich und wollen, daß

1. Jdie bisher mit denen hiesigen Gast, oder Schild- wie auch Baum-Wirthen oder Weinschenken, desgleichen denen, so fremde Weine Bouteillenweise zu verkaufen die Erlaubniß haben, bestandene Accorde, wodurch sich dieselbe mittelst Bezahlung einer gewissen Aversionssumme von der Angabe und Verumgeldung ihres verzapften Weines befreyet haben, von nun an aufgehoben, mithin hinfüro, und zwar vom 1. Marti. des laufenden Jahres angerechnet, jeder Schild- oder Gast- und Baum-Wirch oder Weinschenke, wie auch die obgedachten mit fremden Weinen Bouteillenweise handelnden Weinbändler die 8te Maas aller sowohl einheimisch- als fremden Weine, welche sie in ihrer Nahrung verspeisen oder verzapfen, mit Ausnahme dessen, was sie für ihre eigene und der ihrigen Haus-Consumtion selbst verbrauchen, nach demjenigen Preise, den sie dafür erlösen, in Geld zu entrichten angehalten werden sollen.

Gleichwie aber 2.) eine dßfällige Aufzeichnung, Visirung, Controllirung und Versiegung des in den Kellern oder Vorräthen der Wirthe oder Weinschenken zum Verzapfen bereit liegenden Weins, welche zwar mehreren ältern und neuern Raths-Edicten und Verordnungen ganz gemäß ist, für die Dezenten selbst mit mancherley Beschwerlichkeit und Unlust verknüpft ist, und da Wir bey Erhebung der Stadt-Gefälle stets geneigt sind, auf den Vortheil und selbst auf die Gemächlichkeit der Dezenten, wo solches

ches nur immer ohne Nachtheil des gemeinen Stadt-Aerarii geschehen kann, die möglichste Rücksicht zu nehmen; so werden Wir zu der gedachten Aufnahme, Visirung und Versiegung des zum Verzapfen bestimmten Weines nur erst alsdann schreiten lassen, wann der Verdacht einer Unredlichkeit oder Defraudation von Seiten der Debiten eintreten sollte, und Uns vorerst bey der eigenen gewissenhaften, jedoch eydlichen, Angabe der Quantität sowohl als des Preises des von Jedem verzapften Weines beruhigen.

Es hat solchemnach 3.) jeder Schild- und respectire Baum-Wirth oder Weinschenke, wie auch alle diejenigen, so mit fremden Weinen Boutheillen-weise handeln, so wie deren Wittiben, in sofern sie diese Nahrung fortreiben, bey Unserm Recheney-Amte, auf den von Wohldeuseiben einem Jedem hiezu anberaumt werdenden besondern Termin, in Selbstperson zu erscheinen, und einen körperlichen Eyd dahin abzulegen, sowohl die Quantität als den Erlös des verzapften Weines gewissenhaft und genau anzeigen und declariren zu wollen, sofort diese Anzeige alle 3 Monate mittelst schriftlicher und mit ausdrücklicher Beziehung auf den geleisteten Eyd ausgestellter Scheine bey besagtem Unserm Recheney-Amte zu wiederholen, und die schuldige Gebühr des Betrages des getrunkenen Maas, nach Abzug dessen, was für die eigene Haus-Consumtion aufgegangen, zu entrichten. Wir tragen hierbey zu den Debiten das Vertrauen, daß nach dem Bürgerfinne und Gemeingeist, welcher die hiesige Bürgerschaft stets rühmlich ausgezeichnet hat, keiner unter ihnen seyn werde, welcher seinen geleisteten Eyd ausser Augen zu setzen und das gemeine Wesen durch eine unrichtige Angabe zu vernachtheiligen fähig seyn sollte, um so mehr, als dieses Ungeld mit derjenigen Accise, welche nach den hiesigen Verfassungs-Gesetzen von dem Brod oder Mehl und von dem Bier oder Malz erhoben wird, in einem an sich billigen und angemessenen Verhältniß steht, sie, die Wirthe und Weinschenken aber, dasselbe nicht selbst aus ihrem eigenen Vermögen abtragen, sondern vielmehr dessen Betrag auf den Preis des verzapfenden Weines ausschlagen und sich solchergestalt wegen dessen, was sie dafür an das Stadt-Aerarium zu beliefern haben, bey ihren Gästen und Abnehmern wieder erholen.

Wenn jedoch 4.) nichts desto weniger, gegen besseres Vermuthen, einer oder der andere einer Defraudation entweder überführt oder doch einer solchen auf rechtsbegründete Weise verdächtig werden sollte — inmassen Wir dann zweckmäßige Mittel anzuwenden zu lassen unverfehlen werden, die Debiten auf eine zum Zwel führende Weise hierunter beobachten zu lassen — so würden Wir Uns gemüssiger sehen, einen solchen schändlichen Defraudanten nicht nur zu der nachdrücklichsten Strafe zu ziehen und denselben zugleich zu der sich von selbst verstehenden Nachbezählung der von ihm vorenthaltenen schuldigen Gebühr selbst anhalten zu lassen, sondern auch diejenigen, welche des ihnen bewiesenen Obrigkeitlichen Vertrauens solchergestalt unwürdig zu seyn entweder überführt oder doch verdächtig wären, von nun an dahin gemessen anzuweisen, ihren Wein-vorrath aufzunehmen, visiren, versiegeln und dessen Consumtion controlliren zu lassen, ja auch, nach Befinden der Umstände, ihnen die Weinschenke-Gerechtigkeit, zur Strafe, gänzlich zu entziehen.

Gleichwie hiernächst 5.) in den obenangezogenen Stadt-Gesetzen und Verordnungen zwischen dem Umgeld von einheimischen, oder deutschen und fremden Weinen kein Unterschied festgesetzt ist; also verordnen Wir, daß die befragte 8te Maas oder Bouteille nicht weniger auch von dem in den Gast- oder Schild-Wirthshäusern, dann Weinschenken, oder von den Weinhandlern, wenn solche dergleichen fremde Weine, im detail; d. i. mit weniger als 10 Bouteillen auszugeben die Erlaubniß erhalten haben, verzapft werdenden fremden, nemlich Französischen, Spanischen, Italienischen, und andern Weinen, sie mögen Namen haben wie sie wollen, nach dem Erlöse, auf Unserm Rechner-Amt gehörig berechnet und abgeführt werden solle.

Wir tragen anbey ferner 6.) belobt Unserm Rechner-Amt auf, die hiesige Juden, welche Wein verzapfen, mit Aufhebung der von der Judenschaft deßfalls bisher entrichteten Aversional-Abfindungs-Summe, in Gemäßheit des Art. 48. der Judenstätigkeit, zu gleichmäßiger Entrichtung der 8ten Maas, unter Endestellung der Debenten bey der großen Thora in der Judenschule, und unter den obenangezogenen Strafen im dem Fall einer Defraudation, vom 1sten März des laufenden Jahrs an, hinfüro gemessen anzuhalten; auch committiren Wir

7.) Unserm Land-Amt, auf den hiesigen Dorfschaften die gegenwärtige Verordnung nach ihrem ganzen Inhalt und Umfang, vom 1sten März dieses Jahrs an, in Ansehung der daselbst Weine verzapfenden Schild- und Baum-Wirthe, ebenfalls in Anwendung und Vollzu zu setzen.

Nicht minder 8.) empfehlen Wir Unserm Renten-Amt, für die Erhebung der 8ten Maas von denen in Messzeiten Gäste setzenden und Wein verzapfenden übrigen hiesigen Bürgern, so wie auch von den Gartböcken und denseligen, die ihr eigen Gewächs verzapfen, nach Vorschrift der von Kay. Majestät bestätigten Renten-Amtsrolle, fernerhin pflichtschuldige Sorge zu tragen.

Damit hingegen 9.) die Weinschenken auf der andern Seite auch bey ihrer Nahrung möglichst geschützt werden mögen; so sollen die hiesigen Weinhandler nicht unter dem Betrag von $\frac{1}{4}$ Ohm, wenn von einheimischen oder deutschen diß- oder jenseits Rheins gewachsenen Weinen — und nicht unter 10 Bouteillen, wenn von fremden Weinen die Frage ist, zu verkaufen berechtigt, denen fremden Weinhandlern aber, welche auf dem hiesigen Weinmarke oder sonst ihre Weinlager haben, untersagt seyn, unter dem Betrag von einer Ohm zu verkaufen, mit dem Anhange, daß alle diejenigen Fremden oder Einheimischen, welche, diesem entgegen, deutsche oder fremde Weine in geringerer als der angezogenen Quantität, oder fremde Weine Bouteillen-weise, ohne hierzu vorher die Erlaubniß bey Unserm Rechner-Amt nachgesucht und erhalten zu haben, somit das gesetzmäßige Umgeld davon zu entrichten, zum Verkauf ankündigen lassen, oder wirklich verkaufen, in eine Geldstrafe von 20 Rthlr., für jeden Contraventionsfall, unnachsichtlich verfallen seyn sollen.

Gleichwie Wir nun die Anwendung und Vollziehung dieser gegenwärtigen Verordnung, welche Wir durch öffentlichen Druck zu Jedermanns Wissenschaft gelangen lassen, Unserm Rechner-Amt, und in den obangezogenen Fällen, wo zu Wsirung, Controllirung und

und Versiegung des verzapfenden Welnes geschritten werden muß, gemeinschaftlich mit Unserm Renten-Amte, angelegentlichst und mit dem Anhange hiermit auftragen, an deren durch den Bürger-Vertrag und die Allerhöchst-Kaiserl. Resolutionen klar begründeten Vollstreckung sich durch keinerlei etwaigen Eingelenke oder Wiedersegllichkeiten hindern oder irren zu lassen; also versehen Wir Uns jedoch, daß ein Jeder, welchen diese Verordnung angeht, solcher die gebührende Folge zu leisten und dadurch Schaden und Nachtheil von sich abzuwenden, schon von selbst beflissen seyn werde.

Geschlossen bey Rath,
den 4. Februar 1802.

E n d e s : F o r m u l,

welche die Gastwirth, Weinschenken und die, so mit fremden Weinen
Bouteillen = weise handeln, wegen Entrichtung des Umgelds, bey
Löblichem Recheney = Amt zu beschwören haben.

Ihr sollt schwören einen leiblichen End zu Gott dem Allmächtigen, daß Ihr, was und wie viel, wie auch, zu welchem Preiß Ihr in Eurer Wirthschaft (Weinschank) (Handlung) sowohl an deutschen und einheimischen, diß- oder jenseits Rheins gewachsenen, als an fremden Weinen, namentlich Französischen, Spanischen, Italienischen oder andern, wie die auch Namen haben mögen, verspeiset, verzapfet, oder sonst Bouteillen = weise, das ist, mit weniger als 10 Bouteillen an Eine Person, verkäuflich abgebet, bei dem Recheney = Amte, oder vor welcher Stelle dieses sonst von Einem Hochedlen Rath an Euch begehrt würde, ohne einige Verschweigung oder Rückhalt, getreu und gewissenhaft anzeigen, bekennen und deklariren sollet und wollet. Alles sonder Gefährde. So wahr Euch Gott helfe!

XLV.

Nach verlesenem gutächtlichen Rathschlagungs Resoluto de 12. Merz a. c. so auf überreichte Vorstellungen mehrerer hiesiger verbürgerter Gast- und Weinschirthen, dann der Nachbarn Philipp Rühl, und J. Daniel Klaus, als angeblich Bevollmächtigten der Wirthen zu Bornheim, Ober- und Niederrade, de praes. 3. Merz das Umgeld des Weins betreffend, ergangen.

Es wird Supplicanten auf ihre eingereichte Vorstellungen pro resolutione, welche jedem mittelst Abdrucks ad aedes zu insinuiren, hiermit zu erkennen gegeben:

Wenn ihnen durch Löbl. Recheney und respect. Löbl. Land-Amt bisher nachgesehen worden sey, über die würtliche Berechnung und Abführung des Beltaufs oder

Wertes der in dem Bürger-Vertrag Artic. 26. und den Allerhöchsten Kayserl. Resolutionen, für Ungeld zu entrichtenden 8ten Maas, sich durch die Bezahlung einer gewissen Summe an Geld überhaupt abzufinden; So seyen dergleichen Accorde immer nur auf ein Jahr geschlossen worden, auch in der Taxrolle löbl. Renten-Amtes ausdrücklich bemerkt, daß alsdenn und von denjenigen, mit welchen solche Accorde nicht eingegangen würden, der Betrag der schuldigen achten Maas selbst erhoben werden solle. Senatus habe daher die Behauptung der Imploranten, als-ob löbl. Recheney- und Land-Amt dergleichen Accorde mit ihnen auch forthin abzuschließen schuldig wäre, mit Befremden ersehen, da ihnen allerdings nicht hätte entgehen sollen, wie widersprechend es überhaupt sey, irgend jemand rechtlich nöthigen zu wollen, zu accordiren, daß es aber unter den dormaligen Zeit-Umständen zum unverantwortlichen Nachtheil der übrigen hiesigen Bürgerschaft, welche ebenwohl die theils auf ihrem Gewerbe, Waaren und Gütern, theils auf dem was sie verzehrten, selbst ohne Ausnahme des zu den nothwendigsten Lebensbedürfnissen, zu welchen doch der Wein nicht einmahl zu rechnen, gehörigen Brodes und anderer fast unentbehrlicher Consumtions-Articul liegende Zimposten oder Accise, denen Gesezen gemäß, zu entrichten angehalten wird, gereichen würde, wenn sie, Imploranten, durch dergleichen Jahres-Accorde forthin begünstiget, und eine dem so sehr belasteten Stadt-Ärario gesetzmäßig gebührende jährliche Einnahme ferner geschmälert werden wollte.

Gleichwie nun gegen die in den hiesigen Verfassungs-Gesezen und Allerhöchsten Kayserlichen Resolutionen enthaltene Vorschriften ein Befistand ohnehin auch überhaupt nicht allegirt werden könne noch dürfe, also müsse es bey dem am 4ten Febr. nup. abgefaßten Raths-Edict lediglich um so mehr sein Verbleiben haben, je weniger es in den Mächten des Raths stehe, ihnen, den Imploranten, durch eine willkührliche Schmälerung der auf dem verzapsenden Wein haftenden Accise oder Ungeldes, die Möglichkeit zu verschaffen, einen größeren Gewinn zu machen, zumalen als sie die befragte 8te Maas schon bishero von ihren Abnehmern oder Gästen dadurch wirklich vergütet erhalten, daß ihnen nachgesehen wird, die Schenk-Maas um 26 Bouteillen oder 10 Maas per Ohm kleiner auszuzapfen, hingegen, wenn sich auch der ganze Betraa des mehrerwähnten Ungeldes von ihnen auf den Preis ihrer Weine anderweit anzuschlagen für nothwendig befunden werden sollte, gleichwohl die daraus entstehende Erhöhung des Wein-Preises für die Consumenten nicht so drückend oder lästig sey, daß diese um des willen des Weins entrathen müßten, und folchergestalt ihre, der Wirthe und Weinschenken, Nahrung dabey nicht ferner sollte bestehen können.

Sie, Imploranten, würden solchemnach lediglich angewiesen, bey Vermiedung der in dem Edict enthaltenen Nachtheile, sich der Ordnung und ihrer Schuldigkeit, deren Eintritt hiermit auf den 8ten dieses Monats bestimmt wird, um so gewisser zu fügen, als Senatus die Vollstreckung des gefaßten Entschlusses so wenig durch die gegenwärtige als etwa künftige Vorstellungen aufhalten zu lassen vermöge, mithin sie, Imploranten, wenn sie unmittelbar etwa in dem Wahn, jene Vollstreckung zu vereiteln, unterlassen sollten, auf das von ihnen zu entrichtende

tende Umgeld bey Bestimmung des Preiſes ihrer verzapfenden Weine Rückſicht zu nehmen, ſich ſolches allein ſelbſten bezumeffen haben würden.

- 2.) Iſt dieſe Reſolution Köbl. Recheney- und Land-Amt zur Nachricht und Nachachtung, unter Beziehung auf den §. 9. in fine des erlaſſenen Raths-Edict's zu inſinuiren. *cc.*

Concluſum in Senatu,
de 1ten April 1802.

XLVI.

Dritte Kaiſerliche Reſolution
Jovis 22ten November 1725.
Frankfurt contra Frankfurt Commissionis
Publicatur Reſolutio Caesarea.

E i n ſ c h l a g e n d e S t e l l e.

- III. Soll ein jedes Raths-Glied aller und jeder publicirter Kaiſerl. Erkenntniſſen Feſthaltung, mit einer beſondern Handg. löbnuß, an Eidesstatt zu ſagen, und daher eines jedwedern Raths-Glieds und Bedienten, ſo in ſolche Weiſe ſich obligiret, Nahmen aufgezeichnet, und dieſer Actus förmlich registrirt werden.
- IV. Sollen die Raths-Glieder und Bediente, ſo künftig einiger Uebervorfahrung der Kaiſerl. Verordnungen, nothdürftig überwiefen werden; in die Straf des Meineides, ipso facto, geſallen, ihrer Ehre und Dienſtes verluſtig, und nebt der in dem Bürger-Vertrag geſetzten Strafe der fünfzig Mark löthigen Goldes, zu Erſetzung des dem Aerario verurſachten Schadens, pflichtig erkläret ſeyn, jedoch überdies der, nach Gelegenheit der Verbrechen und Exceſſen, etwa verwürften ſchweren Strafen hierdurch nichts benommen, weniger nicht auch der Strafe wider diejenige, welche, ihrem Amt nach, die Uebertretung ermeldter Kaiſerl. Reſolutionen und des Bürgervertrags, hätten hindern und zeitlich beſtrafen, oder bei höchſtgedacht Ihro Kaiſerl. Maſeſtät hätten angeben ſollen, vorbehaltlich; Ingleichen ſoll der Eid, den ein jeder, ſo hinführo zu einem Raths- und Stadtdienſt angenommen wird, abzulegen hat, in ſpecie auf die getreue redliche und unverbrüchliche Feſthaltung aller, in denen Occaſione derer von beiden Kaiſerl. Commissionen erſtatteten Berichten; ergangenen, vorigen und jetzigen publicirten Kaiſerlichen Reſolutionen und ſürgeſchriebenen Verordnungen, die zu dem Ende mit ihren Datis und Rubri-

Rubriken zu specificiren, eingerichtet, und solche Eides-Formel, unterand-
derlich beobachtet worden etc. *).

XLVII.

Auf die wiederholte Vorstellungen mehrerer Schild- und Baumwirth-
allhier in der Stadt und auf den hiesigen Dorfschaften, de praes.
19. May nup., die Erhebung des Wein-Umgelds nach der
8ten Maas betreffend.

Es ist jedem der unterzeichneten Imploranten, mittelst gegenwärtigen zu dieser Ab-
sicht abgedruckt werden sollenden Conclusi pro Resolutione zu ertheilen:

Nachdem die allzubekannte schwere Belastung des Finanzwesens hiesiger Reichs-Stadt,
wegen welcher sogar außerordentliche jährliche Vermögensbeyträge der Bürgerschaft
nothwendig geworden sind, schlechterdings nicht verstatet, die statt der gesetzmäßi-
gen Erhebung der 8ten Maas seither verwilligten jährlichen Abfindungen oder Al-
corde, zum Nachtheil des Aerarii fernerhin statt finden, und solchergestalt eine Nach-
sicht und Continenz, welche Senatüs, vermöge der ihm, nach Masgabe der hier-
über in der Mitte liegenden allerhöchst Kayserlichen Privilegien, zugestandenen Ver-
fugniß, unter weniger dringenden Verhältnissen und Belastungen des hiesigen ge-
meinen Wesens, zwar bis anhero ohne Verantwortung hat eintreten lassen dürfen,
auch fernerhin fortdauern und bestehen zu lassen; da vielmehr unter den dermaligen
Zeitumständen es die obrigkeitliche Pflicht erfordert, vor allem auf einer genauen und
pünktlichen Erhebung sämmtlicher ordentlicher hiesiger Stadteintraden und Ge-
fälle, mithin unter diesen insonderheit des Umgelds, strenge zu halten, um auf
solche Weise den Weg dahin zu bahnen, daß der Bürgerschaft von denen nun schon
seit mehreren Jahren alljährlich nothwendig gewordenen außerordentlichen
Vermögensbeyträgen und Contributionen, wo nicht baldige gänzliche Besserung,
doch eine solche allmähliche Erleichterung möge angedehnen können, welche alsdann
ihnen, den Imploranten, so wie jedem Bürger und hiesigen Angehörigen, eben-
wohl zu Gutem kämen; so müsse es bey denen unterm 4. Febr. und 1. April c. a.
ergangenen Rathsverordnungen und Beschlüssen, der gegenwärtigen theils unge-
gründeten theils unerheblichen Vorstellungen unerachtet, lediglich sein Verbleiben
behalten.

Sie Imploranten würden demnach hiermit noch einmal wohlmeinend erinnert, den
ebengedachten Verordnungen die schuldige Folge zu leisten und Senatüm nicht in
die Nothwendigkeit zu sehen, gegen eine fortgesetzte Widersetzlichkeit von ihrer Seite
ihnen mißbeliebige schärfere Masregeln ausführen, noch weniger über ein solches ih-

rem

*) Müller in der Sammlung Kaiserlicher Resolutionen etc. Seite 68. und 69.

tem Bürgerfinn und Pflichtgefühl nicht zur Ehre gereichendes Benehmen eine Official-Anzeige bey Kayserl. Majest. machen zu müssen. Insbesondere werde ihnen anbey bedeutet, daß, da die Entrichtung des Umgelds nicht eine Schuldigkeit der Wirthe und Weinschenken in corpore, sondern die Obliegenheit eines jeden einzelnen Individui unter ihnen sey, Senatus auf das von ihnen überhaupt und im Ganzen geschehene Anerbieten einer jährlichen — zumalen auch ganz unverhältnismäßigen Abfindungs-Summe von 3000 fl., keine Rücksicht nehmen könne.

Es werde vielmehr Köbl. Recheney-Amte hierdurch aufgetragen, jeden einzelnen Schild- und Baumwirth oder Weinschenken vorzufordern, und mit demselben, in Gefolg der Rathsverordnung vom 4. Febr. c. a., mittelst Abnehmung des vorgeschriebenen Eydes, den Betrag des jährlich zu entrichtenden Umgelds dergestalt zu reguliren, daß dabey einem Jeden, ausser der eigenen Haus-Consumtion, auch noch für das, was an dem verzapften Weine durch Trub, ingleichem durch Verwahrlosung oder Untreue oder auf andere Weise etwa zu Grunde gegangen, ingleichem für den verwendeten Auffüll-Wein, ein solches Quantum, als nach Beschaffenheit der Umstände und der Nahrung eines Jeden, nach Wahrscheinlichkeit dafür angenommen werden darf, und der Debet nach seinem geleisteten Eyd auf sein Gewissen zu nehmen sich getraut, in Abzug oder Aufrechnung passiert werde; allermassen die in der Raths-erordnung vom 4. Febr. c. a. vorgeschriebene Eydes-Formul eine solche billigmäßige und gewissenhafte deßfällige Berechnung oder Abzug keineswegs ausgeschlossen hat.

Wenn aber, gegen besseres Verhoffen, einer oder der andere der Imploranten dieser zu ihrer eigenen Erleichterung und Convenienz abzweckenden Verordnung, womit einem Jeden freygelassen wird, den Betrag dessen, was er jährlich für Umgeld einzuliefern hat, mittelst seiner eigenen eydlichen Declaration und Schätzung, nach der Analogie des bey Köbl. Schatzungs-Amte und Rechnungs-Commission eingeführten Vermögens-Eydes, selbst zu bestimmen, nichts desto weniger sich nicht unterwerfen wolte; so werde alsdank Senatus zur Vollstreckung der bestehenden ältern und neueren, die Erhebung des Umgelds betreffenden Gesetze, und dem darinnen vorgeschriebenen, auch von Ihro Kayserl. Majest. in der Renten-Amtes-Tax-Rolle ausdrücklich genehmigten Eyde zurückzukommen genöthiget seyn, immassen dann Köbl. Recheney-Amte in hunc eventum hierdurch committirte werde, allen denjenigen, welche es solchergestalt zur Aufnahme und Visirung ihrer Weine kommen lassen, solche durch Köbl. Renten-Amt nicht nur unverzüglich aufnehmen, visiren und versiegeln zu lassen, sofort das gesetzmäßige Umgeld der 8ten Maas von allem bey der Revisirung nicht mehr vorgefundenen Wein, welchen der Debet nicht klar beweisen kann, $\frac{1}{2}$ Ohm — Ohm oder Stückweis verkauft, oder abgegeben zu haben, zu erheben und nöthigenfalls executive benzutreiben, sondern die Debeten auch zu der auf solchen Fall schuldigen Eydesleistung dahin: „daß sie keinen Wein, so ihnen angehörig, hierbey „verheimlichen, noch weniger zu verzapfen anfangen, ehe und bevor derselbe von „Köbl. Renten-Amt behörig aufgenommen, visirt und kontrollirt sey, sofort das „hiervon schuldige Umgeld der 8ten Maas getrenlich entrichten wollen“ unnach-

t

läß-

läßig anzuhalten; hiernächst aber, wenn einer oder der andere in seiner Widerseßlichkeit sich so weit vergessen sollte, diesen von Kayserl. Majest. ausdrücklich genehmigten und bestätigten Eyd gleichfalls so wenig, als den oben erwähnten, leisten zu wollen, so werde Köbl. Recheney-Amt zugleich hierdurch ermächtigt, einen solchen Renitenten entweder der weiter unten bemerkten Vortheile und Erleichterungen für verlustig zu achten, und demselben sofort eine nach den Umständen seiner Nahrung geschätzte dergestalt hohe Geldsumme für Umgeld, nach Gutfinden anzusetzen und betreiben zu lassen, daß das gemeine Stadt-Aerarium dabey eher gewinnen als verlieren möge, oder aber nach Befinden, solchen hartnäckigen Renitenten ihre Wirths- oder Weinschenken-Vererechtigung provisorisch auf so lange, als sie sich nicht zur Ordnung begeben, alsogleich schließen und sperren zu lassen.

Hingegen werde auf der andern Seite gegen diejenigen, welche sich willig und gehorsam erzeigen werden, durch Köbl. Recheney-Amt, zu ihrer Erleichterung, das Umgeld von ihren sämmtlich verzapften Weinen nicht anders als nach einem gewissen Durchschnitt-Preiße dreyerley verschiedener Gattungen, nemlich des geringern, mittlern und besten Weines, nach der Billigkeit angesetzt und erhoben; desgleichen werde mit denen, deren seitherige Jahrs-Accorde erst später ablaufen, als der wegen bequemerer Berechnung auf einen gewissen bey allen Wirthen und Weinschenken gleichförmigen Anfangstermin festzustellende Zeitpunkt eingetreten ist, ein billigmäßiges Abkommen getroffen werden.

2.) Ist Köbl. Recheney- wie auch Renten-Amt dann Land-Amt ein Abdruck hujus Conclusi, instructionis loco, aus der Stadt-Canzley, und zwar Köbl. Land-Amt insbesondere mit dem Auftrage zu insinuiren, dasselbige in Ansehung der Wirthen und Weinschenken auf den Dorfschaften, seinem ganzen Inhalte nach, ebenfalls in Anwendung und zur Ausführung bringen zu lassen;

Auch haben

3.) die belobten Stadt-Aemter auf den Fall, wenn die Wirthen und Weinschenken es zu der Aufnahme und Vistrung ihrer Weine kommen lassen, neben dem ihnen solchenfalls obliegenden oben erwähnten Eyde, zugleich noch besondere Vor-sorge zu tragen, daß, alle in die Keller der Wirthen und Weinschenken eingeführten Weine sogleich bey der Eintellerung oder unter den Thoren anportirt, in ein besonderes Buch gebracht, und diese Aufzeichnung dahin benutzt werden möge, um etwaigen Verheimlichungen oder Defraudationen auf die Spur zu kommen, wie auch daß die in dem Raths-Edikte de 16 Febr. 1773. enthaltene Erinnerung an die Bender, Schröder, Einzeler, Schiebkräcker und alle andere mit dergleichen Verrichtungen umgehende Personen, bey nachdrücklicher Strafe keine Fässer mit Wein, sie seyen groß oder klein, in oder aus einem Keller zu thun, oder von einem Ort an den andern zu führen, es seye dann zuvor auf Köbl. Renten-Amt davon die Ordnungsmäßige Anzeige geschehen und der dazu

erforderliche Erlaubnißschein ausgefertigt worden, besonders auch in Beziehung auf die Wirtze und Weinschenken aufs neue eingeschärft werden möge.

Conclusum in Senatu,
den 14ten October 1802.

XLVIII.

Veneris 3. Febr. 1764.

Frankfurt contra Frankfurt, Commissionis finitae, sive des Bürgerlichen Ausschusses zu Frankfurt Anwalt Bissing, sub praesent. 16. Sept. 1763. übergiebt nothgedrungen allerunterthänigpflichtmäßige Anzeige, vorgegangener vorsätzlicher Uebertretung der Kaiserlichen allerhöchsten Resolutionen, und äußerst nachtheiliger Befränkung der darauf gegründeten Stadt-Frankfurtischen Administrations-Verfassung, samt Bitte, um allergnädigste Ertheilung Kaiserlicher allerhöchster mannutenenz und Beschleunigung diesfälliger Obrist-Richterlicher Spülse. Mit Anlagen sub Num. 1. bis 13. inclusive in duplo.

Idem sub praesent. 12. Januarii novissimi überreicher allerunterthänigsten Nachtrag ad Exhibitum de 16. Sept. a. p. mit Bitte: pro clementissime maturanda Resolutione Caesarea. Appon. tit. 14. in duplo.

Imo. Fiat Decretum Caesareum an Andreas Liebhard zu Frankfurt: Kaiserliche Majestät hätten aus der, von dasig Bürgerlichem Ausschusse eingekommenen allerunterthänigsten Anzeig mit mehrerem zu entnehmen gehabt, zu was Nachtheil und Befränkung Dero allerhöchsten Resolutionen und darauf gegündeter Stadt-Frankfurtischer Administrations-Verfassung der Bürgerliche Stadt-Baumeister Liebhard, seine von dem dortigen Schöffen, Gericht vermeintlich anbrachte, auch mit größtem Rechtsfug abgeschlagene Provocation ex lege diffamari gegen den Bürgerlichen Ausschusse Dolchstoß per viam appellationis an das Kaiserliche und des Reichs-Cammergericht zu bringen, sich unterwunden, andurch aber versuchet habe, die Kaiserliche Verordnungen, und die davon abhängende Stadt-Frankfurtische Administrations-Verfassungsgesetze der Gefahr der Vereitelung recht frevelmüthig auszusetzen.

Allerhöchst dieselben thäten nicht nur sothanen: deselben unbefugt genommenen Absprung äußerst mißbilligen, sondern und annebens auch solch Endes wirklichen cassiren und annulliren, ihm Liebhard so ferners, aber auch ernstlichst anbefehlen, daß Er seiner bei der Reichs-Cammer zur Ungebühr angebrachten Appellation uneinstellig renunciren,

ren, und wie dieses geschehen, bei Kaiserlicher Majestät binnen 2 Monaten unter ansonst zu befahren habenden Pönfall von zehn Mark löthigen Goldes um so gewisser allerunterthänigst bescheinigter anzeigen solle, als auf den widrigen Fall derselbe in die vor comminirte Strafe, jetzt alsdann, und dann als jetzt vor fällig erkläret; und gegen ihn der Kaiserliche Reichs-Hoffiscal zu wirklicher Einbringung sothanen verwürkten Pönfalls uneinstellig seines Amtes ermahnet werden solle.

2do. Cum hujus inclusione in Copia rescribatur dem Magistrat der Kaiserlichen Reichs-Stadt Franckfurt: derselbe werde aus dem Copyslichen Anschluß des, an den dortigen Baumeister Andreas Liebhard ergangenen Kaiserlichen Decreti mit mehrerem erlesen, was wegen der von selben zur Ungebühr, und wider die dortselbstige innerliche mit denen Kaiserlichen allerhöchsten Verordnungen genauest verknüpfte Stadt-Administrations-Verfassung ergriffen; und bey dem Kaiserlichen und des Reichs-Cammer-Gericht vermeintlich angebrachten Appellation ex lege diffamari entgegen den Bürgerlichen Ausschuß Dolhopf gerechtest verfügt worden. Nun wäre des Ausschusses Dolhopf und des Bürgerlichen Collegii derer Ein- und Fünzigster überhaupt hierunter bezeugter Verhalt allerdings ihren tragenden Pflichten gemäß, und hätte Magistratus eine gleiche Beeiferung sowohl in Untersuchung der geschehenen Denunciation bezeigen, als des Baumeisters Liebhard gegen Kaiserliche Verordnung anlaufenden Absprung in Zeiten allergehorsamst betrichtlichen anzeigen sollen.

Gleichwie aber dieses eines Theils nicht beschehen, hingegen aus dem angeschlossenen an den Liebhard erlassenen Decreto Caesareo, anderen Theils zu ersehen seye, daß der Liebhardische an das Kaiserliche und des Reichs-Cammergericht in dießer, die allerhöchste Kaiserliche Verordnungen allein betreffenden Sache null und nichtig genommene Recurs unter schwerem Pönfall bereits abgestellt und der recurrirende Liebhard angewiesen worden seye, sothanen von ihm genommenen Recurs ohne weiters zu renunciiren; So werde fernerweit Magistratui alles Nachdruckes anbefohlen, unangesehen erwehnten unbefugten Recurs mit Untersuchung derer denuncirten Eigennützigkeiten gegen die Schöff von Richard et Consorten der Ordnung Rechts nach ohne alle Rücksicht fürzugehen, und sich darinnen von Niemanden, wer der auch sey, irre machen zu lassen, fort wie solches geschehen, auch was hierunter erhoben worden, Kaiserl. Majestät binnen 2 Monaten allergehorsamst anzuzeigen, vor das künftige aber nicht mehr zu gedulden, daß in die dortige von Kaiserlicher Majestät angeordnete Stadtr-Administrations-Verfassung durch jemand ein Einbruch gemacht, oder die Bürgerliche Collegia an pflichtmäßiger Besorgung derer Kaiserl. Auf- und Ueberträge, und darauf sich einzig und allein gründenden Amts-Verwaltung, auf einigerley Weise behindert werden.

Johann Georg Reizer.

XLIX.

Martis 16. April 1726.

Frankfurt contra Frankfurt, Commissionis in specie den §. 7. des Burger-Vertrags betreffend, sive, derer appellirenden Theilen, Nahmentlich Elisabethen Geiselin, geborenen Keersin, Theodor Heußler, Annen Christinen Teschenmacherin, Catharinen Elisabethen Ottoin, und Jacoben Brandmüllers, Anwaldr, Johann Heinrich Souffrein sub praesentis 19ten April, 18ten Aug. 3. Septbr. 17. December vorigen, und 7ten Januar laufenden Jahres, introducendo Appellationis, von verschiedenen, ihnen Appellanten, höchstbeschwerlichen und dem §. 7. des Burger-Vertrags schnur straks zu wider, bei dem Magistrat zu Frankfurt abgefaßten Decretis, supplicat humillime, pro clementissime decernendis plenis appellationis processibus, cum prorogatione fatalium ad duos menses, sed, suspensa eorum expeditione, demandanda cassatione gravaminis, app. verschiede Beilagen in puplo.

Imo. Cum inclusione Exhibitorum, rescribatur dem Rath zu Frankfurt:

Nachdem derselbe, nicht allein wider den Brevillier auf eine ungelührliche Art verfahren, sondern auch nachgehends mit gestieffener Hindänsezung, des Occasionen wieder nur bemeldten Brevillier verübten gewaltsamen Execution am 22. Octobris 1723. ergangenen gemessenen Kaiserl. inhibitions-Befehls, vermög dessen Er aller eigenmächtigen Neuerungen sich zu enthalten, und dadurch, zu Kaiserlicher Majestät Behehlung, keine fernere Beschwerde veranlassen, hingegen der Kaiserl. Entscheidung, in dergleichen, in die Kaiserliche Commission einschlagenden und der Kaiserlichen Resolution unterworfenen Puncten, abzuwarten, vermahnet worden, gleichwie Ihm auch, ohne solche ausdrückliche Kaiserliche Ermahnung, zu thun obgelegen hätte, in causa Elisabethen Geiselin, Theodor Häußlern, Jakob Brandmüllers Annen Christinen Teschenmacherin und Elisabethen Catharinen Ottoin, dergestalt eigen Gefallens mit wiederrechtlichen Bescheiden fortgesetzt, daß Er, benannter Rath, unter ganz ungegründeten Vorwand, ob treffe solcher Streit das Policy-Wesen und die Beisassen-Ordnung, die an Kaiserl. Majestät gerichtete Appellationes anzunehmen, und solche, seinen Pflichten gemäß, in allerunterthänigsten Gehorsam zu respectiren, verweigert, daneben auch das rechtmäßige Begehren, der schriftl. Herausgebung seiner mündlichen Bescheiden, abzuschlagen, nicht weniger denen Kaiserl. Notariis, um welcher Amt und Beistand Appellantes angesuchet, über ihre Verrichtung Verweis zu geben, und also, daß diese, denen Gravatis, in ihrer Bedrängnis, anhand zu gehen in Furcht gerathen, Requirirende aber, samt der Vernehmung des Beweises des gangen Herganges, des Effectus des heilsamen Appellations-Beneficii und damit verknüpften allerhöchsten Kaiserlichen Rechts-Hülfs, zu ihrem grossen Schaden, ermangeln müssen, zu verursachen sich unterfangen, imassen alle solche tadelhafte Handlungen, aus denen von Appellanten, besonders aber wegen des Brandmüllers und der Ottoin, eingereichten Beschwerden, umständlichen wahrzunehmen: Demnach cassirten Ihre Kaiserliche Majestät, von Dero allerhöchsten Amtswegen, des Rathes gegen obbemeldte Appellantes ertheilte, dem §. 7. u. 8. des immerwährenden unverbrüchlichen Stadt-Grundgesetzes des Burgervertrags,

nach insonderheit der jüngst publicirten Kaiserlichen Resolutionen, offenberlich zu widerlaufende Decreta und verbrachte strafbare Attentata, wollten auch zugleich mehrbesagten Rath, sein Kühnes Unternehmen, die an allerhöchst Dieselbe gestellt gewesene Appellationes, unter dem gebräuchten Schein-Nahmen einer Policei- und Beisassen-Ordnungs-Sache, auf die Seite zu setzen, auch erwähnten Brandmüller die Verschöbörung der neuen in ermeldter allerhöchsten Kaiserlichen Resolution ausdrücklich cassirten Beisassen-Ordnung, anzufinnen, hiemit ernstlich verwiesen und anbefohlen haben, daß selbiger nunmehr benannten Brevillier die, unbefugter eigenthätiger Weise, abgenommenen 6000 fl. mit Reichsüblichen Interesse ad 5 von 100 fl. à die extortae solutionis, nebenst der Ottoin, nach ihrer angemeldten Appellation abgedrungener Straff der 6 Rthlr. nach Insinuation der Kaiserlichen Verordnung ohne Verzug, auf einmal wieder bezahlen, die denen sämtlichen Appellanten wieder die Disposition, des durch die jüngsthin publicirte Kaiserliche Resolution declarirten, und, nebst Cassation der nichtigen Beisassen-Ordnung, bestätigten §. 7. u. 8. berührten Bürger-Vertrags, zugefügte Gravamina, aufheben, und das Bürger-Recht in Ansehung derer hierzu bei ihnen befindlichen Requisitorum, und dessen wirklichen Effect, verstaten, und instünftige auf eingewendete Appellationes die gehorsamste acht haben, und sich aller Ueberfahrungen des ihnen zur getreuen Nachlebung verbindenden Bürgervertrags, und derer auf die eingeschifte Kaiserliche Commissions-Berichte, bereits erlassenen, und, durch den Kaiserlichen Rechnungs-Commissarium in Stantfurt publicirten Kaiserlichen Resolutionen, bei Kaiserlicher Unanade, unter der Poen von 50 Mark löthigen Goldes, die alsdann der jedesmalige ältere Amis-Bürgermeister, aus seinem eigenen Vermögen, zu bezahlen pflichtig ist, entäußern solle, und sind mehrgedacht allerhöchste Kaiserliche Majestät, über Obstehendes der vollkommenen Partitions-Anzeige, binnen 2 Monaten gewärtig.

2do. Ist diese Kaiserliche Verordnung an Rath, dem Kaiserlichen Rechnungs-Commissario, per rescriptum, mit der Erinnerung zuzuschicken, daß Er mit allem Ernst daran seye, damit der Rath solcher ohne Verzug, in allem gehorsame Genüge leisten, mithin der wirkliche Effect der Kaiserlichen Resolution, wegen des Paragraphi septimi des Bürger-Vertrags, vollständig angehehen möge, auch Kraft der ihm als Iernädigst aufgetragenen Aufsicht, jederzeit sorgfältiges Aufmerken zu haben, auf daß denen sämtlichen publicirten die gemeine Stadtwohlfahrt betreffenden reichsöfterlichen Resolutionen nichts entgegen gehandelt werde; wo es aber wider Vermuthen geschehe, und auf seine Ermahnung, keine Abstellung erfolgt, an Kaiserliche Majestät mit Gutachten, wie auch den Vollzug derjenigen Kaiserlichen Verordnung innerhalb 2 Monaten zu berichten.

Franz von Hefener.

L.

Martis 20ten Aprilis 1728.

Frankfurt contra Frankfurt, in specie den §. 7. und 10. des Burger-Vertrags betreffend, sive Appellant. Johann Friedrich Scharffs, Jubeliers, de rato et mandato cavirender Aldt Johann Heinrich Souffrein, sub praesentato 7. Octobris, introducendo appellationem, von einem den 8ten July nuperi ihm mündlich erteilten Rath's Schluß, vermög wessen ihm die Burgerschaft rund abgeschlagen, und bei 100 Rthlr. Straf die Stadt zu räumen anbefohlen werden wollen, supplicat humillime pro clementissime decernendis plenariis appellationis processibus, cum legali fatalium prorogatione, suspensa tamen eorundem expeditione, serio demandanda cassatione gravaminis app. Lit. A. B. C. D. E. et sub Lit. F. Libellum gravaminum, cum adjunctis No. I usque 14. inclusive in duplo.

Idem Souffrein, sub praesentato 5. Novembris nup. exhibendo allerunterthänigste fernere Anzeige continuirenden Attentaten, supplicat humil^{te} pro clm^{te} maturanda petito conformi resolutione app. Lit. G. in duplo.

Cum inclusione Exhibiti de 7. Octobris 1727. rescribatur dem Kaiserl. Commissario zu Frankfurt: Nachdem Appellantens Gravamen darinnen bestehet, ob wäre er zum Burgerrecht, aus angeführten fundamentis, statfam qualificirt, daß er, um solcher willen, wenigstens zum Beisassen hätte aufgenommen werden sollen, welches der Rath jedoch wider die Kaiserliche Resolution-de 22. Novembris 1725. ingleichen wider die nachgefolgte Verordnung de 16. April 1726. (als dieselbe nur jetzt erwähnte Kaiserliche Resolution de 22ten Novbris 1725. zur Richtschnur bestätiget,) ferners wider den §. 7. des Burgervertrags und uhralte Observanz, durch die erteilte praejudicirliche Bescheide, abgeschlagen, auch sonst angeregter Kaiserl. Verordnung de 16. April 1726. unwidersprechlich entgegen gehandelt hätte.

Wann nun aber Ihre Kaiserliche Majestät angereget, und übrigen allen und jeden Inwohnern und Burgern dieser guten Stadt, gemein ersprieslichen publicirten Kaiserlichen-Resolutionen, und dem Burgervertrag, umb so mehr unnachbleiblich nachgelebt wissen wollen, weilen Dero, zu Aufpflanz- und Erhaltung beständigen innerlichen friedlichen Wesens, und heilsamen Einverständniß zwischen dem Rath und der Burgerschaft, und davon dependirendes gedeihliches Aufnehmen der guten Stadt gerichtete Reichsväterliche Hauptendzweck, anderergestalt nimmer zu erreichen. Immasfen auch zu besserer Erlangung desselben dem Kaiserlichen Commissario aus eben der Urfache, die Aufsicht, damit berührter gerechten Intention, zu keiner Zeit attentando entgegen gehandelt, sondern bei vermerkter widrigen ungebührlichen Unternehmungen alsofort auf die Abstellung Caessrea autoritate gedungen, das Nöthige dagesgen zeitig vorgekehret, und wider diejenige aus dem Rath, so daran die vornehmste Schuld tragen, die Erferschung sürgenommen, und davon Ihre Kaiserliche Majestät, um verwürkten Poen von 5 Mark löthigen Goldes halber

halber, rechtlich Erkenntniß, und zur Einreitung, Verfügung ergehen zu lassen, umständlicher Bericht gethan werde, allergnädig aufgetragen worden.

Als hätte Er, der eingeführte Beschwerde wahre und eigentliche Beschaffenheit, ungesäumt zu erkundigen, und beide Theile, den Rath und Appellanten, mit ihren Fürbringen, Antwort und Gegenvorstellung nothdürftig (doch aller vergeblichen Weitläufigkeit ausschließlich) zu hören, und wann sich ergibt, daß das Gravamen angebrachtermaßen, den angezeigten Stadt-Grund-Gesetzen entgegen, Appellanti erweislich zugefügt worden; So hätte wohlgedachter Kaiserlicher Commissarius dem Rath dessen unverweilte Abthnung, per Decretum aufzulegen, und daneben die Beobachtung seiner Gehorsamsgebühre und Schuldigkeit, vor das Künftige nachdrücklich einzubinden, auch; von Vollzug alles Obstehenden, an Ihro Kaiserliche Majestät binnen zwey Monaten, ausführlichen Bericht (welchem auch die Ursache, woher die immerfort einkommende Beschwerden wegen Ueberschreitung gemeldter Kaiserlicher ernstlichen Resolution neben der daraus entspringenden Verhinderung der hochnothwendigen innerlichen Stadtruhe; hauptsächlich rühren, klärlich beizufügen) samt seinen rathlichen Gutachten einzuschicken

Franz von Hefener.

LI.

Martis 20. Aprilis 1728.

Frankfurt contra Frankfurt in specie de Reception zum Burgerrecht und Bezahlung des Bürgergelds betreffend, sive, deren reformirten, teutsch und Französischen Gemeinde, Deputatoren und Vorstehern per Imbsen sub praesentis hujus exhibendo allerunterthänigste Klage und Vorstellung vieler Beschwerden Supplicat humile pro clemence decernendo et extradendo petito rescripto Caesareo de non excludendo in receptione Civium app. Lit. A, usque H. inclus. in duplo.

Cum inclusione exhibiti de 9. Aprilis laufenden Jahres, rescribatur dem Kaiserl. Commissario zu Frankfurt, Ihro Kaiserliche Majestät ic. hätten höchstnüssfällig vernommen, daß auch zu dieser Klage Supplicanten zu ihrem größten Schaden, Nachtheil und Beschwerde durch verschiedene denen Kaiserlichen Resolutionen und dem Burgervertrag schnurstraks entgegenlaufende Bedrückungen, und darwider um Hülff und Rettung anzurufen genöthiget worden; demnach hätte der Kaiserliche Commissarius Erkundigung und Verhör der Sachen, auf eben die Weise, wie in vorstehender heutiger Kaiserlichen Verordnung bereits gemessen vorgeschrieben worden, ohne Verzögerung fürzunehmen, und Kraft obhabender Aufsicht, Sorge zu tragen, damit dergleichen unbillige Handlungen, so weit solche in facto erweislich sich befinden, sonder Aufenthalt völlig abgestellt, inkünftige aber verhütet, und Supplicanten bei friedlichen und ruhigen Gebrauch und Genuß dessen, was, nach deutlicher Maaßgebung derer, durch die Kaiserliche Commission ordentlich publicirten Kaiserlichen Resolutionen und des Burgervertrags, Ihnen zu Nutzen und Frommen oder Vortheil, zugeeignet, in allen Puncten gehandhabet werden mögen.

Weilen

Weilen nun überdies aus beeden Klagen wahrzunehmen, wie der Rath auch so weit des Gehorsams vergessen, daß Er, zu öffentlicher vorsegllicher Verachtung Kaiserl. Verbotts de 16ten April 1726. 1.) die Herausgebung der mündlichen Bescheids abermals verweigert, 2.) mit gleicher Widerspänstigkeit und Trug, die intimirte Appellationes derer Parthenen, umb Ihnen den Effectum des heilsamen Appellations-Beneficii; und damit verknüpften Rechtshülfe zu entziehen, unterm längst verworfenen nützigen Praetext, als betreffe die Appellation eine Policy-Sache, nicht zu respectiren, und dadurch der Kaiserlichen Obristrichterlichen Erkenntnuß vorzugreifen, und Dero allerhöchste Authoritaet, zu einem übeln Exempel, gänzlich aus den Augen zu setzen, und 3.) denen angehenden Beisassen, daß sie die ein für allemal cassirt bleibende Beisassens-Ordnung beschwören, und also in der That über dasjenige, was Ihro Kaiserliche Majestät, aus hochwichtigen Ursachen, vernichtet, gleichwohl wider Dero publicirten Ausspruchsgesetze und Verbott, die angehende Beisassen, mit Eiden und Pflichten ärgerlich zu beschweren, und im Gewissen zu verwirren, sich vermessenlich unterstanden; als nächster wohlgedachter Kaiserlicher Commissarius, deshalben, von den Amts-Burgermeistern, und denjenigen Rathsgliedern, mit welcher Willen und Beifall, erzählte Attentata, Neuerungen, und Kaiserliche Resolutionen = Uebertretungen beschlossen und vollzogen worden, die Verantwortung unverweilt abzufordern und fleißig registriren, auch alle Umstände genau erwägen, und darauf an Ihro Kaiserliche Majestät seinen Bericht und rathliches Gutachten, innerhalb 2 Monaten einsenden, mit der weiteren Erinnerung, daß Ihro Kaiserliche Majestät auch des Hauptberichts, in puncto der dem Rath letztmal auferlegten vollkommenen Partition, und razione derer übrigen, ad Commissionem, zur endlichen Abhandlung, verwiesenen und annoch unerörterten Puncten gewärtig seyen.

Franz von Hefener.

LII.

Lunae 24ten August 1778.

Bansa Johann Conrad contra den Magistrat zu Frankfurt et Cons. appellationis.

1mo. Ponatur des Magistrats der Kaiserlichen Reichs-Stadt Frankfurt allerunterthänigst erstattete Berichte, de praesentato 6. July und 14ten Septbris 1775. ad acta.

2do. Werden darauf die gebetene pleni appellationis processus erkannt; sed suspensa eorum Expeditione,

3tio. Rescribatur dem ersagten Magistrat; Nachdem Er selbst gestehen müssen, daß die im Jahr 1739 in Druck gegebene Consistorial-Ordnung, der klaren Vorschrift des Kaiserlichen Rescripti vom 14ten Martii 1732. soviel den IXten Titulum betrifft, entgegen laufe; So wollten zwar Ihro Kaiserliche Majestät den jetzigen Magistrat weil die Uebertretung der Kaiserlichen Verordnung vor seinen Zeiten geschehen, mit der vorhin desfalls verwürkten Strafe übersehen.

Es solle aber der ersagte IXte Titul der Consistorial-Ordnung, in soferne er der mehrgedachten Kaiserlichen Vorschrift entgegen, hiemit cassirt, und Ihm, dem Magistrat zugleich ernstlich und gemessen anbefohlen seyn, den mehrgedachten neunten Titul, Buchstäblich nach dem Kaiserl. Rescript vom 14ten Martii 1732. abzuändern, und einzurichten, mithin solchergestalt umdrucken zu lassen, und von neuem zu publiciren, auch Paritionis loco, ein Exemplar davon zu seiner Zeit ad Acta einzureichen.

Ferner sich der unstatthaften, mehrmalen verworfenen Principiorum, von der Inappellabilität der Matrimonial- und Consistorial-Sachen, bei Vermeidung schärferen Einsehens, zu enthalten, übrigens aber in dieser Sache, gegen den appellantischen Theil weiter nichts vorzunehmen.

4to. In causa Mandati attentatorum etc. ponatur des Magistrats allerunterthänigste Paritions-Anzeige de praesent. 7ten Decembris 1774. ad acta, und hat es dabei, mit Verwerfung des darwider in seinem Bericht geschehenen unerheblichen, und unstatthaften Einwendens, sein Verbleiben.

5to. Wird Magistratus nochmals angewiesen, auf die an Kaiserliche Majestät eingewandte Appellationes fñrohin genauer Acht zu haben, so lieb ihm ist, die in vorigen Kaiserlichen Verordnungen dicsfalls angedrohte Strafe zu vermeiden.

J. G. v. Hoffmann.

LIII.

Martis 11. October 1746.

Frankfurt contra Frankfurt Commissionis, in specie die außerordentliche Collectation betreffend.

Publicatur Resolutio Caesarea:

Ihro Kaiserliche Majestät, haben, gehorsamsten Reichs-Hofraths allerunterthänigstes Gutachten, allergnädigst approbiret. Deme zu Folge

1mo. Fiat Rescriptum an den Magistrat, des Inhalts: Ihro Kaiserliche Majestät hätten, nicht ohne höchsten Misfallen, aus denen des Stadt-Magistrats zu Frankfurt, theils, unter voriger Kaiserlichen Regierung, theils bei Allerhöchstdenckselben übergebenen Exhibitis erschen, daß Er, der Stadt-Magistrat, mit Hintansezzung Kaiserlichen Erkenntnissen, aufs Neue eine verbottene Vermögens-Steuer zu erzwingen, sich unterstanden; ja sogar die Kaiserliche Erkenntnisse von 1735. und 1736. vor sub et obreptitie erschlichen ausgehen, und sich so weit vergehen dürfen, behaupten zu wollen, als wann

Kais-

Kaiserliche Majestät nicht befugt sey, ohne zuvor den Magistrat zu hören, und die gegenseitige Exhibita zu communiciren, eine Interpretationem authenticam eine vorhergängigen Kaiserlichen Resolution, wie die von 1732. gewesen, und Ao. 1735. und 1736. authentice erkläret worden ist, zu ertheilen, da doch zu derselben des Magistrats Vorstellung nicht das Mindeste hätte beitragen können, sondern der wahre Sinn und Meinung, besagter Resolution lediglich aus denen Commissarischen Acten und Gutachten wie nicht weniger aus dem Ao 1732 an Kaiserliche Majestät erstatteten Reichs-Hofraths-Gutachten, hat ersehen werden müssen; dieses ungeziemende Verrathen des Stadt-Magistrats, rühro (wie dessen Exhibita deutlich zeigten) daher, daß sich derselbe, ohngeachtet Er deswegen, von Kaiserl. Majestät, schon vormals gewarnt worden, einbildet, als wann Ihme die Superioritas territorialis, über die Kaiserliche und des Reichs freie Stadt Frankfurt zukomme, die dasige Burgerschaft seine Unterthanen seyen, und Er, hingegen, sich als ein Mitstand des Reichs aufzuführen, und derjenigen Vorrechte, die Fürsten und Ständen des Reichs zukommen, anmaßen könne.

Ihro Kaiserliche Majestät würden zwar Dero- und des Reichs Stadt Frankfurt, bey ihrer Superioritate territoriali, schützen, und dieselbe von Niemand trüben lassen, auch allerdings darauf bedacht seyn, das Ansehen, Authorität, und Respect des Magistrats zu handhaben; Befehlern hingegen demselben auch, in seinen Gränzen zu bleiben, und sich denen Ständen des Reichs nicht gleich zu achten, sondern, wie er in der That nichts anders ist, als ein Collegium solcher Männer, die Autoritate Caesarea, von der Burgerschaft erwählt worden, nicht jure proprio, zu regieren, sondern als bestellte Administratores dem gemeinen Wesen vorzustehen; Er der Stadt-Magistrat habe sich also darnach zu achten, und mithin die ihm aufgetragene Verwaltung, nach alten und neuen Kaiserlichen Privilegien, Verordnungen und Erkenntnissen, als worauf Er ja beendigt werde, zu führen und dieselbe in allen Stücken genau zu beobachten.

Diesemnach fließen es auch Ihro Kaiserliche Majestät bey denen Kaiserlichen Resolutionibus von 1732. 1735. und 1736. mit Verwerfung alles dessen, was der Magistrat dagegen unstatthaft, angebracht, und mit Aufhebung des den 28ten Januarii 1744. publicirten Classifications-Edicts lediglich bewenden, mithin sey niemand, bei seinem geleisteten Bürger-Eid, sein Vermögen anzugeben, wider seinen Willen, anzuhalten, sondern jedem frey zu lassen, vor diesmal die vierfache Schätzung mit 200 fl. nach breiterm Inhalt der längst in rem judicatam gediehenen, Kaiserlichen Verordnungen, zu erlegen.

Sollte nun das erforderliche Quantum hierdurch nicht heraus zu bringen seyn; so habe der Stadt-Magistrat, mit Zuziehung der Denner und Ein- und Fünzig-

ger, zu überlegen, wie der Abgang, ohne Beschwerung der Bürgerschaft und ohne neu aufzulegende Beyträge, dergestalt ersetzt werden könne, daß auf einer Seiten, die Kaiserliche Resolutiones nicht außer Augen gesetzt, auf der andern aber doch mögliche Gleichheit, zwischen vermöglichen und gemeinen Bürgern, jedoch ohne Gefahr des Commercii gehalten werde.

Was nun hierzu vor Mittel dienlich gefunden würden, habe, an Ihro Kaiserliche Majestät, Er, der Magistrat, gehorsamst einzuberichten, und Kaiserliche Resolution darüber zu erwarten.

Im übrigen aber sich eines guten Haushaltens zu befleissen, und alle unnöthige Ausgaben abzuschneiden, und wie alles dieses befolgt worden seye, Kaiserlicher Majestät, binnen zwey Monaten, allerunterthänigst anzuzeigen.

2do. Fiat Decretum an die Ein und Fünffziger, des Inhalts: Es werde denenselben, in Kaiserlichen Ungnaden, verwiesen, daß, nachdem Sie, in ihrer Instruction, kräft obhabenden Eides so nachdrücklich angewiesen und verbunden seyen, ob denen Kaiserlichen Resolutionen fest zu halten, und, wann nichts desto weniger denenselben entgegen gehandelt werde, solches Ihro Kaiserlichen Majestät anzuzeigen, Sie Sich doch verleiten lassen, die so klare und deutliche Resolutiones von 1732. 1705. und 1736. den modum collectandi, bey Schätzung und Beyträgen, betreffend, außer Augen zu setzen, und Ihnen entgegen, eine, unter dem Nahmen einer Classification versteckte Vermögens-Steuer, zum Ruin des Commercii und der Handelschaft, denen Renteniern, Banquiers und Handelsleuten aufzwingen zu lassen; So sehr nun Ihro Kaiserliche Majestät allergnädigst, den Widerspruch dererjenigen aus ihrem Mittel, welche gegen Kaiserliche Verordnungen nichts hätten zugeben wollen, belobten und billigten, so ernstlich und ungnädig ahndeten Sie, hingegen dies wieder ihr Amt und Pflichten laufende Nachsehen derer übrigen, würden auch solches, künftighin nicht ungestraft lassen, sondern diejenige, die Urheber solchen Nachsehens seyen, sich nachhaftig machen lassen, Sie auch mit Absetzung von ihrem Amt und andern wohlverdienten Strafen, unaussbleiblich ansehen.

3tio. Fiat etiam Decretum an die Renuer, folgender Gestalt:

Ihro Kaiserliche Majestät hätten, nicht ohne Misfallen, bei Gelegenheit derer, nach einer Classification Anno 1744. ausgeschriebenen Beiträgen aus denen übergebenen Exhibitis ersehen müssen, daß Sie, Renuer, sich unterstanden, nicht nur in des Stadtmagistrats-Vorhaben einzuwilligen, zum Ruin des Commercii, denen Renteniern, Banquiers und Handelsleuten, wieder ihren Willen, eine Vermögens-Steuer aufzudringen, sondern daß sie auch sogar, diese

diese Absicht zu verstehen, selbst den Classifications-Plan an die Hand gegeben, ja sich unterstanden anzubegehren, daß besagter Classifications-Plan, inskünftig, vor eine Norma perpetua, derer außerordentlichen Collecten, solle gesetzet werden. Nachdem nun die sämtliche Reumer, sowohl vermög ihrer Instruction, als auch abgelegten Eides zu genauer Beobachtung sämtlicher Kaiserlichen Verordnungen und Erkenntnissen angewiesen sind; So sey desto unverantwortlicher und strafbarer, daß von Ihnen die klare Kaiserliche Erkenntnisse, von 1732. 1735. und 1736. theils verdreht, theils ganz aus denen Augen gesetzt worden seyen; Am allerunbegreiflichsten und strafbarsten aber sey, daß dieses in einer Sache geschehen, in welcher Sie den 21. Nov. 1735. bey Kaiserlicher Majestät, zwar eine gleiche unstatthafte Vorstellung gethan hätten, aber den 1. Febr. 1736. abgewiesen, und ihre unstatthafte Vorstellung durchaus verworfen worden mit angehängter erstlicher Erinnerung, vor das Beste der gemeinen Stadt künfftig besser Sorge zu tragen; Es hätte also dieser ganz außerordentliche - und mit dem Amt der Reumer gar nicht bestehende Ungehorsam, schon vor sehr scharfe Kaiserliche Straf und Ahndung, insonderheit an denen verdienet, die mit einem solchen Classifications-Plan selbst hervor gekommen sind; Ihro Kaiserl. Majestät wollten aber noch diesmal, aus angezeigter Gnade, diesen großen Fehler übersehen, jedoch mit dem ernstlichen Beisatz, künfftig demjenigen, was gegen Kaiserliche Verordnung unternommen wird, durchaus nicht beizutreten, als, widrigenfalls, Ihro Kaiserliche Majestät diejenige, die, aus dem Mittel der Reumer, sich so gar sehr Amts- und Gehorsamswidrig bezeugten, sich werde benennen lassen, und nicht nur mit Absetzung von ihrem Amt, sondern auch mit anderen schweren Strafen, ansehn; dahingegen allerhöchstdieselbe, das Reumer-Collegium, wo es sein Amt thut, kräftigst zu schützen, in Gnaden gemeinet seyen.

Arnold Heinrich von Glandorff.

LIV.

Martis 24ten Februar 1778.

Zu Frankfurt gemeine Jüdenschaft contra den Magistrat daselbst app. nunc Revisionis die Kramläden und Gewölbe außer der Juden-Gasse betr. sive Stadt Frankfurt Syndicus Bittner sub praes. 16. hujus exhibet allerunterthänigste Anzeige, Vorstellung und Bitte pro clem^{me} desuper reflectendo; retroque petitis deferendo app. concl.

Absolvitur relatio et Concl.

1.) Fiat nunc Sententia reformatoria dahin, daß das Conclusum vom 14. Nov. 1777. wiederum aufzuheben, und es noch zur Zeit bei dem Kaiserl. Rescript vom

5ten Aug. 1748. bis zum Ausgang der unterm 26ten May 1704. erkannten Appellations-Prozesse, deren Fortsetzung der Krämer und Handelsleuten unbenommen bleibt, folglich bis zu anderweitiger Kaiserl. Verordnung zu lassen sey. Compensatis expensis.

2.) Hat die angemessene Interventio nicht statt.

3.) Rescribatur ex Officio dem Magistrat der kaiserlichen R. Stadt Frankfurt. Es habe ihm nicht gebühret in dieser Sache wo es auf eine Ihre Kaiserliche Majestät nur allein vorbehaltene Erklärung der Juden Stättigkeit ankomme, eigenmächtig, ohne vorherigen Bericht abgestattet, und die Kaiserliche Resolution nach Vorschrift der Kaiserl. Verordnung vom 1ten Juny 1728. Mem. 11. et 12. abgewartet zu haben, besonders aber auch der, von beiden Theilen in Actis erster Instanz angeführten alhierigen Litispendenz und den unterm 26ten May 1704. erkannten plenis Appellationis processibus entgegen mit seinem Decreto vom 16. October 1738. vorzugehen. Gleichwie nun dieses als incomperent und nichtig hiermit aufgehoben, auch ihm dem Magistrat dergleichen in künftigen Fällen streitigen Erklärung der Juden Stättigkeit höchst ernstlich untersagt seyn solle, also befehlen Ihre Kaiserl. Majestät ihm hiermit gemessenst; die Judenschaft, so lange bis ein anders in den vorgedachten hiesigen älteren Appellatorio ausgemachtes, die Kaiserl. Entscheidung darinnen ergangen seyn wird, bei dem Inhalt des Rescripti vom 5ten Aug. 1748. zu handhaben.

4.) Retradantur Sportula.

Johann Georg Reizer

LV.

Jovis 27. Aprilis 1752.

Frankfurt contra Frankfurt, Commissionis finitae, in specie, das von den adelichen Gesellschaften Limburg und Frauenstein prätendirende Vorrecht bei Rathsh: Wahlen betreffend.

Publicatur Resolutio Caesarea.

Ihro Kaiserliche Majestät haben gehorsamsten Reichshofraths allerunterthänigstes Gutachten allergnädigst approbiret, deme zu Folge

1mo. Werden Ihro Kaiserliche Majestät zwar auf den Burgervertrag der Stadt Frankfurt und auf die Resolution vom 22ten Nov. und 14ten Merz 1732 genau allergnädigst halten, können aber hingegen nicht anders, als mit Ungnaden ansehen, daß sich die beide burgerliche Collegia unterfangen wollten, nicht nur eine eigenmächtige Auslegung Kaiserlicher Resolutionen zu unternehmen, sondern auch Ihro Kaiserlichen Majestät Dero Dispensations-Recht, in denen erst Anno 1725. von Kaiserlicher Majestät weiter extendirten Graden der Sippchaft, auf einen einzigen Fall, ganz widerspänstig zu restringiren.

Es hätten sich bei Vermeidung scharfer Strafe die Bürgerliche in denen, durch die gegebene Instructiones, vorgeschriebenen Schranken genau zu halten, und nicht zu veranlassen, daß Ihro Kaiserliche Majestät dieselige mit Ungnaden ansehen, und bestrafen müßten, welche sich gar in die Auslegung Kaiserlicher Resolutionen und Kaiserlichen Vorrechten zu mischen unterstünden; dahingegen Ihro Kaiserliche Majestät, was beide bürgerliche Collegia, nach Anweisung ihrer Instruction erinnern, allergnädigst aufnehmen und gehörig darauf resolviren würden; zu welchem Ende sie dann dem von Glauburg derer burgerlichen Collegiorum Vorstellung unterm heutigen Dato communiciret hätten.

2do. Communicatur derer beiden burgerlichen Collegiorum Exhibita vom 11ten et 17ten Januar und 3ten Februar 1752. dem von Glauburg, um seine Nothdurft gegen das — was ihm von denen burgerlichen Collegiis aufgebürdet werden will, als wenn Er für keines wirklichen Burgers = Sohn mehr angesehen werden könne, binnen zwey Monaten zu beobachten.

3tio. Communicatur die Exhibita vom 26ten October 1751. und 11ten Januar 1752. denen Gesellschaften derer Limburg und Frauenstein loco Exceptionum ad replicandum cum termino duorum mensium.

4to. Cum notificatione horum omnium rescribatur dem Stad: Magistrat zu Frankfurt; Ihro Kaiserliche Majestät hätten aus denen von denen beiden burgerlichen Collegiis

legiis eingegebenen Exhibitis ersahen, daß der Stadt-Magistrat, gegen klare Verschrift des Burgervertrags, blos wegen derer burgerlichen Collegiorum, gegen die dispensirte von Glauburg und Bauer vor Eisenst gemachter Vorstellung, die Wahl zu denen erledigten Raths-Stellen aufgeschoben und in so langer Zeit gar nichts vorgenommen habe.

Ihro Kaiserliche Majestät befohlen demnach dem Stadt-Magistrat, dem Burger-Vertrag zu Folge keinen weiteren Anstand mit Wahl- und Ruzelung zu veranlassen, vor diesem aber den von Glauburg noch nicht mit darcin zu nehmen, dieweil Ihro Kaiserliche Majestät nöthig fanden, ihn zuvor über den von denen burgerlichen Collegiis gethanen Vorwurf, daß Er nicht als ein eingebornener Burgers-Sohn angesehen werden könne, zu vernehmen; da Allerhöchstdieselbe sodann, mit weiterer Kaiserlicher Resolution hervorzugehen nicht entstehen würden.

Johann Georg Reizer.

LVI.

Mercuri 3. April 1765.

Frankfurt contra Frankfurt Commissionis finitae etc. in specie die Abtragung zweyer uralten Stadt-Thürme betreffend.

Conclusum: Cum inclusione Implorantischen Exhibiti de praesent. 15ten Martii 1765. Rescribatur dem Magistrat der Kaiserl. Reichs-Stadt Frankfurt am Main dahin:

Kaiserliche Majestät hätten aus dem Anschluß des mehreren ersahen, daß der mit vieler Mühe, Sorgfalt und Fleiß angeordneten Stadt Frankfurtschen Administrations-Verfassung, denen hierüber zu Nützeit ergangenen Kaiserlichen Judicatis, ja sogar auch dem bisherigen Verträgen, sein des Magistrats selbst, schnurgrad entgegen, die burgerl Collegien an Ausübung ihres Amtes und Beobachtung ihrer obhabenden Pflichten, sonderheitlich aber behindert werden wollen, daß minders dieselbe, in denen dem publico schädlich seyn mögenden Vorfällenheiten mit Bescheidenheit ihre geziemend und pflichtemäßige Vorstell- und Erinnerungen, einzulegen im Stande seyen. Gleichwie nun Kaiserliche Majestät nimmehr zugeben würden, daß auf solche Weise, die mit unsäglicher Mühe, Sorgfalt und Fleiß zu Stande gebrachte Stadt Frankfurtsche Administrations-Verfassung durchlöcheret, und am Ende wohl gar über einen Haufen geworfen, oder die burgerliche Collegien, an Befolgung ihrer pflichtmäßigen Schuldigkeit, durch unverdiente Verweise abgeschwächt werden; So thäten Allerhöchstdieselben nicht nur alles, was hier wegen von ersagtem Magistrat unternommen oder decretiret worden, hiermit cassiren, sondern auch demselben alles Ernstes anbefehlen, daß Er denen burgerlichen Collegiis in ihrer übertragenen, und durch Kaiserl. Instructionen, Resolutionen und Verordnungen offenkundig hergebrachten Amts-Berrichtung im geringsten nicht verhindertlich falle, noch sich einer incompetenten Interpretation Kaiserl. Erkenntnissen oder Verordnungen

anmaße, sondern nach derselben klaren Vorschrift, wie in dermahlig, so auch in allen Zukünftigen, dem Publico schädlich fallen könnenden Ergebenheiten, durch burgerliche Collegien bei der Befugnis geziemend und pflichtmäßige Vorstellung und Erinnerungen machen zu mögen, ungestört belassen und dazu die herkömmliche Communication auf keine Weise erschweren, vielweniger gar versagen, und sonderheitlich auch, ehe und bevor nicht mit den burgerlichen Collegiis conferiret worden seyn würde, mit jetzt angezeigter gänzlicher Abtragung zwey uralter Stadt-Thürme, unter ansonst zu befahren habender selbstiger Kostenersattung, nebst alsfällg noch anderweit schärferer Kaiserl. Verordnung und Ahndungen keinesweges sürgefahren werde.

Wie Ein so Anderes Magistrat allerunterthänigst befolgt haben werde, auch in Zukunft zu befolgen gedenke, gewärtigen Kaiserl. Majestät längstens in zwey Monaten die allerunterthänigste Befolgungs-Anzeig.

Johann Georg Reizer.